

Jahresbericht 2010

Die Arbeit der

FDP.Die Liberalen

und der

FDP-Liberalen Fraktion der Bundesversammlung

Rapport annuel 2010

L'activité du

PLR.Les Libéraux-Radicaux

et du

Groupe libéral-radical de l'Assemblée fédérale



Nr. 2 der Schriftenreihe der *FDP.Die Liberalen*
Herausgegeben vom Generalsekretariat,
Neuengasse 20, 3001 Bern

Publication no 2 du Parti libéral radical suisse
Editée par le Secrétariat général,
Neuengasse 20, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2010 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2010 du PLR ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur www.prd.ch et www.plr.ch sous la forme d'un document pdf.

Inhaltsverzeichnis

Das Parteijahr 2010

1.	FDP.Die Liberalen auf Kurs für ein entscheidendes Jahr	5
1.1.	Schweiz als Erfolgsmodell – auch dank der FDP.Die Liberalen.....	5
1.2.	Erfolgsmodell Schweiz in Gefahr.....	6
1.3.	Grundlagen für Wahlkampf gelegt.....	6
1.4.	Absurde Bürokratie mit einer FDP-Volksinitiative stoppen!.....	7
1.5.	Mit Johann Schneider-Ammann wieder ein Unternehmer Bundesrat.....	7
1.6.	Weiterhin grosser Spardruck.....	8
1.7.	Fazit.....	8
2.	Parteiarbeit – Activités du Parti	9
2.1.	Verantwortung statt Demagogie - FDP verabschiedet Gesundheitsstrategie (23. Januar 2010, Bern).....	9
2.2.	Für einen sauberen, starken Finanzplatz und die Wahrung der Privatsphäre (24. April 2010, Bern).....	10
2.3.	FDP-DV verabschiedet Massnahmen zur Klima- und Energiepolitik (26. Juni 2010, Lugano).....	12
2.4.	FDP.Die Liberalen lanciert Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“ (11. September 2010, Unterägeri).....	13
2.5.	Klares Signal der FDP für den bilateralen Weg – gegen EU-Beitritt (16. Oktober 2010, Herisau).....	14
3.	Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern	15
3.1.	Parteipräsidentenkonferenz (PPK).....	15
3.2.	Sekretärenkonferenz (SK).....	15
Das parlametarische Jahr 2010		
4.	Frühjahrssession 2010 (1. März – 19. März 2010)	16
4.1.	Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL).....	16
4.2.	Vereinigte Bundesversammlung.....	17
4.3.	Geschäfte beider Räte.....	17
4.4.	Geschäfte des Nationalrats.....	19
4.5.	Geschäfte des Ständerats.....	21
4.6.	Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale.....	24
4.7.	Schlussabstimmungen.....	25
5.	Sommersession – Session d’été 2010 (31. Mai – 18. Juni 2010)	26
5.1.	Staatsvertrag mit den USA zur UBS.....	27
5.2.	« Too big to fail » – Die Fraktion FDP-Liberale lässt sich nicht erpressen.....	27
5.3.	Totalrevision des CO2-Gesetzes.....	28
5.4.	Volksinitiative „Gegen die Abzockerei“.....	28
5.5.	Managed Care – Déblocage de la réforme de la LAMal.....	29
5.6.	11e révision de l’AVS.....	29
5.7.	Rapport des commissions de gestion et constitution d’une commission d’enquête parlementaire sur la crise financière et la transmission d’information dans le cadre des activités transfrontières de l’UBS.....	30
5.8.	Vereinigte Bundesversammlung.....	31
5.9.	Geschäfte beider Räte.....	31
5.10.	Geschäfte des Nationalrats.....	32
5.11.	Geschäfte des Ständerats.....	33
5.12.	Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale.....	34
5.13.	Schlussabstimmungen.....	36
6.	Herbstsession – Session d’automne 2010 (13. September – 01. Oktober 2010)	38
6.1.	Bundesratswahlen vom 22. September 2010.....	38
6.2.	Bürokratie-Stopp – Parlamentarische Umsetzung.....	38
6.3.	Weissgeldstrategie – Parlamentarische Umsetzung.....	39
6.4.	Energieeffizienz, Klimaschutz und Versorgungssicherheit – Parlamentarische Umsetzung.....	39

6.5.	11e révision de l'AVS – Votation finale	39
6.6.	Loi sur l'aide aux hautes écoles (LAHE)	40
6.7.	OR. Miete und Pacht.....	40
6.8.	Postgesetz / Organisation der Schweizerischen Post	40
6.9.	OR. Aktien- und Rechnungslegungsrecht (Entwurf 2 Rechnungslegungsrecht).....	41
6.10.	Vereinigte Bundesversammlung	41
6.11.	Geschäfte beider Räte	42
6.12.	Geschäfte des Nationalrats.....	42
6.13.	Geschäfte des Ständerats	44
6.14.	Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale.....	45
6.15.	Schlussabstimmungen	46
7.	Wintersession – Session d'hiver (29. November – 17. Dezember 2010)	48
7.1.	Voranschlag 2011 / Voranschlag 2010. Nachtrag II / Finanzplan 2012 - 2014	49
7.2.	OR. Aktien- und Rechnungslegungsrecht.....	49
7.3.	Pa.Iv. RK-SR. Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ und Regelungen zu „sehr hohen Vergütungen“	50
7.4.	Pa.Iv. Kohler Pierre. Verbot von Pitbulls in der Schweiz. Entwurf 2. Differenzen	50
7.5.	6 ^{ème} révision de l'assurance-invalidité. Révision 6a.....	50
7.6.	Loi sur l'assurance-maladie. Révision partielle. Managed-Care.....	51
7.7.	Postgesetz / Organisation der Schweizerischen Post. Bundesgesetz	51
7.8.	Vereinigte Bundesversammlung	52
7.9.	Geschäfte beider Räte	52
7.10.	Geschäfte des Nationalrats.....	53
7.11.	Geschäfte des Ständerats	54
7.12.	Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale.....	56
7.13.	Schlussabstimmungen	56
Nahestehende Organisationen		
8.	FDP. Frauen Schweiz	58
8.1.	Rücktritt Präsidentin Jacqueline de Quattro (VD)	58
8.2.	Bundesratswahlen – Kandidatur von RR Karin Keller-Sutter	58
8.3.	Ja zur Revision der Arbeitslosenversicherung	58
8.4.	Wahl der neuen Präsidentin.....	58
8.5.	Nein zur SP-Steuerinitiative / JA zum Gegenentwurf Ausschaffungsinitiative	58
8.6.	Bürokratiestopp bei Kinderbetreuung	59
8.7.	Vorbereitung Wahlen 2011	59
9.	Jahresbericht Service Public	60
10.	FDP.Die Liberalen International	62
10.1.	Vielseitige Aktivitäten	62
10.2.	Verbesserung der Kommunikation.....	62
10.3.	Wechsel im Präsidium.....	62
10.4.	Ziel für 2011	62
11.	Anhang – Annexe	63
11.1.	Anhang A – Annexe A Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2010 Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2010.....	63
11.2.	Anhang B – Annexe B Parteivorstand Mitglieder per 31. Dezember 2010 – Membres au 31 décembre 2010.....	65
11.3.	Anhang C – Annexe C Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2010 – Comité du Groupe au 31 décembre 2010.....	66
11.4.	Anhang D – Annexe D Generalsekretariat – Secrétariat général	67

Das Parteijahr 2010

Stefan Brupbacher, Generalsekretär FDP.Die Liberalen

1. FDP.Die Liberalen auf Kurs für ein entscheidendes Jahr

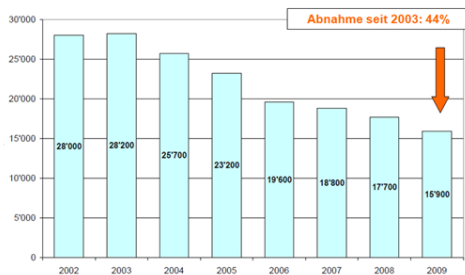
1.1. Schweiz als Erfolgsmodell – auch dank der FDP.Die Liberalen

Während unsere Nachbarstaaten die Sorge um die hohe Staatsverschuldung und eine nicht richtig in Schwung kommende Wirtschaft beunruhigt, war die Schweiz 2010 eine Insel der Stabilität. Zwar blickt die Exportindustrie mit Sorge auf die Kursentwicklung des Schweizer Francs. Aber insgesamt hat die breite Öffentlichkeit das Gefühl, dass es uns eigentlich gut gehe. Dieses Gefühl stimmt, wenn man die Verschuldung und unseren Aussenhandel betrachtet.

Diese Erfolge hängen insbesondere auch von einer guten Politik ab. Und an dieser hatte auch 2010 die *FDP.Die Liberalen* einen wichtigen Anteil:

- › Auch 2010 hat Hans-Rudolf Merz, der beste Finanzminister Europas, der Schweiz ein Abschiedsgeschenk in der Form eines Budgetüberschusses von über 3 Mia. Fr. gemacht. Damit hat Bundesrat Merz die Bundesschulden um 23 Mia. Fr. abgebaut.
- › 2010 zeigte die wirtschaftliche Erholung, wie recht die FDP hatte, als sie in 2008 und 2009 die Konjunkturprogramme auf das absolut Notwendige beschränkte. Statt Geld in die sowieso überhitzte Bauindustrie zu pumpen, in Sozialkonsum zu verpulvern oder aus dem Fenster ins Ausland zu werfen, schloss

Entwicklung der neuen IV-Renten
(gewichtete Renten)



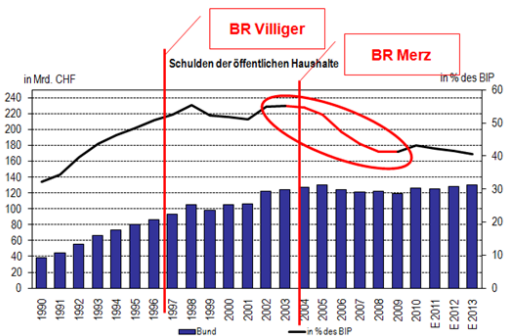
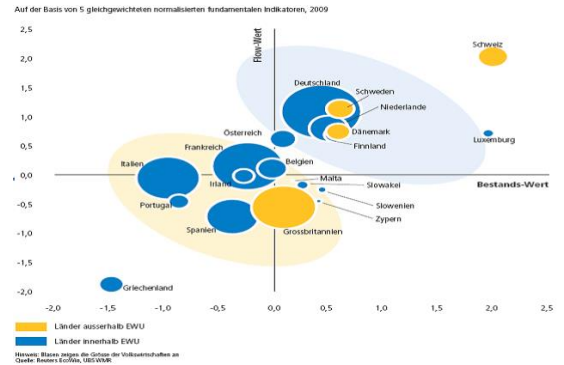
der Bund mit höheren Überschüssen ab. Damit blieb unser Spielraum für Zukunftsinvestitionen bei Bildung, Sicherheit und Verkehrsinfrastruktur erhalten.

- › Auch 2010 ging die Gesundung der Invalidenversicherung voran: Seit die FDP von der SP das marode Innendepartement übernahm, wurde die Zahl der IV-Neurentner fast halbiert. Der erste Teil der 6. IV-Revision ist im Parlament fast fertig beraten, der zweite Teil wird 2011 angepackt.

› Die Sanierung

der Arbeitslosenversicherung, die die zuständige CVP-Bundesrätin vor den Wahlen 2007 auf die lange Bank schob, wurde 2009 auf Druck der FDP angepackt. Die Abstimmung fiel bei FDP-Wählern fast ebenso klar aus wie die Ablehnung der linken Steuererhöhungsinitiative im November 2010 mit fast 90%. Selbst bei der klar verworfenen Vorlage zur Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes stimmten einzig die FDP mit fast 60% für die Reform.

- › Die zuerst oft belächelte Weissgeldstrategie mit der Abgeltungssteuer als zentrales Element konnte von Bundesrat Merz mit einem Rahmenvertrag mit Grossbritannien und Deutschland verankert werde. Nun muss seine Nachfolgerin nur noch die Ernte einfahren.
- › Dank einem unnachgiebigen Kurs der FDP (und der CVP) beim US-Staatsvertrag musste den Erpressungsversuchen der SP nicht nachgegeben werden. Damit konnte die Exportindustrie vor Retorsionsmassnahmen der USA verschont werden.



PLR
Les Libéraux-Radicaux

**Non à des hausses
d'impôts pour tous!**



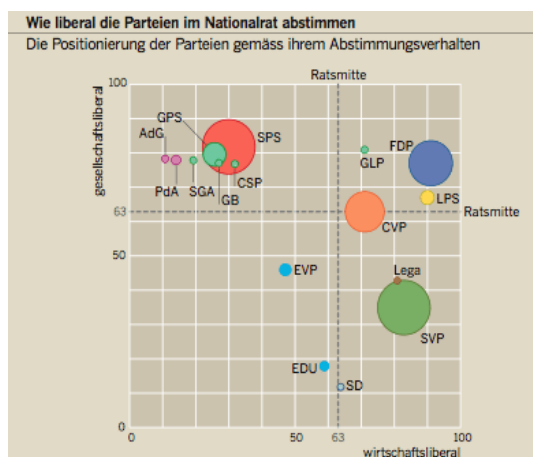
NON
à l'initiative fiscale

www.plr.ch

1.2. Erfolgsmodell Schweiz in Gefahr

Der Erfolg der Schweiz lässt die Gefahren für dieses „Erfolgsmodell“ leicht unterschätzen. Statt unsere Vorteile geschickt zu nutzen und die grossen künftigen Herausforderungen anzupacken, betreibt die Politik gefährliche Nabelschau. Die zunehmend radikalisierte SP hat zwar beim Angriff auf den Steuerwettbewerb eine Niederlage erlitten. Doch das neue SP-Parteiprogramm fordert eine nationale Erbschaftssteuer, neue Steuern für Reiche, eine Kapitalgewinnsteuer, die Abschaffung der Pauschalsteuer und neue Verbrauchsteuern. Geschöpft wird, wer leistet und spart. Damit sollen linke Projekte wie Lohn ohne Arbeit für alle, 6 Wochen Ferien, ein nationaler Mindestlohn oder 26 Wochen Mutterschaftsurlaub finanziert werden.

Dem Frontalangriff von links steht leider keine geschlossene bürgerlich-liberale Front entgegen. Die SVP setzt weiterhin auf Abschottung. Alles Fremde wird gebrandmarkt, jeder internationale Beitrag zur Lösung globaler wirtschaftlicher, ökologischer oder gesellschaftlicher Probleme abgelehnt. Dies ist kurzsichtig in einer Welt, in der die kleine Exportnation Schweiz mehr denn je auf die Zusammenarbeit mit anderen Staaten angewiesen ist. Wirtschaftliche Liberalisierung und Reformen bei den Sozialwerken sind oft nur Lippenbekenntnisse und werden in der Landwirtschaft sogar proaktiv hintertrieben, sehr zum Leidwesen aller anderen Wirtschaftszweige.



Noch gefährlicher ist die zunehmende Blockade der Politik durch unheilige Allianzen der beiden Extremparteien. Solche Allianzen versenkten im Herbst die Reform der AHV (Sparpotential 500 Mio. Fr. jährlich) sowie dringliche Sparmassnahmen im Gesundheitswesen, sie verhinderten den Kredit an den IMF und versuchten den Staatsvertrag mit den USA zu Fall zu bringen.

Vor diesem Hintergrund werden die nationalen Wahlen 2011 zum Kampfplatz um die Definitionsmacht, wohin sich unser Land entwickeln soll. Die FDP setzt dem linken Schlaraffenland für Ausländer und Abhängige von Sozialwerken einerseits und der SVP-Abschottung unter der Käseglocke ihre eigene Schweiz entgegen.

1.3. Grundlagen für Wahlkampf gelegt

Die klare und konsequente Positionierung der FDP in den letzten Jahren ist die wohl wichtigste Vorbereitung auf den Wahlkampf. Auch in anderen Bereichen wurde in den letzten Jahren erfolgreich auf die Wahlen hingearbeitet: Die zentrale Adressdatenbank unserer Mitglieder läuft, die Webseiten wurden auf Bundesebene sowie den meisten Kantonen angepasst bzw. die Anpassung läuft. Die Corporate Identity wird generell umgesetzt, womit der Wiedererkennungswert unserer Botschaft erhöht wird. Das grosse Engagement mit einer einheitlichen Bildsprache in praktisch allen Abstimmungen seit 2008 zahlt sich nun ebenso aus wie der Aufbau von kantonalen Strukturen für die Wildplakatierung.

Mit dem neuen Slogan *Aus Liebe zur Schweiz* wurden schliesslich mehrere Lücken geschlossen. Erstens betont der Slogan die emotionale Bindung der FDP zur Schweiz. Wer, wenn nicht die FDP, welche diesen Staat 1848 geschaffen hat, liebt unser Land? Zweitens engagiert sich die FDP für die Schweiz, statt wie eine andere Partei von den Schweizern (und Schweizerinnen) zu verlangen, etwas für sie zu tun. Das spiegelt die Realität: Die FDP ist die grösste Partei auf Gemeinde- und Kantonsebene, wo unsere Vertreter täglich Frontarbeit für unser Land leisten – aus Liebe zur Schweiz. Die Überzeugung, dass das einmalige Erfolgsmodell Schweiz nur dank der Übernahme von Verantwortung durch jeden Einzelnen für sich und die

FDP
Die Liberalen

**Aus Liebe zur
Schweiz.
Mit Mut und
Verstand.**

Gemeinschaft weiter gesichert bleibt, ist die Motivation für diesen immensen Einsatz. Dieser Slogan wurde zwar für den Wahlkampf 2011 erarbeitet und wird bereits von den Kantonen für die vorgelagerten kantonalen Wahlen übernommen, er wird aber auch nach den Wahlen Gültigkeit haben, denn er bringt den Grund unseres Engagements für die Politik auf den Punkt.

1.4. Absurde Bürokratie mit einer FDP-Volksinitiative stoppen!

Besonderes Gewicht hat im Wahljahr die von den FDP-Delegierten lancierte Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“. Absurde Bürokratie ist ein Übel, das in allen Lebensbereichen um sich greift und das alle Parteien mit verursacht. Gemäss Sorgenbarometer ist das Stoppen absurder Bürokratie für die Bevölkerung eine zentrale Aufgabe, wichtiger als Integration oder Liberalisierung.

Umso wichtiger ist es, eine Trendwende einzuläuten. Hier will und muss die FDP eine Führungsposition übernehmen. Die FDP hat im 19. Jahrhundert für Freiheitsrechte gekämpft, im letzten Jahrhundert wurden diese Rechte aber von den Linken immer weiter zurück gedrängt. Bald gibt es für die Eigentums- oder Gewerbefreiheit so viele Einschränkungen, dass man den Kern nicht mehr

erkennt. Hier tut eine neue Grundrechtsdebatte not. Der Bürger soll Verantwortung übernehmen, nicht die Bürokratie. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben (Sicherheit, Ausbildung, Infrastruktur) beschränken und dort stark und bürgernah sein. Die Initiative ist somit nicht gegen den Staat gerichtet, sondern gegen eine Politik, die Auswüchse der Politik zulässt.

Um diese Auswüchse zu bekämpfen, muss der Bürger ein effektives Instrument erhalten. Die Initiative sieht deshalb ein Klagerecht für den Bürger vor. Er soll gegen unverständliche und bürokratische kommunale und kantonale Gesetze sowie zu lange dauernde kommunale, kantonale bzw. Verfahren



klagen können. Dieses Klagerecht soll als Grundrecht verankert sein, denn nur so erhält der Kampf gegen absurde Bürokratie das nötige Gewicht. Ergänzt wird dieses Klagerecht durch den Auftrag an den Bundesgesetzgeber die KMU in Gesetzen von Bürokratie zu entlasten sowie durch einem DV-Massnahmenkatalog.

Die Initiative hat bereits Wirkung. Von Links bis zur SVP erschallt plötzlich der Ruf gegen Bürokratie. Mehr noch: Dem Gesetzgeber fällt es schwieriger, beim ersten Auftauchen eines oft tragischen Einzelfallproblems nach einer generell abstrakten Regel zu rufen. Es sind diese ersten Zeichen von Selbstbeschränkung des Gesetzgebers, welche die Notwendigkeit und den möglichen Erfolg der Initiative zeigen.

1.5. Mit Johann Schneider-Ammann wieder ein Unternehmer Bundesrat

Im Sommer 2010 kündigte Bundesrat Hans-Rudolf Merz seinen Rücktritt an, im September war Johann Schneider-Ammann als sein Nachfolger gewählt. Dazwischen lag eine spannende Kampagne, bei welcher SVP und Grüne unseren Sitz frontal, aber erfolglos angriffen. Da Bundesrat Leuenberger schliesslich auf den gleichen Zeitpunkt zurücktrat, gab es eine Doppelvakanz.

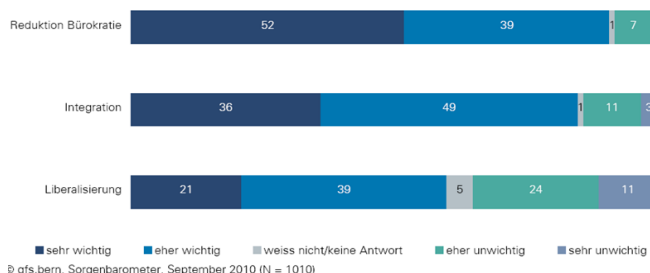
Die FDP verfügte über hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten. Die Fraktion nominierte Nationalrat Hannes Schneider-Ammann, der sich als „Mr. Werkplatz“ und Vorkämpfer für die Bilateralen Verträge einen Namen gemacht hatte, sowie Regierungsrätin Karin Keller-Sutter, welche sich als Vorkämpferin einer klaren Sicherheits- und Migrationspolitik sowie als Vollblutliberale landesweit hohen Respekt verschaffen hatte.

Die Wahl entschieden die anderen Parteien: Erstens die Linke, von der einige Vertreterinnen und Vertreter nach dem Ausscheiden der chancenlosen Grünen Nationalrätin Birgit Wyss für den SVP-

Grafik 20:

Aktuelle politische Ziele in der Schweiz (3)

Wir haben hier einige aktuelle politische Ziele in der Schweiz ausgewählt. Beurteilen Sie bitte spontan, ob für Sie die Erreichung dieser Ziele sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig ist.
Reduktion Bürokratie: Reduktion der staatlichen Bürokratie und Gesetzesrechte.
Integration: Integration von Ausländerinnen und Ausländern.
Liberalisierung: Weitere Liberalisierungsschritte im Post-, Bahn-, Strom- und Telekommunikationsnetz.
in % Stimmberechtigter



Sprengkandidat Rime stimmten, und zweitens die SVP, welche trotz Chancenlosigkeit ihres Kandidaten stur an diesem festhielten. Damit fiel Karin Keller Sutter knapp vor Rime aus dem Rennen – Hannes Schneider Ammann wurde anschliessend mit einem sehr guten Resultat gewählt.

Wäre der Bundesrat vom Volk gewählt worden – was die FDP ablehnt – hätte die FDP sogar drei Bundesräte erreicht. Gemäss einer Umfrage bei 30'000 Bürgern durch Vimentis wäre neben Didier Burkhalter und Hannes Schneider-Ammann auch Karin Keller Sutter gewählt worden – auf Kosten von Bundesrätin Calmy-Rey.

1.6. Weiterhin grosser Spardruck

Die Partei stand auch 2010 unter Spardruck. Die höheren Beiträge des Bundes für die Fraktionsarbeit ermöglichten zwar erstmals, die Kosten der Fraktionsarbeit mehr oder weniger abzugelten und eine weitere wissenschaftliche Mitarbeiterin einzustellen bzw. das Administrativsekretariat aufzustocken. Die schwierige Mittelbeschaffung andernorts verlangte weiterhin grosse Sparanstrengungen. Diese gingen nicht zulasten der Investitionen für Infrastrukturen: 2010 wurde der Server ausgewechselt, die Webseiten neu konstruiert und mit viel Handarbeit ins neue open-source-System übertragen. Sparanstrengungen in anderen Bereichen und namentlich die massiv tieferen Ausgaben für die Adressdatenbank konnten diese Mehrausgaben kompensieren. Die Partei schloss bei einem Budget von 2'807'873 (- 4%) mit einem Gewinn von 1071 Fr. (- 69%).

2011 wird ein teurer Wahlkampf. Der enorme Mitteleinsatz der SVP bereits im Kampf um die Ausschaffungsinitiative mit ca. 10 Mio. Fr. zeigt, was andere Parteien aufwerfen können. Die FDP verfügte Ende 2010 über ein Wahlkampfbudget von 2,6 Mio. Fr. Das ist besser als 2007, doch angesichts der höheren Werbekosten und höheren Mittel der Konkurrenten weiterhin klar ungenügend.

1.7. Fazit

Die FDP ist ein Jahr vor den Wahlen gut aufgestellt. Unser Angebot an die Wählerinnen und Wähler ist klar: Wir stehen für tiefere und einfachere Steuern, weniger Schulden, weniger Bürokratie, sanierte Sozialwerke und Arbeitsplätze für alle Leistungsbereiten – das grenzt uns von der Mitte-Links bis zu den Linken ab. Wir stehen für eine wirtschaftlich offene Schweiz dank Bilateralen Verträgen und Freihandelsverträgen mit den Wachstumsmärkten Asiens – das grenzt uns von SVP ab. Das glasklare Nein der Delegierten zu einem EU- bzw. EWR-Beitritt hat in dieser wichtigen Frage Klarheit geschaffen. Zusammen mit dem Engagement für Arbeitsplätze, sichere Sozialwerke und weniger Bürokratie gilt es nun, die Politik der FDP den Wählern zu vermitteln. Dazu nötig ist das Engagement aller 130'000 Mitglieder und Mandatsträger. Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Es lohnt sich, für unser Land kämpfen. Zusammen mit der *FDP.Die Liberalen* – **aus Liebe zur Schweiz.**

2. **Parteiarbeit – Activités du Parti**

2.1. **Verantwortung statt Demagogie - FDP verabschiedet Gesundheitsstrategie (23. Januar 2010, Bern)**

Noé Blancpain, Kommunikationschef

An der FDP-Delegiertenversammlung in Bern rief Parteipräsident Fulvio Pelli zu Verantwortung statt Demagogie auf. Die Linken forderten den Stillstand, die konservativen Demagogen beschwören den Untergang der Schweiz, kritisierte er. Insbesondere die Wirtschaft müsse sich mit Verantwortung wieder Vertrauen erarbeiten: Den "jährlichen Wettkampf der Topverdiener" um die höchsten Boni verurteilte Pelli scharf. Viele Unternehmen hätten ihre Hausaufgaben gemacht - den Preis für jene Handvoll von Firmen, die nicht hören und handeln wollten, zahle aber die ganze Wirtschaft. Er forderte die Entscheidungsträger konkret auf, erstens die neuen Lohnvorschriften der FINMA konsequent anzuwenden. Zweitens sollen börsenkotierte Unternehmen von sich aus rasch ihre Aktionäre über Entschädigungsberichte und -systeme abstimmen lassen. Die Delegierten verabschiedeten das Strategiepapier "Gesundheitsland Schweiz" mit elf konkreten Forderungen. *FDP.*Die Liberalen fordert in der Gesundheitspolitik einen Aufbruch, um die hohe Versorgungsqualität zu erhalten und die Kostenexplosion zu stoppen.

Die FDP hat sich 2009 als einzige Partei gegen die Verteufelung der Finanzbranche gewehrt. "Doch unsere Unterstützung hat Grenzen", betonte Pelli, und verurteilte den "jährlichen Wettkampf der Topverdiener" um die höchsten Boni scharf. Die meisten Unternehmen hätten ihre Hausaufgaben gemacht - den Preis für die wenigen, die nicht hören und handeln wollten, zahle aber die ganze Wirtschaft. Diejenigen, welche nicht hören und handeln wollten, zerstörten das Vertrauen der Bevölkerung in die liberale Wirtschaftsordnung. Von allen wirtschaftlichen Entscheidungsträgern erwartet die FDP, Verantwortung für das Erfolgsmodell Schweiz zu übernehmen. Das heisst konkret:

- › Die neuen FINMA-Lohnvorschriften müssen konsequent angewendet werden. Banken sollen in Eigenkapital statt in Boni investieren und sich für die nächste Finanzkrise vorbereiten.
- › Zweitens sollen börsenkotierte Unternehmen - nicht nur Banken - von sich aus und rasch ihre Aktionäre über den Entschädigungsbericht und das Entschädigungssystem abstimmen lassen.

Parteipräsident Fulvio Pelli griff in seiner Rede die SP-Panzerknacker an, deren fahrlässige Politik alleine 2010 zur 13 Milliarden Schulden geführten hätte - das sind 2000 Franken pro Einwohner. "Während die Linken naiv den Stillstand fordern, beschwören die konservativen Demagogen im Albisgütli selbstverliebt täglich den Untergang der Schweiz", kritisierte er. Mit Verweigerung lässt sich die Schweiz nicht in die Zukunft führen. Stattdessen braucht es liberalen Gestaltungswillen und Verantwortungsbereitschaft.

Eine hohe Qualität - aber explodierende Kosten: Ein Aufbruch in der Gesundheitspolitik ist nötig. An der DV wurde das FDP-Positionspapier zum Gesundheitswesen verabschiedet. Für ihre Umsetzung kämpft die FDP in den nächsten Monaten. Nach der Finanzplatzstrategie und der Innovationsstrategie ist es die dritte fundierte programmatische Antwort der Liberalen auf drängende Herausforderungen für die Schweiz innert weniger Monate. Gefordert sind keine Schnellschüsse, sondern ein ganzheitliches Konzept - eine Strategie für das "Gesundheitsland Schweiz". Für die FDP sind dabei drei Ziele zentral: Zugang für alle dank echter Solidarität und Eigenverantwortung, Dämpfung des Anstiegs der Gesundheitskosten und Stärkung der Wachstumsbranche Gesundheit. Die FDP stellt elf Forderungen auf, mit denen ein regulierter Wettbewerb geschaffen werden kann, der diesen Namen auch verdient - mit Qualität, Wahlfreiheit und Eigenverantwortung.

Entscheide:

- › Verabschiedung des Positionspapiers „Gesundheitsland Schweiz“
- › Die 307 Delegierten fassten praktisch einstimmig die Ja-Parole zur Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes (3 Gegenstimmen).
- › Auch der Verfassungsartikel "Forschung am Menschen" fand deutliche Zustimmung (2 Gegenstimmen).

2.2. Für einen sauberen, starken Finanzplatz und die Wahrung der Privatsphäre (24. April 2010, Bern)

Noé Blancpain, Kommunikationschef

Die Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen hat heute eine Ergänzung zur Finanzplatzstrategie verabschiedet. Die Weissgeldstrategie enthält fünf Grundsätze sowie elf konkrete Forderungen für einen sauberen und starken Finanz- und Werkplatz Schweiz. Damit bleibt die Privatsphäre der Bürger geschützt. Die FDP steht deshalb für das Bankgeheimnis in seiner heutigen Form ein. Die wichtigsten Forderungen für den Umgang mit EU- Ländern: Mit einer Abgeltungssteuer begleichen ausländische Kunden ihre Steuerpflicht, ohne ihre Privatsphäre zu verlieren. Altvermögen werden legalisiert. Banken sollen Verhaltensregeln unterstellt werden, um un versteuertes Geld zu erkennen und abzulehnen. Im Gegenzug für Marktzutritt soll die Schweiz in Verhandlungen die Selbstdeklaration anbieten - den automatischen Informationsaustausch lehnt die FDP klar ab. Im Inland ist das komplexe Steuerstrafrecht bis 2015 umfassend zu revidieren. Leitlinie ist das traditionelle Schweizer Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat. Die Unterscheidung zwischen Betrug und Hinterziehung bleibt bestehen, jedoch ist zukünftig die materielle Schwere des Delikts zu berücksichtigen.

Die FDP zeigt als erste Partei auf, wie ein starker und sauberer Schweizer Finanzplatz auch in Zukunft eine tragende Rolle für unsere Volkswirtschaft spielen und tausende neue Arbeitsplätze schaffen kann. Den aktuellen Fragen kommt deshalb höchste Priorität zu - nicht nur für die FDP, sondern für die ganze Schweiz.

Die Delegiertenversammlung der *FDP.Die Liberalen* hat heute in Bern die Finanzplatzstrategie vom Juni 2009 mit elf neuen Massnahmen ergänzt. Sie schloss damit den offen und sachlich geführten Diskussionsprozess ab, den der Parteivorstand anfangs März lanciert hatte. Die 369 Delegierten stimmten in allen Punkten bis auf einen (Abgeltungssteuer statt Verrechnungssteuer im Inland) dem Strategiepapier zu, welche die Arbeitsgruppe Finanzmarkt und die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten (PPK) erarbeitet hatten.

Die fünf Grundsätze:

- › *FDP.Die Liberalen* setzt sich für einen sauberen und starken Finanz- und Werkplatz Schweiz ein. Die Bürger sind selber dafür verantwortlich, ihre Steuern ordnungsgemäss zu zahlen. Missbräuche sind streng zu ahnden.
- › Steuerhinterziehung darf von den Banken nicht unterstützt werden. Der Schutz der Privatsphäre ist und bleibt zentral - das Bankkundengeheimnis gilt wie bisher. Die Schweiz soll gegenüber dem Ausland selbstbewusst auftreten und ihre Leistungen und Standards besser vermarkten.

Die wichtigsten Massnahmen im Umgang mit EU-Ländern:

- › Übernahme von OECD-Standard 26, aber keine weitergehende Konzessionen, kein automatischer Informationsaustausch
- › Abkommen mit EU-Ländern zur Legalisierung von Altvermögen und Einführung einer Abgeltungssteuer
Einführung einer Selbstdeklaration als Gegenleistung für den Marktzutritt von Schweizer Finanzintermediären
- › Neues Amtshilfegesetz bei Steuerhinterziehung und zur Verhinderung der Verwendung gestohlener Bankdaten
- › Neuverhandlung der Zinsbesteuerungsabkommen mit neuer Höchstgrenze des Steuerfusses von 20%

Die wichtigsten Massnahmen im Inland:

- › Umfassende Revision des Steuerstrafrechts mit Umsetzung bis 2015 unter Berücksichtigung der materiellen Schwere des Delikts. Beibehaltung der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und -hinterziehung.
- › Das Prinzip, dass Steuerbehörden keine direkten Informationen von Banken erhalten dürfen, wird gesetzlich verankert.

Entscheide:

- › Verabschiedung der ergänzten Finanzplatzstrategie

2.3. FDP-DV verabschiedet Massnahmen zur Klima- und Energiepolitik (26. Juni 2010, Lugano)

Noé Blancpain, Kommunikationschef

Die Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen hat heute in Lugano ein Massnahmenpapier zur Umwelt- und Energiepolitik mit vier Säulen verabschiedet. Die Forderungen waren von der Arbeitsgruppe „Energie und Klima“ erarbeitet und vom Vorstand verabschiedet worden, aus den Kantonen wurden zusätzliche Elemente eingebracht. Für Wohlstand und Arbeitsplätze von morgen ist die Energiepolitik von heute entscheidend. Dabei braucht es statt Ökorumantik eine Gesamtsicht. Schlüssel ist der technologische Fortschritt und seine konsequente Nutzung. Zum Erfolg führen nicht Subventionen, Energie- oder Lenkungsabgaben: Die ökologische Modernisierung wird nur dann nachhaltig gelingen, wenn sie sich im Wettbewerb beweist. Die FDP will eine CO₂-Reduktion von 30% im In- und Ausland bis 2040 und fordert dafür insbesondere drei Massnahmen: Die massive Steigerung der Energieeffizienz in Altgebäuden, 1,4 Millionen Elektro- oder 3-Literfahrzeuge bis 2030 sowie den Abbau der Umweltbürokratie. Die 213 Delegierten der FDP fällten zudem einstimmig und ohne Enthaltungen die Ja-Parole für die Abstimmung zur Revision der Arbeitslosenversicherung im September.

Die Delegiertenversammlung hat sich gegen Subventionen und Abgaben, insbesondere deren Erhöhung, ausgesprochen. Die vier Säulen der Umwelt- und Energiepolitik der FDP.Die Liberalen mit den wichtigsten Massnahmen:

- › **Mehr Effizienz bei der Gebäudesanierung:** Energetische Gebäudesanierungen – insbesondere bei Altbauten – haben den grössten Effekt und sind deshalb das wichtigste Mittel zum Klimaschutz. Wer die Vorschriften der Kantone im Energiebereich erfüllt, wird von jeder Energieabgabe befreit.
- › **Mehr Effizienz in der Mobilität:** Bis 2030 sind 30% aller Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen – das sind 1,4 Millionen – zu elektrifizieren oder mit alternativen Antrieben bzw. optimierten Verbrennungsmotoren (3-Liter-Auto) auszustatten. Neuwagen sollen im Jahr 2015 einen Zielwert von durchschnittlich 130g CO₂/km erreicht werden.
- › **Weniger Umweltbürokratie:** FDP.Die Liberalen fordert mehr Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien dank weniger Bürokratie. Unnötige Bewilligungsverfahren sind abzuschaffen oder zu vereinfachen. Das schafft auch Arbeitsplätze. Unzählige Hürden und bürokratischer Wildwuchs erschweren Investitionen oder verunmöglichen sie gar.
- › **Langfristige Versorgungssicherheit:** Zwar gibt es auf absehbare Zeit genügend fossile Brennstoffe. Doch Unfälle, die immer teurere Gewinnung und die Gefahr politischer Konflikte gefährden die Versorgungssicherheit fossiler Brennstoffe. Auch deshalb ist die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brenn- und Treibstoffen ein zentrales Ziel. Die Vier-Säulenpolitik des Bundesrates zur Stromversorgung wird von der FDP klar unterstützt und dazu gehören ebenfalls neue Kernkraftwerken.

Entscheide:

- › Verabschiedung des Massnahmenpapiers „Umwelt- und Energiepolitik“
- › **Einstimmige Ja-Parole für die Revision der Arbeitslosenversicherung**

2.4. FDP.Die Liberalen lanciert Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“ (11. September 2010, Unterägeri)

Noé Blancpain, Kommunikationschef

Immer mehr Regulierungen, Verordnungen, Gebühren und Verbote – es reicht! FDP.Die Liberalen sagt dem staatlich verordneten Bürokratiemonster den Kampf an: An ihrer heutigen ausserordentlichen DV hat sie die Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“ lanciert. Die Delegierten verabschiedeten zusätzlich ein Massnahmenpapier mit konkreten Forderungen. Die heutige Regelungsflut schränkt die Freiheit und den Handlungsspielraum von Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie Unternehmen ein. Das kostet uns Zeit und Geld. Unternehmen sollen sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren können, Wertschöpfung kreieren und neue Arbeits- sowie Ausbildungsplätze schaffen. Stattdessen füllen sie heute im Akkord Formulare und Statistiken aus – und bezahlen dafür erst noch Gebühren. Von der Hundesteuer bis zur Fahnenabgabegebühr: Der Staat regelt und kassiert für Bereiche, die besser der Eigenverantwortung der Bürger überlassen blieben. Zahlreiche Kantonalparteien kämpfen bereits mit Initiativen und Aktionen gegen die Regulierungsflut. Mit 234 zu 3 Stimmen lancieren die FDP.Die Liberalen nun auch eine nationale Volksinitiative. Ein weiteres Highlight setzten die beiden Bundesratskandidierenden Karin Keller-Sutter und Johann Schneider-Ammann.

Mit der Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“ wird der Bürokratieabbau in der Verfassung verankert. Die Unterschriftensammlung startet im Herbst 2010. Die Delegierten verabschiedeten grossmehrheitlich folgenden Initiativtext:

Art. 9 a Unbürokratischer Gesetzesvollzug

Jede Person hat Anspruch darauf,

1. dass Gesetze verständlich sind und ihre Anwendung einfach, unbürokratisch und effizient erfolgt.
2. dass Verwaltungen und Gerichte ihre Angelegenheiten schnell, einfach und unbürokratisch behandeln.

Art. 94 Abs. 3 Zweiter Satz (neu)

Dazu treffen sie Massnahmen, um die Regelungsdichte und die administrative Belastung für die Wirtschaft geringst möglich zu halten; dabei berücksichtigen sie insbesondere die Anliegen der Kleinst- und mittelgrossen Unternehmen.

Wichtige Forderungen des Massnahmenpapiers, für deren Umsetzung sich die FDP nun in den Parlamenten einsetzt:

- › Eindämmung der Regulierungsflut auf allen Ebenen: Die Regulierungskosten in der Schweiz betragen gemäss einer aktuellen und unabhängigen Studie über 50 Mrd. Franken pro Jahr. Dies belastet private Haushalte wie Unternehmen. Gesetze und Verordnungen sollen gezielt entrümpelt werden, um diese Kosten um 20% zu senken.
- › KMU gezielt entlasten: Die Unternehmer müssen entlastet werden, damit sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Die FDP fordert unter anderem, dass alle amtliche Datenerhebungen durch das Bundesamt für Statistik koordiniert erhoben werden. Nutzlose Erhebungen sind abzuschaffen.
- › Mehrwertsteuer massiv vereinfachen: Mit dem MWST-Einheitssatz und der Abschaffung der meisten Ausnahmen würde der administrative Aufwand der Unternehmen um 11% sinken. Das System muss weiter vereinfacht, Sonderregeln abgeschafft und der Einheitssatz eingeführt werden.
- › Flexiblen Arbeitsmarkt als Standortvorteil sichern: Einschränkende Vorschriften wie die Bewilligungspflichten für Sonntags- und Kurzarbeit oder die Hürden bei der Anstellung von qualifizierten Berufsleuten müssen wo möglich abgeschafft oder wenigstens kundenfreundlich vereinfacht und beschleunigt werden.

Alle Informationen zur Initiative „Bürokratie-Stopp“ online: www.buerokratie-stopp.ch

2.5. Klares Signal der FDP für den bilateralen Weg – gegen EU-Beitritt (16. Oktober 2010, Herisau)

Noé Blancpain, Kommunikationschef

Aussenpolitik ist Interessenspolitik – sie muss zwingend durch Kooperation und Solidarität geschehen. Die Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen hat heute in Herisau mit 178 Stimmen zu 0 Gegenstimmen (15 Enthaltungen) ihr Positionspapier zur Aussenpolitik und EU verabschiedet. Es definiert die Strategie für die Schweiz in einer globalisierten Welt. Unser Land muss seine engen und privilegierten Beziehungen zur EU stärken und weiterentwickeln. Weder der Alleingang noch der EU- oder EWR-Beitritt sind aktuelle Optionen. Der bilaterale Weg hat sich bewährt und ist der Erfolgsweg für die Schweiz. 91% der Delegierten lehnten den EU-Beitritt als strategisches Ziel ab. Ohne diese Verträge wäre die Schweiz nicht in einer so guten wirtschaftlichen und finanziellen Verfassung. Darum setzt sich die FDP für neue Bilaterale Verträge ein, zum Beispiel bei der Elektrizität, im Gesundheitswesen und Agrarfreihandel. Gleichzeitig muss das Netz von Freihandelsabkommen ausgebaut werden, damit wir Zugang zu den Märkten des 21. Jahrhunderts erhalten und so Arbeitsplätze schaffen können.

Die DV fasste zudem mit 204 zu 1 Stimmen fast einstimmig die Ja-Parole für den Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative. Die Initiative wurde mit 195 zu 6 Stimmen klar abgelehnt. Die SP-Steuerinitiative hatte die Parteipräsidentenkonferenz bereits im August einstimmig abgelehnt, die DV bekräftigte das Nein mit grossem Applaus. Den abtretenden Bundesrat Hans-Rudolf Merz verabschiedeten die Delegierten mit stehenden Ovationen.

Mit Hans-Rudolf Merz, Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann waren heute in Herisau gleich drei Bundesräte der FDP. Die Liberalen anwesend. In seiner Heimat Appenzell Ausserrhoden wurde der abtretende Bundesrat Merz mit stehenden Ovationen für seine hervorragende Arbeit in seiner siebenjährigen Amtszeit gewürdigt. Er ist der erfolgreichste Finanzminister Europas und der beste der Schweiz in den letzten Jahrzehnten. In seiner Amtszeit hat er die Schulden um 20 Mia. Franken reduziert. Die FDP zieht den Hut! Die Delegierten haben zudem ihren neuen Bundesrat Johann Schneider-Ammann gefeiert und ihm für sein Amt viel Erfolg gewünscht.

Die Delegierten fassten fast einstimmig die Nein-Parole zur Ausschaffungsinitiative (195 zu 6 Stimmen) und die Ja-Parole zu dem von der FDP initiierten Gegenvorschlag (201 zu 1). Kriminelle Ausländer müssen ausgeschafft werden – nach dem Motto „hart aber fair“. Im Gegensatz zur Initiative verstösst der Gegenvorschlag nicht gegen das Völkerrecht und gefährdet nicht die Bilateralen Verträge mit der EU.

Entscheide:

- › Verabschiedung des Positionspapiers „Die Schweiz in einer globalisierten Welt“.
- › Klare Bestätigung des Bilateralen Wegs und gegen einen EU- oder EWR-Beitritt:
 - 91% der Delegierten gegen EU-Beitritt selbst als strategisches Ziel (178 zu 17 Stimmen)
 - 77% der Delegierten gegen Alternativen zum Bilateralen Weg (EU-Beitritt, EU-Beitritt „light“ oder Rahmenabkommen) (172 zu 52 Stimmen)
- › Nein-Parole zur Ausschaffungsinitiative (195 zu 6 Stimmen)
- › Ja-Parole zum Gegenvorschlag (201 zu 1)

3. Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern

Adrian Michel, Kampagnenchef

3.1. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)

Gemäss den neuen Statuten, welche aufgrund der Fusion mit der LPS erstellt wurden, haben die Kantonalparteien mehr Kompetenzen erhalten. Die PPK tagte entsprechend häufiger und traf sich am 22. Januar, 11. März, 16. und 23. April, 25. Juni, 20. August, 10. September, 15. Oktober, 02. Dezember. Bereits an der ersten Sitzung im Januar war der Wahlkampf 2011 ein Traktandum. An jeder kommenden Sitzung wurde über die Wahlen diskutiert und Entscheide getroffen, wie z.B. über Kantonalanalysen, Strategie, inhaltliche und grafischen Wahlkampfauftritt und Finanzierung. Die PPK entschied zudem über die Lancierung einer Volksinitiative. Nach diversen Themen wurde die „Bürokratie-Stopp!“ – Initiative der Delegiertenversammlung vorgeschlagen, welche sich im September deutlich für deren Lancierung aussprach. Weiter wurde auch der Entscheid über die neue Website (Umsetzung, Design) an der PPK getroffen.

3.2. Sekretärenkonferenz (SK)

Wie im vergangenen Jahr, waren auch im Jahr 2010 alle Geschäftsführer/-innen jeweils für die PPK eingeladen. Die SK tagte nur, wenn es konkrete Umsetzungsfragen zu diskutieren gab. Sie fand am 22. Januar, 11. März, 23. April, 25. Juni und 15. Oktober statt. Es wurden die operativen Fragen zu den Wahlen (z.B. Tool Kantonsanalysen, Web2Print) zur Volksinitiative (z.B. Techniken für die Unterschriftensammlung, nationale Sammeltage) und zur Website-Umstellung (z.B. Migration, neues CMS) geklärt.

Das parlamentarische Jahr 2010

4. Frühjahrsession 2010 (1. März – 19. März 2010)

Stefan Brupbacher, Generalsekretär und Fraktionssekretär a.i.

Resultatemässig stand die Frühlingssession 2010 im Zeichen der 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und den Gegenvorschlägen zur Minder-Initiative und zur Ausschaffungsinitiative. In allen drei Bereichen konnte die FDP das Resultat massgeblich beeinflussen bzw. verbessern. Zudem befassten sich die Räte mit verschiedenen Vorstössen zu den Themen Energiepolitik, Direktzahlungen an die Landwirtschaft, Sparmassnahmen in der Gesundheitspolitik und der Stipendien-Harmonisierung. Unser Vorstoss zur Abschaffung der Stempelsteuern wurde im Ständerat praktisch nur von der FDP unterstützt, womit sich SVP und CVP in einen wirtschaftspolitischen Argumentationsnotstand setzten. Medial war die FDP mit Finanzmarktfragen präsent – sei es mit Vorschlägen zuhanden der DV im April für eine Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie, sei es mit einer Interpellation an den Bundesrat, damit dieser beim Internationalen Gerichtshof wegen Verletzung verschiedener Übereinkommen infolge Belohnung des Datendiebstahls durch Deutschland klage. Überschattet wurde die ganze Parlamentsarbeit durch die gehässige Diskussion um die Einsetzung einer PUK zur Bewältigung der Finanzmarktkrise, welche ihrerseits durch kommunikativ ungeschicktes Verhalten der UBS mächtig angeheizt wurde. Die Diskussion zur PUK im Rat zeigte, dass es nicht um die Aufarbeitung einer enormen wirtschaftlichen Krise, sondern um eine politische Abrechnung geht – kurz: der Wahlkampf hat endgültig begonnen.

4.1. Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

Weitere Reformen der Sozialversicherungen: Auch wenn die Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes mit einem überdeutlichen Resultat vom Volk verworfen wurde, bedeutet das nicht, dass der Reformprozess in anderen Versicherungswerken nicht unvermindert fortzusetzen ist. Die Defizite der IV und der ALV sind ein Mahnmal. Zwar setzte sich in der ALV nicht der im Nationalrat von den bürgerlichen Parteipräsidenten geschmiedete vereinbarte Kompromiss durch, doch ist das Projekt immer noch bedeutend besser als eine rein Einnahmen-seitige Korrektur, welche ohne Reform zwingend eingeführt werden müsste. Zwingend auch, dass bei der 11. AHV-Revision die überfällige Anpassung des Rentenalters der Frauen auf 65 mit Zahlungen im Giesskannenprinzip kompensiert werden und die kommenden Beratungen zu dieser Vorlage werden hier von grosser Bedeutung sein.

Gegenvorschlag zur schädlichen Minder-Initiative: Hier hatte die FDP im Oktober die Notbremse gezogen, als eine unheilige Allianz zwischen SVP und SP die Aktienrechtsrevision immer mehr verschlechterte. Die Forderung, ohne Gegenvorschlag vors Volk zu treten zeigte Wirkung: CVP und SP (je ein direkter Gegenvorschlag) und die SVP (Blocher-Minder-Kompromiss als indirekter Gegenvorschlag) mussten ihre Karten auf den Tisch legen. Auch die FDP legte einen direkten Gegenvorschlag vor, der von der CVP unterstützt wurde, in weiten Teilen obsiegte und nun eine gute Basis für die Diskussionen im Ständerat bildet. Dort muss die Gefahr, dass Schweizer Traditionsunternehmen mit hohen Rückstellungen von einigen wenigen Grossaktionären über- und ausgenommen werden, gebannt werden.

Direkter Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative: Hier handelt es sich um ein typisches Wahlkampfthema der SVP – prima Vista gut unverfänglich und emotional. Dank einer guten Zusammenarbeit im Ständerat zwischen FDP und CVP setzte sich der harte, aber völkerrechtskonforme Gegenvorschlag durch; nun gilt es, dies im Nationalrat zu wiederholen, wobei hier mit erbittertem Widerstand der SVP zu rechnen ist.

Parlamentarische Untersuchungskommission, PUK: Hier ist die FDP für Transparenz und Effizienz. Das bedeutet, dass die GPK-Subkommission ihre begonnene Arbeit beenden und die nun umfassend vom Bundesrat zur Verfügung gestellten Unterlagen auswerten soll. Können damit nicht die relevanten offenen Fragen gelöst werden, dann wird sich die FDP nicht gegen eine PUK stellen. Bereits jetzt eine PUK einzusetzen, bedeutet Steuergelder zu verschwenden, da nicht auf den begonnenen Arbeiten der GPK hätte aufgebaut werden können. Diese Argumente der FDP obsiegten im ständerätlichen Büro mit

5:1 und mit der Unterstützung der CVP sowie des SVP-Vertreters.

4.2. Vereinigte Bundesversammlung

Wahl eines Richters ans Militärkassationsgericht: Am 17. März wählt die vereinigte Bundesversammlung mit 162 Stimmen Herrn Serge Fasel als Nachfolger von Frau Barbara Ott, die ihren Rücktritt als Richterin am Militärkassationsgericht angekündigt hat. Er wurde durch die Gerichtskommission vorgeschlagen und von allen Fraktionen unterstützt.

4.3. Geschäfte beider Räte

Gentech-Moratorium: Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat einer Verlängerung des Moratoriums für gentechnisch veränderte Tier- und Pflanzenarten bis November 2013 zugestimmt. Der NR nahm mit 106:68 Stimmen eine entsprechende Teilrevision des Gentechnikgesetzes an. Nachdem sich der Ständerat in der aktuellen Session bei einer marginalen Differenz dem Nationalrat angeschlossen hat, ging die Vorlage in die Schlussabstimmung. Die FDP-Fraktion bedauert diesen Entscheid, da ein dreijähriges Moratorium einen unverhältnismässigen Eingriff in die Wirtschaft darstellt und dem Forschungsstandort Schweiz erheblich schadet.

4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG): Die Differenzen zwischen den Räten konnten bereinigt werden. Auf der Beitragsseite schloss sich der Ständerat der Lösung des Nationalrats an. Vorgesehen ist eine Erhöhung der ordentlichen Beiträge um 0,2 Prozentpunkte auf 2,2 Lohnprozente. Bis zum Jahresende, an welchem das Eigenkapital des Ausgleichsfonds 0,5 Milliarden Franken erreicht hat, soll zudem ein „Solidaritätsprozent“ auf höheren Einkommen (126 000 bis 315 000 Franken) erhoben werden.

Auf der Leistungsseite hat der Nationalrat dafür insbesondere die in der Wintersession 2009 beschlossenen Leistungskürzungen für junge Arbeitslose rückgängig gemacht. Er sprach sich gegen verlängerte Wartezeiten für Schul- und Studienabgänger sowie gegen Leistungskürzungen für Arbeitslose unter 30 Jahren ohne Unterstützungspflichten aus, für unter 25jährige sollen die Taggelder nur auf 200 Tage beschränkt werden. Zudem hat der NR auch die Kürzung der Taggelder für Langzeitarbeitslose wieder gestrichen: Der Ständerat hat sich schliesslich dafür bei der Datenbekanntgabe und der Verschärfung der Strafbestimmungen dem Nationalrat angeschlossen. Mit der jetzt beschlossenen Revision soll die defizitäre Versicherung innert 17 Jahren saniert sein. Mit den Entscheiden sinken die Ausgaben um jährlich 622 Millionen, die Einnahmen steigen um 646 Millionen Franken.

Die FDP-Liberale Fraktion bedauert zwar, dass der Nationalrat bei den Leistungskürzungen wieder zurückbuchstabiert hat. Dennoch unterstützt sie die ausgearbeitete Revision. Dies umso mehr, als bei einem Scheitern der Vorlage der Bundesrat zu einer Beitragserhöhung gezwungen wird, ohne dass gleichzeitig Sparmassnahmen realisiert würden.

11. AHV-Revision: Damit soll das Ausgabenwachstum der Versicherung gebremst werden. Geplant sind die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer sowie der Einbau eines „Frühwarnsystems“ im Fall von sich verschlechternden Finanzen. Beide Räte haben das Geschäft bereits beraten und grundsätzlich gutgeheissen.

Erstens sprach sich der Rat dafür aus, ein Frühwarnsystem in die AHV einzubauen: Sobald der Stand des AHV-Ausgleichsfonds unter 70 Prozent einer AHV-Jahresausgabe fällt, soll der Bundesrat Massnahmen zur finanziellen Sanierung vorlegen. Zweitens verhinderte der Nationalrat vorerst, dass die Mittel, die durch die geplante Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre eingespart werden, sogleich wieder für neue Leistungen ausgegeben werden. Die FDP Fraktion begrüsst diese Entscheide.

Eine Mehrheit des Rats stimmte zwar zunächst dafür, Frühpensionierungen für Bezüger von kleineren und mittleren Einkommen grosszügig zu subventionieren (Art. 40ter). Aber ein qualifiziertes Mehr, das für die Umsetzung dieses Beschlusses nötig gewesen wäre, kam nicht zustande (73:107). Die Vorlage geht somit weiter an den Ständerat. Da dieses grosszügige Modell die AHV-Kasse mit jährlich 1,15 Milliarden Franken belasten würde, hat sich die FDP-Fraktion dagegen ausgesprochen. Dass Frühpensionierungen nicht mit einem Rabatt belohnt werden, ist aus finanzpolitischer Sicht äusserst wichtig

BVG. Strukturreform: Der Ständerat schwenkte auf die Nationalratsversion ein, wonach Pensionskassen in ihrem Jahresbericht die Anlagemanager, -berater und anderen Experten namentlich aufzuführen müssen. Bei der Ausgestaltung der Oberaufsicht hiess der SR eine neue Formulierung gut, die der NR übernahm.

KVG. Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung: Die Differenzbereinigung zu den Massnahmen zur Dämpfung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und der Prämienerrhöhungen in der Krankenversicherung ist immer noch nicht abgeschlossen. Während dieser Session besonders relevant ist, dass der SR auch entschied, den Krankenversicherern zu verbieten, Provisionen und Courtagen zu bezahlen oder Telefonwerbung zu finanzieren (25:16). Der SR hat zudem am Billigstprinzip für Medikamente festgehalten (22-16). Diese beiden Entscheide stimmen nicht mit den FDP-Beschlüssen überein. Die SGK-N hat anschliessend die Vorlage sistiert und wird sie später behandeln.

KVG. Unbezahlte Prämien: Die Krankenkassen müssen den Kantonen einen Teil des Geldes zurückzahlen, das diese für säumige Prämienzahler vorgestreckt haben. Der Nationalrat hat in der dritten Sessionswoche die letzte Differenz bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes ausgeräumt. Dieser Entscheid stimmt nicht mit dem Beschluss der FDP-Fraktion überein. Damit dürfen Kantone fortan Listen mit säumigen Zahlern führen und die Kassen ihre Leistungen weiterhin aufschieben.

Landwirtschaft Bilanzreserve: Die Vorlage zur Schaffung einer Bilanzreserve zur Abdämpfung von Markt- und Grenzöffnungen im Agrarbereich konnte in dieser Session nicht verabschiedet werden. Die grosse Kammer wies die Vorlage mit 96 zu 79 Stimmen zurück und beauftragte den Bundesrat, die Vorlage mit der Finanzierung einer Qualitätsstrategie zu verknüpfen. Im Sinne der FDP-Liberale Fraktion stimmte der Ständerat und überwies das Geschäft. Nach dem abweichenden Entscheid des Ständerates geht das Geschäft zurück an den Nationalrat.

Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems: Der Nationalrat hat mit 115 zu 45 Stimmen bei 9 Enthaltungen dem Bundesrat den Auftrag erteilt, die Vorschläge für ein neues Direktzahlungssystem zu konkretisieren. Dabei wurden bereits die Fronten abgesteckt. Während SP und Grüne eine stärkere ökologische Ausrichtung wollen, möchte die SVP am liebsten gar nichts verändern. Die FDP hat die Motion unterstützt, weil durch die Reform die Direktzahlungen stärker an die Leistungen der Bauern anstatt an die Fläche geknüpft werden. Die Motion stärkt den Reformkurs für eine leistungsfähige, unternehmerische und nachhaltige Landwirtschaft, die qualitativ hochwertige Lebensmittel herstellt.

Klares Bekenntnis zur Personenfreizügigkeit: In beiden Räten fand eine ausserordentliche Session zum Thema Zuwanderung statt. Der Nationalrat stimmte über 135 Vorstösse ab, wobei sich die grosse Kammer klar für eine Fortführung der Personenfreizügigkeit aussprach. Sämtliche Vorstösse aus den Reihen der SVP zu den Personenfreizügigkeitsabkommen wurden deutlich abgelehnt. Aus Sicht der FDP Liberale Fraktion ist bedauerlich, dass unser Postulat für ein Rahmengesetz Integrationspolitik mit 87:94 Stimmen knapp abgelehnt wurde.

13. Frankophoniegipfel vom 20. bis 24 Oktober in Montreux: Die Schweiz wird Gastland für den 13. Frankophoniegipfel, beide Räte traten auf die entsprechende Vorlage ein. Jedoch wurde der Gesamtkredit zur Durchführung auf 30 Millionen Franken im Sinne der FDP-Liberale Fraktion beschränkt. Die grosse Kammer sprach sich mit 102 zu 63 Stimmen und die kleine Kammer einstimmig für die Kürzung aus. Die ebenfalls vorgeschlagene Strafkompensierung von 10 Millionen Franken im EDA lehnten beide Räte hingegen trotz vorgebrachter Kritik zuhanden der EDA-Vorsteherin an der Vorgehensweise bei der Organisation des Gipfels mit 96 zu 69 Stimmen bzw. einstimmig ab. Die FDP-Liberale Fraktion begrüsst auch diesen zweiten Entscheid.

Neuregelung der Unterstellung der Bundesanwaltschaft: Als Folge der neuen schweizerischen Strafprozessordnung, die 2010 in Kraft treten soll, muss auch die Organisation der Strafbehörden des Bundes angepasst werden. Der Ständerat hat sich als Erstrat in der Sommersession mit dem Gesetz befasst, in der Wintersession diskutierte der Nationalrat über die Vorlage, und in der aktuellen Session fand die Differenzbereinigung statt. Zu diskutieren gab insbesondere die Frage der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft. Schliesslich setzte sich der Vorschlag durch, den Bundesanwalt durch die Bundesversammlung und die Bundesanwaltschaft der Aufsicht einer gemischten, unabhängigen Behörde zu unterstellen.

Diese Lösung entspricht der Haltung der *FDP.Die Liberalen*. In der Vernehmlassung vom Dezember 2007 hat die Partei vorgeschlagen, die Aufsicht der Bundesanwaltschaft einem gemischten Aufsichtsorgan – einem „Conseil de la Magistrature“ zu übertragen.

Klare, strategische Ausrichtung der Schweizer Aussenpolitik (Aussenpolitik 2009. Bericht des Bundesrats): National- und Ständerat nahmen vom aussenpolitischen Bericht 2009 Kenntnis. Die FDP-Liberale Fraktion forderte vom Bundesrat eine klare strategische Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik, in der die Interessen und Werte der Schweiz im Zentrum stehen. Gegenüber der EU ist der bilaterale Weg zu konsolidieren. Nicht alles, was auch noch wünschenswert wäre, aber alles, was für den Wirtschaftsstandort Schweiz wichtig ist, soll geregelt werden. Die Beziehungen zu den einzelnen Staaten in und ausserhalb Europas müssen intensiviert werden. Dies gilt ganz besonders für neue Macht- und Wirtschaftsräume. Die interne Vernetzung ist konsequent zu verbessern. Eine Aussenpolitik, die isoliert ist, nach innen weder abgestützt noch vernetzt ist, wird nie erfolgreich sein.

Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit: Das Parlament hatte in dieser Session über den bundesrätlichen Bericht zur Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit zu befinden. Entgegen der Haltung der FDP wies die kleine Kammer den Bericht mit 24:13 Stimmen an den Bundesrat zurück mit dem Auftrag, den Erlassentwurf und die Botschaft gemäss den Ratsbeschlüssen vom 8. Dezember 2008 vorzulegen. Ein Minderheitsantrag von SR Peter Briner, die Botschaft auf die nächste Legislatur vorzulegen, blieb chancenlos. Im Nationalrat lag ein Mehrheitsantrag vor, welcher dem Ständerat folgen und den Bericht zurückweisen wollte. Eine Minderheit, bestehend aus einem Teil der freisinnig-liberalen APK-N-Deputation, lehnte den Rückweisungsantrag ab. Die grosse Kammer folgte mit 88:84 Stimmen unserem Anliegen und nahm vom Bericht Kenntnis.

4.4. Geschäfte des Nationalrats

Erleichterte Zulassung von Ausländerinnen/Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss: Der Nationalrat hat sich mit einer parlamentarischen Initiative befasst, welche durch eine Änderung des Ausländergesetzes Missstände bei der Zulassung von Studierenden sowie Studienabgänger/-innen aus nicht-EU/EFTA-Staaten beseitigen will. Der Entwurf sieht vor, dass Personen mit einem Schweizer Hochschulabschluss auf dem Arbeitsmarkt zugelassen werden, wenn deren Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Interesse ist – eine entsprechende Forderung hat die FDP in der Innovationsstrategie formuliert. Diese Personen sollen nach Abschluss ihrer Ausbildung für eine Dauer von sechs Monaten vorläufig zugelassen werden, um eine entsprechende Erwerbstätigkeit zu finden. Mit 104:36 Stimmen hat die Grosse Kammer der entsprechenden Gesetzesrevision zugestimmt. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.

Gefährdung der Armeebestände. Der Zivildienst erlebt seit der Abschaffung der Gewissensprüfung per 01. April 2009 einen Boom. Anstatt wie zuvor jährlich gegen 2000 Personen haben letztes Jahr 7213 Wehrpflichtige ein Zivildienstgesuch gestellt. Dieser Trend ist auch 2010 zu beobachten. Der Nationalrat hat deshalb mit 98 zu 70 Stimmen eine Motion überwiesen welche vom Bundesrat bis im April einen Bericht sowie «umgehend» eine Gesetzesvorlage fordert «welche die bestehenden Missstände beheben wird». Vor diesem Hintergrund verlangt die Nationalrätin Corina Eichenberger, dass der Zivildienst statt heute 1,5-mal bis zu 1,8-mal länger dauern soll als der Militärdienst. Damit wird der Tatbeweis für den Zivildienst verschärft.

Revision des Güterkontrollgesetzes: Nach dem Ständerat ist auch der Nationalrat mit 114:67 Stimmen nicht auf die Revision des Güterkontrollgesetzes (GKG) eingetreten. Mit dieser Vorlage sollte der Bundesrat ermächtigt werden, autonom und in Abweichung von international abgestützten Exportkontrollmassnahmen, eine Ausfuhrbewilligung für „Dual-Use“-Güter (Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendbar sind) zu verweigern. Neu wollte sich der Bundesrat die Möglichkeit geben lassen Bewilligungen verweigern zu können wenn «wesentliche Landesinteressen» tangiert sind. Die FDP vertrat die Position, dass das bereits strenge Bewilligungsverfahren völlig ausreicht und nicht noch komplizierter ausgestaltet werden sollte.

Bahnpolizeigesetz: Mit 152 zu 5 Stimmen hat der Nationalrat ein Gesetz gutgeheissen, das sich nur in wenigen Punkten vom gescheiterten Erlass unterscheidet. Die Vorlage unterscheidet wie die ursprüngliche Vorlage zwischen einem Sicherheitsdienst und der eigentlichen Transportpolizei. Letztere darf jedoch

nicht privatisiert werden. Sie durchläuft wie andere Polizeikräfte eine Polizeischule und wird amtlich vereidigt. Dafür wird für sie auch das Tragen von Feuerwaffen nicht explizit ausgeschlossen. Die Regelung der Bewaffnung wird dem Bundesrat übertragen

Bahnlärmsanierung: Im Rahmen der Gesamtschau der Eisenbahngrossprojekte hatte der Nationalrat 500 Millionen Franken im FinöV-Fonds die zur Erreichung der Lärmschutzgrenzwerte nicht benötigt werden nicht für andere Zwecke freigegeben und damit blockiert. Mit einer vom Nationalrat angenommenen Motion von Ständerat Peter Bieri (ZG) wird der Bundesrat beauftragt, im Rahmen der kommenden Vorlage zur Bahn 2030 einen Lösungsvorschlag zu präsentieren.

Luftfahrtgesetz: Die vom Bundesrat beantragte Aufsichtsabgabe im Luftverkehr wurde im Nationalrat entsprechend der Position der FDP klar mit 124:62 Stimmen abgelehnt. Mit den Einnahmen hätten im Bazl 24 Stellen finanziert werden sollen. Für die FDP war die Aufsichtsabgabe eine neue Steuer, welche nicht geeignet war, für den Luftverkehr günstige operative Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Weiteren beschloss der Rat, dass der Bund den Aufwand der Skyguide für im benachbarten Ausland erbrachte jedoch nicht abgegoltene Dienstleistungen temporär übernehmen kann. Gegen den Willen des Bundesrates nahm der Rat schliesslich einen Artikel an, wonach der Bund die Aus- und Weiterbildung von Piloten fördern soll.

Volksinitiative „Gegen die Abzockerei („Minder-Initiative“): Im Nationalrat stand in der zweiten Sessionswoche die erste Debatte zur umstrittenen Volksinitiative „Gegen die Abzockerei“ von Thomas Minder („Minder-Initiative“) auf dem Programm. Die Initiative betrifft alle an einer Börse kotierten Schweizer Aktiengesellschaften. Unter anderem fordert sie die Einführung eines gesetzlichen Zwangs zur Festlegung der Summe der Vergütungen von Verwaltungsrat, Beirat und Geschäftsleitung durch die Generalversammlung. Abgangsentschädigungen und Vorauszahlungen sollen ausnahmslos verboten werden. Zahlreiche arbeitsvertragliche Details müssten in den Statuten festgelegt werden. Der Bundesrat wollte der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag im Rahmen der Revision des Aktienrechts vorlegen. Die Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) hatte sich jedoch mit Stichentscheid der Präsidentin für einen direkten Gegenvorschlag ausgesprochen. Dieser wurde dem Nationalrat zusammen mit der Initiative unterbreitet. Der indirekte Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe ist nach wie vor in der RK-N hängig. Eine Kommissionsminderheit beantragte dem Ratsplenum, die Minder-Initiative zusammen mit der Vorlage zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts als indirekten Gegenvorschlag zu behandeln. Der Nationalrat lehnte den entsprechenden Ordnungsantrag jedoch entgegen der Haltung der FDP mit 101:91 Stimmen ab und hat in der dritten Sessionswoche den direkten Gegenvorschlag beraten. Eine Vielzahl der Minderheitsanträge aus den Reihen der FDP-Liberale Fraktion wurde angenommen. Jedoch wurde der Minderheitsantrag zur Schaffung des Nominee-Modells (Art. 122 Abs. 1 bis Bst. e bis) abgelehnt. Schliesslich empfahl die grosse Kammer die Initiative und den direkten Gegenvorschlag entgegen dem Willen der FDP knapp mit 66:62 Stimmen bei 56 Enthaltungen zur Annahme.

Steuerbefreiung von Vereinen: Der Nationalrat sprach sich als Zweitrat analog zum Ständerat in der letzten Sommersession mit 103 zu 50 Stimmen für die Steuerbefreiung von Vereinen aus. Ein Verein kann demnach steuerbefreit werden nur weil er ein Verein ist, Das Element der Gemeinnützigkeit ist nicht mehr massgeblich. Von Steuern befreit werden sämtliche Vereine, die sich ideellen Zwecken verschrieben haben. Die FDP-Liberale Fraktion begrüsst diesen Entscheid.

Bausparen: Der Nationalrat will den Kauf von Wohneigentum fördern. Übereinstimmend mit den Beschlüssen der FDP-Liberale Fraktion empfiehlt die grosse Kammer zwei Initiativen zur Annahme, die über Steuererleichterungen den Aufbau von Eigenkapital für den Kauf eines Eigenheims ankurbeln wollen. Die Bauspar-Initiative der von FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin präsidierten Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB) und die Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» des Hauseigentümergebundes (HEV) wollen beide das Bausparen über Steuerabzüge fördern. Mit 118 gegen 64 Stimmen bei 4 Enthaltungen sprach sich der Nationalrat dafür aus, die Bauspar-Initiative dem Volk zur Annahme zu empfehlen. Die HEV-Initiative wurde mit 121 gegen 61 Stimmen bei 2 Enthaltungen ebenfalls zur Annahme empfohlen. Da zwei Initiativen praktisch gleichen Inhalts nicht gleichzeitig an die Urne gebracht werden dürfen, beauftragte der Nationalrat den Bundesrat, zuerst die SGFB-Initiative zur Abstimmung zu bringen, die das Bausparen den Kantonen nicht aufzwingen würde. Erst anschliessend soll über die HEV-Vorlage abgestimmt werden. Diese FDP-Fraktion unterstützt dieses Vorgehen.

Überprüfung des Leistungskatalogs der Krankenversicherung: Ohne Gegenstimme lehnte der Nationalrat eine Motion des Ständerats Urs Schwaller ab, welche eine Überprüfung des Leistungskatalogs im Krankenversicherungsgesetz und eine Positivliste für die Grundversicherung fordert. Der Ständerat hatte diesen Vorstoss in der vergangenen Herbstsession angenommen.

Massnahmen gegen Billigkrankenkassen: Mit 98:84 Stimmen lehnte die Grosse Kammer die Motion Frick. „Massnahmen gegen die Entsolidarisierung in der Krankenversicherung durch sogenannte Billigkassen“ ab. Bereits im Herbst 2008 hatte sich der Ständerat mit der Motion befasst und sie mit 18:17 Stimmen angenommen.

Ausgleich kantonale Krankenkassenreserven: Nur mit Stichentscheid der Präsidentin (82:81 Stimmen) nahm der Nationalrat eine Motion an, die den Bundesrat beauftragt, die kantonalen Krankenkassenreserven bis 2012 angleichen zu lassen.

4.5. Geschäfte des Ständerats

Buchpreisbindung: Nach dem Nationalrat, der das Geschäft bereits im vergangenen Sommer beraten hatte, entschied sich auch der Ständerat mit 19:15 Stimmen bei einer Enthaltung für die Regulierung der Bücherpreise. Die kleine Kammer hat aber zwei gewichtige Änderungen zur Nationalratsversion vorgenommen. So soll der Preisüberwacher kontrollieren, dass die Buchhändler in der Schweiz nicht missbräuchlich höhere Preise verlangen als Händler im Ausland (90 Prozent der Bücher in der Deutschschweiz werden aus Deutschland importiert). Zusätzlich wird vorgesehen, dass die Preisbindung nicht für Internet Händler aus dem Ausland und dem Inhalt gelten soll. Auf diese Weise wird das Gesetz zum Papiertiger und bestätigt die Position der FDP, dass diese Form des Protektionismus in Zeiten des elektronischen Buchverkaufs zum Untergang verurteilt ist. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung nochmals zurück in den Nationalrat.

Angemessene Wasserzinsen: Der Ständerat befasste sich in der ersten Sessionswoche mit der Differenzbereinigung der Pa.Iv. „Angemessene Wasserzinsen“. Auf dem Programm standen zwar die Wasserzinsen, doch diskutiert wurde über einen Ausbau der kostendeckenden Einspeisevergütung KEV für Strom aus neuen erneuerbaren Energien. Der vom Nationalrat beschlossenen Erhöhung der maximal möglichen KEV Konsumentenabgabe von 0,6 auf 0,9 Rappen pro Kilowatt wurde zugestimmt. Die vom Nationalrat vorgeschlagene Entlastung von Grossverbrauchern wurde gestrichen. Abgelehnt hat der Ständerat aber auch die von der grossen Kammer beschlossene Lockerung der Limitierung des Gesamtbeitrags an die noch teure Photovoltaik. Rolf Schweiger rechnete vor, dass allein für die Unterstützung der eingereichten Gesuche für Solarstrom in den nächsten Jahrzehnten 1,5 Milliarden Franken eingesetzt würden, diese Stromproduktion jährlich aber nur 2,8 Promille des Schweizer Verbrauchs decke. Neue Wege in der Technologieförderung wollte Pankraz Freitag gehen mit dem Antrag, 10% der Gelder in die Forschung zu investieren. Der Vorschlag wurde mit 23 zu 11 Stimmen abgelehnt. Die Rechnung für die Erhöhung der Wasserzinsen und der KEV-Erhöhung wird der Konsument via höhere Strompreise bezahlen. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung in den Nationalrat. Unabhängig vom endgültigen Entscheid bleibt folgendes Dilemma: Für die Vergütung von Strom aus Wind, Biomasse und kleinen Wasserkraftwerken steht viel Geld zur Verfügung, doch lassen sich viele dieser Projekte aus natur- und landschaftsschützerischen Gründen nicht oder nur verzögert realisieren. Die Gelder bleiben somit blockiert.

CO₂-Kompensation bei fossil-thermischen Kraftwerken: Der Ständerat hat sich mit einer Vorlage befasst, welche neue fossil-thermische Kraftwerke verpflichten will, ihre CO₂-Emissionen vollumfänglich zu kompensieren und wesentliche Teile der Abwärme zu nutzen. Diese Regelung soll in das CO₂-Gesetz integriert werden. Der Bundesrat schlug vor, dass maximal 50 Prozent der Kompensationsleistung mit Emissionsverminderungen im Ausland erbracht werden. Im Gegenzug sind die Kraftwerke von der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen befreit. Die Kleine Kammer hat sich in der zweiten Sessionswoche jedoch für eine vollständige Kompensation der CO₂-Emissionen im Inland ausgesprochen. Damit stellte sich der Ständerat gegen den Vorschlag seiner vorberatenden Umweltkommission (UREK-S), welche mit einer Kompensation im Ausland von 30 Prozent die heutige Regelung weiterführen wollte. Gemäss Ständerat sollen allerdings Investitionen in erneuerbare Energien als Kompensationsmassnahmen angerechnet werden können. Ausserdem sollen höchstens Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von zusammen 500 Megawatt bewilligt werden. Die Vorlage geht nun mit diesen Differenzen an den Nationalrat. Für die FDP

soll die Stromversorgung möglichst CO₂-neutral erfolgen. Andernfalls werden Bestrebungen zur Senkung des CO₂-Ausstosses hintertrieben. Im Hinblick auf die Klimapolitik muss die einheimische Stromerzeugung weitgehend treibhausgasneutral bleiben. Der Bau von Gaskraftwerken zur Stromerzeugung entspricht dieser Anforderung nicht. Lücken im Stromangebot, die trotz Steigerung der Energieeffizienz entstehen, sind mit neuen erneuerbaren Energien, dem Ausbau der Stromproduktion aus Wasserkraft und der Kernenergie zu schliessen.

Volksinitiative "Für ein gesundes Klima": Der Nationalrat beschloss mit 107:76 die Ablehnung der Volksinitiative. Die Initiative verlangt eine Reduktion der landesweit emittierten Treibhausgase um mindestens 30 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 1990. Die Ablehnung der Initiative entspricht der Position der FDP, wonach eine Volkswirtschaft nicht genau auf den Prozentpunkt auf einen bestimmten Treibhausgas-Ausstoss eingestellt wird. Die FDP ist der Meinung, dass bei der Anrechenbarkeit von Emissionsverminderungen im Ausland Flexibilität gewährleistet sein muss. Diese Flexibilität wäre bei einer Annahme der Initiative nicht möglich und es müssten zahlreiche Verbote erlassen werden, um das Reduktionsziel gemäss Initiative zu erreichen.

Unternehmens-Identifikationsnummer (UID): Der Ständerat hat sich als Erstrat mit einer Vorlage befasst, welche vorsieht, dass jedes Unternehmen in der Schweiz ab 2011 eine einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) erhalten soll. Heute benötigt fast jeder administrative Prozess eine spezifische Identifikationsnummer. Dies führt zu ineffizienten Abläufen und Doppelspurigkeiten. Mit der UID wird den Unternehmen ermöglicht, sich bei jedem Behördenkontakt einzig aufgrund dieser Nummer eindeutig zu identifizieren. Dadurch werden administrative Abläufe vereinfacht und beschleunigt. Zudem lassen sich damit Mehrfacherfassungen derselben Daten vermeiden oder zumindest stark reduzieren. Der Ständerat hat die Vorlage des Bundesrats einstimmig angenommen. Die Wirtschaft unterstützt die Einführung einer Unternehmens-Identifikationsnummer (UID). Diese erleichtert den Informationsaustausch zwischen den Unternehmen und den Behörden. In der Umsetzungsphase ist alles daran zu setzen, dass der Umsetzungsaufwand für die Unternehmen möglichst gering ausfällt. Der Übergang zu einem einheitlichen System sollte rasch erfolgen, wobei Parallelitäten möglichst verhindert und der Nutzen schnell sichtbar gemacht werden muss. Zwingend ist, dass die UID nicht zu „gläsernen“ Unternehmen führt und der Datenschutz jederzeit gewährleistet wird. Ebenfalls zentral ist die internationale Einbettung der UID. Das System ist zudem flexibel genug auszugestalten, dass eine Erweiterung auf Betriebe/Betriebsstätten einfach möglich wird, sollte sich zeigen, dass dies für die Unternehmen von Vorteil wäre.

Landwirtschaft: Im Ständerat standen verschiedene Vorstösse zum Thema Landwirtschaft zur Diskussion. Debattiert wurde über "Ernährungssouveränität", "Selbstversorgung" und "Wertschöpfung in der Landwirtschaft". Der Ständerat sprach sich für eine Qualitätsstrategie für Schweizer Lebensmittel und Massnahmen für eine optimale Wertschöpfung entlang der ganzen Ernährungs- und Landwirtschaftskette aus. Eine parlamentarische Initiative von Bauernverbandsdirektor Jacques Bourgeois wurde mit 27:13 Stimmen angenommen, um die "Ernährungssouveränität" als Prinzip einer ökologischen und dezentralen Nahrungsversorgung auszuarbeiten. Abgelehnt wurde eine Motion, die verlangt, dass die biologisch bewirtschaftete Fläche von bisher 11 auf 20 Prozent der Schweizer Landwirtschaftsfläche zu erhöhen. Mit 19 gegen 17 Stimmen wurde eine Motion angenommen, die "im Rahmen der Agrarpolitik 2015" einen Selbstversorgungsgrad von 60 Prozent fordert. Für die FDP sind diese Vorstösse Anzeichen dafür, dass die Forderung nach einem Freihandelsabkommen mit der EU im Agrarbereich immer schwieriger umzusetzen ist.

Hundegesetz: Der Ständerat folgte mit 23 zu 19 Stimmen seiner Kommission und schloss schärfere kantonale Vorschriften neben dem Bundesrahmengesetz aus. Damit wird verhindert, dass ein Hundehalter sämtliche kantonalen Gesetze kennen muss, falls er beim „Gassi-gehen“ eine Kantonsgrenze überschreitet. Das Gesetz nimmt entsprechend der Position der FDP vorab Besitzer und Züchter in die Pflicht. Der Ständerat nahm die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 21 zu 12 Stimmen bei 6 Enthaltungen an. Die Vorlage geht zurück in den Nationalrat.

Vereinbarkeit unserer Rechtsordnung mit der Sozialcharta soll geprüft werden: Der Ständerat nahm ein Postulat zum Thema der Sozialcharta an, welchem die FDP-Liberale Fraktion ebenfalls zustimmte. Der Bundesrat soll einen Bericht über die Vereinbarkeit der revidierten Europäischen Sozialcharta mit der schweizerischen Rechtsordnung und über die Zweckmässigkeit einer möglichst raschen Unterzeichnung und Ratifizierung vorlegen. Das Geschäft geht in den Nationalrat.

Integrationsbestimmung und genauer Delikkatalog angenommen: In der Wintersession hatte die kleine Kammer die Initiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative) zurück in die Kommission geschickt mit dem Auftrag, einen direkten Gegenvorschlag zu prüfen. Ein solcher wurde nun beraten. Der Ständerat folgte in den wesentlichen Punkten der FDP. Mit 34:6 Stimmen empfahl der Ständerat im Sinne der FDP, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen. Nachdem die FDP in der Kommission einen Antrag für einen direkten Gegenvorschlag eingereicht hatte und somit bei dessen Ausarbeitung massgeblich beteiligt war, darf die Beratung im Ständerat als Erfolg gewertet werden. Die Vorlage geht nun in den Nationalrat.

Abschaffung der Pauschalbesteuerung für Ausländer: Die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländern soll in der Schweiz nicht abgeschafft werden. Der Ständerat sprach sich im Sinne der FDP-Liberale Fraktion mit 22 zu 13 Stimmen gegen eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen aus, die eine Gleichbehandlung der ausländischen mit inländischen Steuerzahler fordert. Die Mehrheit im Ständerat war nicht bereit, die volkswirtschaftlichen Vorteile der Pauschalbesteuerung preiszugeben. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.

Doppelbesteuerungsabkommen: Der Ständerat hat als Erstrat den ersten fünf Doppelbesteuerungsabkommen zugestimmt, mit denen die Schweiz die Amtshilfe dem OECD-Standard anpasst. Bei den revidierten DBA mit Dänemark, Frankreich, Grossbritannien und Mexiko erfolgte der Entscheid einstimmig, das DBA mit den USA wurde mit 36 gegen 1 Stimme bei einer Enthaltung abgesegnet. Der Ständerat baute jedoch verschiedene Sicherungen in die Ratifizierungs-Beschlüsse ein: Möglichst rasch soll der Bundesrat ein Rahmengesetz über die Umsetzung der Amtshilfe im Schweizer Recht vorlegen. Gleichzeitig sprach sich die kleine Kammer einstimmig für eine Motion der APK-SR aus, welche die Amtshilfe bei illegal beschafften Daten verbietet. Die FDP-Liberale Fraktion begrüsst diese Entscheide. Die DBA sind zentral für die Rechtssicherheit des Schweizer Finanzplatzes, jedoch muss die Umsetzung der Amtshilfe in einem Gesetz geregelt werden. Es muss festgehalten werden, dass die Schweiz bei gestohlenen Daten keine Amtshilfe leistet.

Steuervereinfachung: Das Steuersystem soll in der Schweiz einfacher werden. Die kleine Kammer stimmte einer Motion der FDP-Liberale Fraktion mit 43 zu 2 Stimmen zu, welche vom Bundesrat verlangt, dem Steuerzahler eine einfache Besteuerung zu garantieren. Zudem soll es Einheitstarife, grosszügige Pauschalabzüge und eine Soll-Kapitalrendite in der Vermögensbesteuerung geben. Drei Standesinitiativen, die radikalere Vereinfachungen verlangten, lehnte der Rat hingegen ab.

Abschaffung der Stempelsteuer: Die kleine Kammer verpasste die Chance, mit der Abschaffung der Stempelsteuer ein standortschädliches Instrument aus dem Weg zu räumen und mehr Wachstum für die Schweiz zu generieren. Eine dahingehende Motion von Rolf Schweizer wurde mit 24 zu 10 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit im Ständerat hielt daran fest, dass ohne Klärung der Gegenfinanzierung die Stempelsteuer nicht abgeschafft werden soll.

Für ein Verbot von Killerspielen: Der Ständerat beschloss mit 19:12 Stimmen ein generelles Verbot von Killerspielen. Motion Allemann (09.3422) will die Herstellung, das Anpreisen, die Einfuhr, den Verkauf und die Weitergabe von Spielprogrammen verbieten, in denen grausame Gewalttätigkeiten gegen Menschen und menschenähnliche Wesen zum Spielerfolg beitragen. Das geht der FDP entschieden zu weit. Im Nationalrat lehnte die FDP-Liberale Fraktion die Motion in der Sommersession als einzige Fraktion ab, und auch im Ständerat stimmte die Mehrheit der Fraktion dagegen. Ständerat Rolf Schweizer reichte als Gegenmassnahme eine Motion ein, welche einen „Medienführerschein“ fordert. Zugestimmt hat die FDP der Motion Hochreutener (07.3870), welche ein Abgabeverbot an Kinder und Jugendliche vorsieht. Diese Motion wurde im Rat mit 27:1 Stimmen angenommen.

Freihandel mit Golfstaaten: Der Ständerat hat einstimmig das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten des Golfkooperationsrats genehmigt. Nach der Zustimmung des Nationalrats in der vergangenen Wintersession ist dieses Geschäft somit erledigt.

Flexiblere Wahlfranchisen bei Krankenkassen: Mit 20:11 Stimmen verwarf die Kleine Kammer eine Motion von Felix Gutzwiller, welche flexiblere Wahlfranchisen in der Krankenversicherung fordert.

4.6. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Frühjahrsession 2010 folgende Fraktionsvorstösse eingereicht:

Rechtsgrundlage für die Überwälzung sämtlicher Kosten an die UBS: Der Bundesrat wird beauftragt, raschmöglichst die gesetzlichen Grundlagen als Lex specialis zu schaffen, damit der UBS die Kosten im Zusammenhang mit der Affäre UBS-USA in Rechnung gestellt werden können. Insbesondere die Gebühren für die beiden Amtshilfeverfahren sollen an die UBS überwält werden können. Dies kann beispielsweise durch eine Anpassung des "Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes" (RVOG) oder der "Allgemeinen Gebührenverordnung" (AllgGebV, SR 172.041.1) geschehen.

Gentechnikgesetz. Mehr Forschung im Bereich der grünen Gentechnologie: Der Bundesrat wird beauftragt, das Gentechnikgesetz (GTG) vom 21. März 2003 dahingehend zu ändern, dass der verfassungsmässigen Pflicht zur Förderung der Forschung und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Forschungsplatzes auch im GTG nachgekommen wird und die gentechnische Forschung (einschliesslich der Biosicherheitsforschung) in der Schweiz unter attraktiveren Rahmenbedingungen als bisher stattfinden kann.

Für eine rasche Regierungsreform und eine Stärkung des Bundespräsidiums: Die FDP hat zwei Motionen für eine Stärkung des Bundespräsidiums und eine Interpellation für weitere Entlastungsmöglichkeiten eingereicht.

- › **Mehrjähriges Bundespräsidium:** Das Bundespräsidium wird über eine Amtsdauer von zwei Jahren besetzt. Die Parteien schlagen eine Bundespräsidentin resp. einen Bundespräsidenten vor, dabei besteht die Möglichkeit der Wiederwahl.
- › **Erweiterte Kompetenzen für die Bundespräsidentin resp. den Bundespräsidenten:** Der Bundespräsident soll ein Koordinations- und Weisungsrecht in Verfahrensfragen gegenüber seinen Kollegen erhalten, das er jedoch nur zur Umsetzung einer strategischen Regierungspolitik wahrnimmt. Das Weisungsrecht umfasst keine materiellen politischen Entscheide.
- › **Entlastung des Bundesrates:** Die Regierung soll mehr Staatssekretäre oder Delegierte für Spezialaufgaben ernennen. Zudem sollen Massnahmen ergriffen werden, um längere Instanzenwege und kompliziertere Entscheidungsverfahren zu verhindern. Staatssekretäre und Amtsdirektoren sollen vermehrt Bundesräte in den Parlaments- und Kommissionssitzungen vertreten -gemäss Parlamentsgesetz Art. 159 und 160 ist deren Präsenz nicht vorgeschrieben.

Juristische Personen als Gesellschafter bei Kollektivgesellschaften: Nach Art. 552 OR kann eine Kollektivgesellschaft nur aus natürlichen Personen bestehen. Dies soll geändert werden, indem sich auch juristische Personen an Kollektivgesellschaften beteiligen können. Damit wird dem Umstand entgegengetreten, dass einfache Gesellschaften als kaufmännische Unternehmen nicht geeignet sind -der Mitgliederwechsel ist kompliziert, diese können nicht als Einheit auftreten und haften nicht für unerlaubtes Verhalten der Gesellschafter

Gegen Diskriminierung bei grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringungen: Der Bundesrat wird aufgefordert, seine Bemühungen für den Abbau bestehender Diskriminierungen beim Zugang von Schweizer Dienstleistungserbringern zu den europäischen Märkten zu verstärken. Er soll im gemischten Ausschuss zum Freizügigkeitsabkommen und auf bilateraler Ebene mit den betroffenen Staaten insbesondere Lösungen zu folgenden Problemen finden:

- › zu der von Frankreich verlangten Pflicht für Leistungserbringer im Bausektor, eine Versicherung vorzulegen, die als Garantie gegen Baumängel während 10 Jahre dient
- › zu der Pflicht der Leistung von Beträgen in deutsche oder italienische Urlaubskassen bei grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung, obwohl bereits Beiträge in der Schweiz einbezahlt wurden.
- › zur MWSt-Kautions bei der temporären Ausfuhr von Baumaschinen nach Italien.
- › zu den deutschen Anmeldeverfahren für kurzfristige Arbeitseinsätze von Monteuren in Deutschland.

Völkerrecht statt staatliches "Faustrecht". Klage gegen Deutschland: Zwar nicht als Fraktionsvorstoss eingereicht, aber von einem Grossteil der Fraktion unterzeichnet wurde die

Interpellation, welche vom Bundesrat die Prüfung einer Staatsklage gegen Deutschland verlangt. Der Bundesrat solle innert 3 Monaten prüfen, ob der Internationale Gerichtshof über die Entgegennahme illegal erlangter Bankkundendaten aus der Schweiz entscheiden soll. Damit könne ein wichtiger Beitrag zur Beantwortung der wichtigen Frage geleistet werden, ob Interessenkonflikte zwischen Staaten im 21. Jahrhundert mit Völkerrecht oder staatlichem "Faustrecht" gelöst werden. Der Vorstoss wurde in den Medien kontradiktorisch diskutiert, war jedoch der einzige Vorstoss der FDP, der es in den vergangenen Jahren zu einem Thema der Arena schaffte.

4.7. Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 12 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › mit 192:0 (Nationalrat) und 42:0 (Ständerat) die Teilrevision des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge (Strukturreform), mit der die Aufsicht über die Pensionskassen gestärkt wurde;
- › mit 133:58 bei 2 Enthaltungen und 43:0 bei 1 Enthaltung eine Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes, mit der die Busse für Nichtbezahlen der Autobahnvignette auf 200 Franken erhöht wurde;
- › mit 91:64 bei 37 Enthaltungen und 32:12 die 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die neben Beitragserhöhungen vor allem auch Leistungskürzungen bringt;
- › mit 137:54 und 43:0 eine Revision des Strafbehördenorganisationsgesetzes, mit der die Aufsicht über den Bundesanwalt neu geregelt wurde;
- › mit 114:74 bei 2 Enthaltungen und 33:10 bei 1 Enthaltung die Verlängerung des Gentechnormatoriums im Rahmen einer Änderung des Gentechnikgesetzes;
- › mit 158:2 bei 31 Enthaltungen und 44:0 eine Änderung des Militärgesetzes, mit der unter anderem die Regeln für die Abgabe einer Armeewaffe verschärft wurden;
- › mit 132:56 und 4 Enthaltungen und 42:0 bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Teilnahme der Schweiz an den EU-Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen;
- › mit 134:58 bei 1 Enthaltung und 44:0 der Bundesbeschluss über die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten, mit dem die Rolle des Datenschützers gestärkt wird;
- › mit 193:0 und 44:0 eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, mit der geregelt wird, wie mit säumigen Prämienzahlern umgegangen wird;
- › mit 130:61 bei 2 Enthaltungen und 34:0 bei 10 Enthaltungen eine Revision des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben, mit der "remote members" der Schweizer Börse von der Abgabe befreit werden;
- › mit 190:0 und 44:0 eine Änderung des Bundesgesetzes über die Sanierung der Invalidenversicherung, mit der 5 Milliarden Franken aus dem AHV-Fonds in den neuen IV-Fonds transferiert werden;
- › mit 173:13 bei 3 Enthaltungen und 44:0 die Richterverordnung, in der die Entschädigung für das Präsidium des Bundespatentgerichts den anderen Bundesgerichten angepasst wurde.

Mit Ausnahme der Richterverordnung unterstehen alle Vorlagen dem fakultativen Referendum. Eine beschlossene Sache ist das Referendum gegen die 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Für die Gewerkschaften, die SP und die Grünen ist der Leistungsabbau in diesem Ausmass nicht akzeptabel

5. Sommersession – Session d'été 2010 (31. Mai – 18. Juni 2010)

Julien Chavaz, Fraktionssekretär

Die Wahlen 2011 rücken näher. Sie warfen ihren Schatten bereits auf die Sommersession 2010: Das unseren Institutionen unwürdige parteipolitische Theater hat spätestens jetzt begonnen. FDP. Die Liberalen geht als Siegerin aus dieser Session hervor. In allen wichtigen Geschäften konnte sie sich durchsetzen. Dank der verantwortungsvollen und reformorientierten Linie unserer Fraktion wurden Mehrheiten möglich, welche langfristig unseren Wohlstand fördern und unser politisches System stärken. Der Staatsvertrag mit den USA, der Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative, die 11. AHV-Revision, der Gegenvorschlag zur Minder-Initiative, die Ablehnung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Finanzkrise und Herausgabe von UBS-Kundendaten sowie die Managed-Care-Vorlage: diese unvollständige Liste der Erfolge der Fraktion FDP-Liberale in einem angespannten politischen Kontext ist lang – sowohl im National- wie im Ständerat.

Les élections fédérales de 2011 approchent doucement et cette session d'été 2010 aura ouvert le bal à des jeux de politique politicienne indignes des institutions suisses. Le parti libéral-radical sort grand vainqueur de cette session, ayant obtenu gain de cause sur l'ensemble des objets prioritaires. Notre groupe a défendu sa ligne responsable et réformatrice en permettant à une majorité soucieuse de bonne gouvernance et de bien-être pour la population de l'emporter. Accord avec les Etats-Unis sur l'UBS, contre-projet à l'initiative sur les renvois, 11^e révision de l'AVS, contre-projet à l'initiative Minder contre les rémunérations abusives, refus d'une commission d'enquête parlementaire sur la crise financière et la transmission des données de l'UBS, réseaux de soins intégrés : le groupe libéral-radical a aligné les succès dans un contexte politique singulièrement tendu, tant au Conseil national qu'au Conseil des Etats.

Entschlossen setzte sich die FDP-Liberale Fraktion für mehr Arbeitsplätze, sichere Sozialwerke und einen schlanken Staat ein – und konnte damit wesentlich zu positiven Resultaten in allen wichtigen Geschäften beitragen.

Die wichtigsten Erfolge der Session:

- › Das Parlament stimmte dem Staatsvertrag zwischen der Schweiz und den USA zu – dank dem gradlinigen Kurs der FDP. Die Liberalen, die das Abkommen von Beginn weg entschlossen unterstützte. Ein Nein zum Staatsvertrag hätte nicht nur der UBS, sondern dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz geschadet und Arbeitsplätze gefährdet.
- › Nachdem ein von der FDP eingebrachter indirekter Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative 2008 noch an einer unheiligen Allianz von SVP und SP scheiterte, lancierte die FDP im Frühling 2009 einen direkten Gegenvorschlag. Damit werden aufgrund eines genauen Deliktkatalogs kriminelle Ausländer ausgeschafft, ohne dass Völkerrecht verletzt wird. Die Räte haben den FDP-Vorstoss aufgenommen und in der Sommersession verabschiedet.
- › Die Probleme von Too-big-to-fail und Boni-Exzessen werden dank dem Einsatz der FDP in Kommissionen und Räten sorgfältig und international koordiniert angepackt. Die linken Erpressungsversuche, um unausgereifte Lösungen über das Knie zu brechen, hatten keinen Erfolg. Die FDP wird sich in den nächsten Monaten für sinnvolle Lösungen einsetzen.
- › Die FDP engagierte sich erfolgreich dafür, dass weiterhin ein indirekter Gegenvorschlag zur Minder-Initiative möglich ist. Die detaillierte Regelung des Aktienrechts gehört in das Gesetz und nicht in die Verfassung. Als zweiter Pfeil bleibt aber auch ein direkter Gegenvorschlag zur schädlichen Initiative im Köcher.
- › Die sogenannte Steuergerechtigkeits-Initiative wurde in der Bundesversammlung deutlich abgelehnt. Die linke Mogelpackung würde den Mittelstand schwer belasten: Auch die Steuern auf tiefere Einkommen würden wegen der Progression angehoben werden. Der Steuerwettbewerb nützt allen, indem er die Kantone zur Sparsamkeit zwingt.
- › Die Räte stimmten drei zentralen Projekten von Bundesrat Didier Burkhalter zu, welche die FDP-Liberale Fraktion entschlossen unterstützte: Die Managed-Care-Vorlage bringt Schwung in die blockierte

Gesundheitspolitik. Mit der 6. IV-Revision und der 11. AHV-Revision konnten wichtige Schritte für sichere Sozialwerke ohne Schuldenberge getan werden.

- › Dank Finanzminister Hans-Rudolf Merz und dem unermüdlichen Einsatz der Fraktion FDP-Liberale für einen schlanken Staat legt die Eidgenossenschaft mitten in der Finanzkrise eine hervorragende Staatsrechnung 2009 vor: 2,7 Milliarden Franken Überschuss und ein weiterer Schuldenabbau um 10 Milliarden sind international einmalig.
- › In der Sommersession konnten zehn Doppelbesteuerungsabkommen verabschiedet werden. Für die FDP stand die Unterstützung nie in Frage: Unsere (Export-)Wirtschaft braucht verlässliche Regelungen. Die SVP-Vertreter stimmten mehrheitlich dagegen oder enthielten sich und riskierten damit eine doppelte Besteuerung von Exportunternehmen.

5.1. Staatsvertrag mit den USA zur UBS

Nach wochenlangen parteipolitischen Spielen von SVP und SP stimmte das Parlament dem Staatsvertrag zwischen der Schweiz und den USA zu.

Die FDP hat sich vom Anfang an für eine rasche Ratifizierung des Staatsvertrages eingesetzt. Für die Schweiz als kleines, exportorientiertes Land ist das Verhältnis zu seinen Wirtschaftspartnern sehr wichtig. Das UBS-Abkommen legt den Streit mit den USA bei und ist daher nicht nur für den Finanzplatz, sondern vor allem auch für den Werkplatz von grösster Bedeutung. Die als Folge einer Vertragsverletzung durch die USA möglicherweise eingesetzten Sanktionen würden den Werkplatz Schweiz schwer treffen.

Die FDP hatte mit der SVP Gespräche geführt, damit diese dem Vertrag hätte zustimmen können. Abmachungsgemäss brachte die FDP eine Motion ein, damit künftig der Bundesrat völkerrechtliche Bagatellverträge nur noch in bestimmten Bereichen eigenständig abschliessen kann; und der vorläufigen Anwendung völkerrechtlicher Verträge soll künftig von der vorberatenden Kommission zugestimmt werden. Zudem ersetzte ein FDP-Antrag den Planungsbeschluss des Bundesrates und kippte damit die Boni-Steuer aus der Vorlage. Nachdem die FDP der SVP zwei Brücken gebaut hatte und diese weiterhin den Staatsvertrag mit immer neuen Bedingungen abzulehnen versuchte, riss der Geduldsfaden. Die FDP war denn auch dezidiert gegen eine Unterstellung des revidierten UBS-Abkommen unter das fakultative Referendum. Das Abkommen enthält keine wichtigen rechtsetzenden Bestimmungen, sondern legt in einem Sonderfall den Rechts- und Souveränitätskonflikt mit den USA bei. Es betrifft eine begrenzte Anzahl UBS-Kunden und gleichartige Fällen von schweren Steuerdelikten. Gemäss langer Praxis muss ein solches Abkommen nicht dem Referendum unterstellt werden. Ein Referendum würde die Datenlieferung um Monate verzögern, die USA könnte deshalb den Druck erhöhen und beispielsweise die eingefrorene Strafklage wieder aktivieren. Dies hätte nicht nur für die UBS, sondern vielmehr für die gesamte Schweizer Wirtschaft unabsehbare und gravierende Folgen.

5.2. « Too big to fail » – Die Fraktion FDP-Liberale lässt sich nicht erpressen

Das Parlament hat ganz im Sinne der FDP beschlossen, nicht auf den Planungsbeschluss des Bundesrates zur «Too big to fail»-Problematik einzutreten. Mit dem Planungsbeschluss versuchte der Bundesrat, die SP zur Zustimmung zum umstrittenen UBS-Staatsvertrag zu bewegen. Diese machte ihre Annahme des Vertrags abhängig von Massnahmen zur Banken- und Boni-Regulierung. Im Planungsbeschluss legt der Bundesrat entsprechend seine Absicht dar, bis Ende Jahr Massnahmen zu beschliessen, um das Risiko der Grossbanken einzudämmen. Diese sollen strengere Anforderungen betreffend Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung erfüllen müssen. Zudem wurden Massnahmen zur Boni-Regulierung vorgeschlagen, welche im Herbst in einer Vorlage unterbreitet werden sollten. Die FDP begrüsst den Entscheid des Stände- und Nationalrats.

Das Problem der systemischen Risiken von Finanzinstituten muss gelöst werden. Es geht jedoch nicht an, die Fragen durch kontraproduktive Schnellschüsse zu lösen und sachfremde Fragen wie den UBS-Staatsvertrag mit dem Geschäft zu verknüpfen. Die Probleme müssen vielmehr auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg angegangen werden. Die FDP begrüsst deshalb, dass die WAK-N mit deutlicher

Mehrheit eine auf FDP-Nationalrat Philipp Müller zurückgehende entsprechende Kommissionsmotion verabschiedet hat.

Bedauert wird der Entscheid des Ständerates, zwei Motionen, welche die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit hoher Bezüge fordern, anzunehmen. Die Motion Fetz fordert, dass Gesamtvergütungen über 1,5 Mio. Franken pro Jahr höchstens zur Hälfte als geschäftsmässig begründeter Aufwand gelten. Antritts- und Abgangsentschädigungen sollen ab dem Betrag von einer halben Million Franken höchstens zu 25 Prozent als geschäftsmässiger Aufwand gelten. Gleichzeitig hat der Ständerat eine Motion seiner Wirtschaftskommission angenommen, welche die von der Motion Fetz geforderte Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit auf börsenkotierte Unternehmen beschränken will. Die Motionen sind rechtsstaatlich bedenklich, leicht zu umgehen und werden daher keine Eingrenzung exzessiver Entlohnungen zur Folge haben. Symbolgesetzgebung lehnt die FDP ab.

5.3. Totalrevision des CO₂-Gesetzes

Die Klima-Initiative der Umweltverbände erhält einen indirekten Gegenvorschlag und die Schweiz führt die Klimaschutzpolitik auch nach 2012 weiter. Der Nationalrat entschied mit 102:80 Stimmen – entgegen der Position der FDP – auf die Vorlage einzutreten.

Der knappste und gewichtigste Entscheid des Nationalrat war das CO₂-Reduktionsziel: Die Schweiz soll ihren Treibhausgasausstoss bis 2020 gegenüber dem Ausgangsjahr 1990 um 20% reduzieren, und zwar vollumfänglich im Inland. Dieser Entscheid fiel mit 90:87 Stimmen entgegen der Position der FDP. Zusätzlich kann der Bundesrat im Einklang mit internationalen Vereinbarungen dieses Ziel sogar auf 40% erhöhen. Für diese zusätzliche Reduktion können zu drei Viertel auch Reduktionen im Ausland angerechnet werden. Es zeigte sich aber, dass die Massnahmen, welche beschlossen wurden, nicht mit dem Ziel mithalten können. Dies gilt insbesondere für die CO₂-Abgabe, die den Brennstoff- und Treibstoffverbrauch über den Preis lenken sollte.

Mit 108 zu 82 Stimmen hat der Nationalrat dem Bundesrat untersagt, eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen einzuführen, was der Position der FDP entspricht. Im Verkehrsbereich wurde das Reduktionsziel für die CO₂-Emissionen neu immatrikulierter Autos festgelegt. Ursprünglich wollte der Bundesrat deren Emissionen bis Ende 2015 auf durchschnittlich 130 Gramm pro Kilometer senken. Der Auftrag an die Importeure wäre mit Sanktionen bei Nichteinhaltung verbunden. Unter Verweis auf die Topografie der Schweiz wurde das Ziel auf 150 Gramm festgelegt. Dieser Entscheid im Sinne der FDP wurde mit 85:81 Stimmen getroffen.

Klar angenommen wurde hingegen eine Teilkompensation für CO₂-Emissionen aus Treibstoffen. Der Bundesrat kann die Kompensation je nach Erreichung des Reduktionsziels auf 5 bis 40% festlegen. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz mit 108 zu 78 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Weg, den der Nationalrat eingeschlagen hat, mit ambitionierten Zielen und unzureichenden Massnahmen wird dazu führen, dass im Jahr 1 nach Inkrafttreten des CO₂-Gesetzes der Bundesrat mit Zusatzbotschaften schärfere Massnahmen vorschlagen wird, um das Reduktionsziel zu erreichen.

5.4. Volksinitiative „Gegen die Abzockerei“

Thomas Minders Volksinitiative „Gegen die Abzockerei“ wird ein Gegenvorschlag auf Gesetzesebene gegenübergestellt, und die Behandlungsfrist wird um ein Jahr verlängert. Nach dem unbestrittenen Beschluss des Ständerates hat sich auch der Nationalrat knapp mit 98:91 Stimmen dafür ausgesprochen. Die RK-S hat auf Antrag von Pankraz Freitag eine Kommissionsinitiative formuliert, welche einen indirekten Gegenvorschlag fordert. Die FDP ist erfreut über den Beschluss von National- und Ständerat und wird sich weiterhin einsetzen für eine Regelung im Sinne von Aktionären und Wirtschaft.

Ursprünglich wollte der Bundesrat der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag im Rahmen der Revision des Aktienrechts vorlegen. Dieser Vorschlag wurde vom Ständerat bereits in der Sommersession 2009 gutgeheissen. Die Volksinitiative lehnte die Kleine Kammer klar ab. Demgegenüber hat sich der Nationalrat in der vergangenen Frühjahrsession für einen direkten Gegenvorschlag auf Verfassungsebene ausgesprochen und empfahl diesen, wie auch die Initiative, zur Annahme. Der direkte Gegenentwurf wurde in der ständerätlichen Rechtskommission (RK-S) in diesem Frühjahr materiell beraten, aber

vorläufig sistiert. Die RK-S schlug vor, zusätzlich auch einen Gegenvorschlag auf Gesetzesesebene zu erarbeiten. Daneben soll der direkte Gegenentwurf als Rückfall-Option aufrecht erhalten bleiben. Grund für diesen Entscheid ist die Meinung der Kommission, dass Regelungen zu Aktionärsrechten nicht in die Verfassung gehören. Zudem sei der Weg über eine gesetzliche Regelung aufgrund der fortgeschrittenen Beratungen beim Aktienrecht schneller als der Umweg über die Verfassung. Deshalb soll eine Gesetzeslösung gesucht werden, welche es dem Initianten erlaubt, seine Volksinitiative zurückzuziehen. Tut er dies nicht, so soll der direkte Gegenentwurf in einer Volksabstimmung der Minder-Initiative gegenüber gestellt werden.

Der Ständerat wird nun mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage beginnen, dank der Fristverlängerung bleibt dem Parlament Zeit bis August 2011. Die RK-S hat in ihrer Kommissionsinitiative bereits erste – nicht abschliessende und änderbare – mögliche Eckpunkte für einen indirekten Gegenentwurf vorgeschlagen.

5.5. Managed Care – Déblocage de la réforme de la LAMal

Le Conseil national a adopté par 101 voix contre 43 et 24 abstentions une révision de la LAMal encourageant les assurés à rejoindre des réseaux de soins intégrés prenant en charge un traitement coordonné, projet dit du « managed care ». Cette réforme était soutenue unanimement par la députation libérale-radical.

Afin d'inciter les assurés à adopter un tel modèle, le projet adopté par le National prévoit une quote-part différenciée entre les personnes affiliées à un réseau de soin intégrés et les autres assurés. Le libre choix sera ainsi plus cher ; celui qui rejoint un réseau de soins paiera 10% de ses coûts de santé, une fois sa franchise dépassée, alors que les autres assurés verront cette quote-part relevée à 20%. Cette participation sera toutefois plafonnée à un montant fixé par le Conseil fédéral et réduite de moitié pour ceux qui sont affiliés à un réseau. Cette incitation essentielle pour le succès du projet a été adoptée contre l'avis de la Gauche par 109 voix contre 57.

Les caisses-maladie seront elles, contre l'avis du groupe libéral-radical, tenues de proposer au moins une forme particulière d'assurance liée aux réseaux de soins intégrés et auront trois ans pour garantir une offre sur l'ensemble du territoire. Les réseaux doivent de plus garantir une qualité des soins et assumer une responsabilité budgétaire. Ils peuvent même proposer des prestations en sus de celles remboursées par l'assurance de base. L'assureur peut enfin prévoir une durée contractuelle d'au moins trois ans pour ce modèle d'assurance. L'assuré pourra changer de caisse avant le délai prévu si certaines conditions sont remplies mais ne pourra cependant changer de forme d'assurance que contre paiement d'une taxe. Finalement, la compensation des risques sera affinée et intégrera de nouveaux critères réduisant ainsi la chasse aux bons risques.

Le vote du Conseil national est une victoire d'étape pour Didier Burkhalter et sa volonté de poursuivre les réformes dans la concertation. Avant le débat au Conseil des Etats et un éventuel référendum populaire, le groupe libéral-radical a amplement contribué au déblocage du dossier de la LAMal.

5.6. 11e révision de l'AVS

Avec le soutien du groupe libéral-radical, le Conseil des Etats a éliminé d'importantes divergences dans la 11e révision de l'AVS et adopté une nouvelle solution en faveur des retraites flexibles. Après les décisions contradictoires de Conseil national lors de la session de printemps – modèle généreux de retraite anticipée de 1,15 milliard par an mais refus du financement –, il s'agissait de sortir la 11e révision de l'AVS de l'impasse. La décision du Conseil des Etats est une victoire pour le Conseiller fédéral Didier Burkhalter et permet d'envisager une issue positive à la révision. Le Conseil des Etats a confirmé le compromis de base, à savoir le relèvement de l'âge de la retraite des femmes de 64 à 65 ans d'une part et le subventionnement de la retraite anticipée pour les bas revenus d'autre part.

Le principal point de discussion était la somme mise à disposition pour subventionner les départs à la retraite anticipée. Le DFI avait élaboré une solution pour compenser le relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans en identifiant les personnes ayant le plus besoin d'une aide financière en cas de retraite anticipée. Selon cette proposition, l'ampleur de la réduction annuelle de la rente en cas de retraite

anticipée sera plus basse que le taux usuel selon les catégories de revenu. Le système devrait en premier lieu profiter aux femmes.

Après avoir piétiné durant de longs mois en raison de blocages d'une gauche trop revendicatrice et d'une UDC braquée, un compromis intelligent et socialement juste a pu être trouvé. Ce dernier est le fruit du travail de la CSSS-CE, et plus particulièrement du PLR et du PDC, sous l'impulsion du conseiller fédéral Didier Burkhalter. Le projet retourne maintenant au Conseil national.

5.7. Rapport des commissions de gestion et constitution d'une commission d'enquête parlementaire sur la crise financière et la transmission d'information dans le cadre des activités transfrontières de l'UBS

Au terme d'un intense suspense, le Conseil des Etats a définitivement enterré la constitution d'une commission d'enquête parlementaire sur la crise financière voulu par une proposition du bureau du Conseil national. Dès le début du débats, le groupe libéral-radical s'est montré opposé à une CEP qui n'aurait rien apporté de nouveau étant donné ses compétences et qui aurait été un désaveu pour les Commissions de gestion et pour leur rapport.

Présenté tout au début de la session, le très attendu rapport des Commissions de gestion a tenu en haleine la Berne fédérale. Le PLR a constaté avec satisfaction que la commission de gestion (CdG) a présenté aujourd'hui un rapport complet, nuancé et critique sur le comportement des institutions fédérales dans la crise financière. La CdG a étudié dans les détails les événements et analysé de façon approfondie les relations entretenues entre les différentes autorités. Une commission d'enquête parlementaire n'apporterait donc aucune nouvelle information. Le rapport rend compte des tâches qui ont été remplies avec succès par les différentes institutions responsables, des points qu'il faut impérativement améliorer et des enseignements à tirer pour l'avenir. Il apparaît que le sauvetage de l'UBS était nécessaire non seulement dans l'intérêt de la place financière et de ses dizaines de milliers de places de travail, mais surtout pour la pérennité de nombreuses entreprises suisses. Le DFF est parvenu à préparer de manière optimale la décision du Conseil fédéral.

Dans le cadre du conflit avec les États-Unis au sujet de la livraison des données de clients, des défauts ont été en revanche soulignés. Le manque de coopération et de structure du Conseil fédéral a démontré que le gouvernement n'était stratégiquement pas assez armé pour affronter une crise internationale. La CdG souligne la nécessité de renforcer la coordination et la capacité de pilotage stratégique du gouvernement. Le PLR partage ce point de vue. Une réforme du gouvernement – comme le PLR le demande depuis ce printemps – devient de plus en plus urgente.

La première partie du rapport concerne la crise financière et plus particulièrement le sauvetage de l'UBS, qui a permis de préserver le système financier de la Suisse, les emplois qui en dépendent ainsi que les liquidités et le financement indispensable à de nombreuses entreprises. Ce chapitre apporte la preuve que le Département des finances, sous la houlette de Hans-Rudolf Merz, en étroite collaboration avec la FINMA et la BNS, a pris toutes les mesures pour permettre au gouvernement d'entreprendre l'opération de sauvetage au moment opportun et avec succès. Les louanges internationales concernant la gestion de la crise ainsi que les 1,2 milliards de francs engrangés par la Confédération démontrent la réussite de l'opération. Les instances politiques ont dû intervenir, comme « ultima ratio » pour sortir la banque du piège dans lequel ses graves manquements l'avait entraînée. Il n'y avait malheureusement plus aucune autre solution. Aussi longtemps que cela a été possible, le Conseiller fédéral Hans-Rudolf Merz a veillé à ce que l'Etat soit engagé le moins possible et à ce que la banque assume ses responsabilités.

Le PLR n'est toutefois pas d'accord avec certaines des critiques CdG. Il ressort de l'enquête que la volonté de transmettre une information complète au Conseil fédéral s'est trouvée en conflit permanent avec la nécessaire protection de la confidentialité. Les indiscretions qui sont malheureusement chose courante concernant le Conseil fédéral, auraient eu des conséquences désastreuses dans le cas de l'UBS. Le sauvetage de la banque aurait tout simplement été impossible si des fuites s'étaient produites (le cas „Northern Rock“ l'a montré). Une politique délibérément prudente en matière de communication relevait donc du bon sens.

Dans la deuxième partie du document, la CdG traite de la livraison aux USA des données de clients de l'UBS. La commission critique, dans ce cas, les difficultés qu'a éprouvées le Conseil fédéral à travailler de façon collégiale lors d'une situation de crise internationale. Le gouvernement a tardivement réalisé que les contacts diplomatiques ainsi que les échanges entre les gouvernements étaient nécessaires. Cela parce que les étapes prévues et initiées par le DFF comme les procédures d'assistance administrative des États-Unis n'ont, soudainement, plus été soutenues.

Le rapport met en lumière, en outre, que plusieurs conseillers fédéraux n'ont pas assez informé l'ensemble du collège de l'évolution de la situation avec les USA, notamment les chefs du DFF, du DFJP et du DFAE qui détenaient les informations nécessaires. Des circonstances malheureuses et uniques sont encore venues compliquer l'élaboration d'une solution : En premier lieu, les actions précipitées des États-Unis qui ont exercé une pression inattendue; la dynamique des demandes d'assistance en second lieu (de 3 par années à environ 350) ; troisièmement, l'absence de Hans-Rudolf Merz pour raisons de santé et les élections présidentielles américaines qui ont conduit à l'interruption des contacts politiques avec les USA ; enfin, quatrièmement l'absence d'un secrétaire d'Etat pour appuyer le conseiller fédéral dans sa tâche s'est fait ressentir.

Compte tenu des lacunes constatées, le gouvernement a besoin de nouvelles structures et de nouveaux instruments – à l'image de la cellule DFF-DFAE-DFJP instituée par Hans-Rudolf Merz. C'est seulement de cette manière que le Conseil fédéral parviendra à renforcer sa coordination. La commission souligne également la nécessité d'une conduite stratégique plus ferme et d'un système d'alarme plus performant. Autant de changements que le PLR a déjà exigés dans ses propositions pour une réforme du gouvernement.

Le PLR a, dès le début, soutenu qu'il fallait attendre les résultats de la CdG avant de discuter de l'éventuelle mise sur pied d'une CEP. Cette démarche se révèle juste. Aucune raison ne justifie aujourd'hui la création d'une CEP alors que la CdG a rendu un rapport complet. Tous les éléments ont été mis sur la table. La CdG, elle-même, juge qu'elle a pu obtenir tous les documents et interroger toutes les personnes nécessaires.

5.8. Vereinigte Bundesversammlung

Elections au Tribunal fédéral des brevets – Le 16 mai 2010, l'Assemblée fédérale a élu les juges du nouveau Tribunal fédéral des brevets. Dieter Brändle, actuel juge suppléant au Tribunal de commerce du canton de Zurich, a été désigné Président. Tobias Bremi, conseiller en brevets à Zurich, a lui été élu comme second juge ordinaire. Les Chambres réunies ont également désigné les 31 juges suppléants de formation juridique ou technique de la nouvelle cour.

Elections à la Présidence et à la vice-présidence du Tribunal administratif fédéral – Le même jour, l'Assemblée fédérale a procédé à l'élection d'un nouveau Président pour le Tribunal administratif fédéral. L'actuel vice-président radical Markus Metz succédera à Christoph Bandli pour un mandat de deux ans. Le zurichois Michael Beusch (PS) a été élu nouveau vice-président.

5.9. Geschäfte beider Räte

Doppelbesteuerungsabkommen – Das Parlament hat zehn neuen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zugestimmt, welche neu den erweiterten Informationsaustausch gemäss OECD-Standard vorsehen (Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Katar, Luxemburg, Mexiko, Norwegen, Österreich und USA). Die FDP unterstütze die Abkommen.. Sie sind für die Schweizer Volkswirtschaft wichtig, da sie eine kumulative steuerliche Belastung von grenzüberschreitenden Geschäften bzw. Unternehmen, die grenzüberschreitende Aktivitäten tätigen, verhindern. Die in den revidierten DBA vorgesehene Amtshilfe ist zudem an klare Bedingungen geknüpft, der automatische Informationsaustausch ist weiterhin ausgeschlossen. Für die Rechtssicherheit des Schweizer Finanzplatzes begrüsst die FDP weiter ein Amtshilfegesetz, welches sicherstellt, dass die Schweiz bei gestohlenen Bankkundendaten keine Amtshilfe leistet. Bis zum Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes soll eine Verordnung für Rechtssicherheit sorgen. Die neuen DBA wurden alle von der SVP abgelehnt.

Allocations familiales – Les chambres ont approuvé la création d'un registre central des allocations familiales, dont la Confédération prendra en charge l'entier des coûts, ceci en accord avec la volonté du groupe libéral-radical.

Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative – Nachdem die unheilige Allianz von SVP und SP 2008 einen indirekten Gegenvorschlag zur SVP-Initiative versenkten, lancierte die FDP-Liberale Fraktion im Frühjahr 2010 einen direkten Gegenvorschlag. Damit werden aufgrund eines genauen Deliktkatalogs kriminelle Ausländer ausgeschafft, ohne dass Völkerrecht verletzt wird. Der Gegenvorschlag wurde von beiden Räten verabschiedet. Damit kann das Volk über eine ausgereifte und griffige Lösung abstimmen: Im Gegensatz zur Ausschaffungsinitiative enthält der direkte Gegenvorschlag einen klaren Deliktkatalog, welcher sowohl Sozialhilfemissbrauch als auch Wirtschaftsdelikte abdeckt. Auf Antrag von FDP-Nationalrat Philipp Müller wurde zudem auch die schwere Körperverletzung in den Deliktkatalog aufgenommen. Der direkte Gegenvorschlag führt nicht zu neuen Rechtsproblemen – er hält die völkerrechtskonforme Auslegung explizit fest. Er beinhaltet zudem eine ausgewogene Integrationsbestimmung, die für unsere Gesellschaft wesentlich ist. Somit ist der Gegenvorschlag nicht einfach eine abgemilderte Kopie der Initiative, sondern konsequentere Lösung.

Gaskombikraftwerke – Der Nationalrat hat mit 105 gegen 75 Stimmen und mit Unterstützung der Fraktion FDP-Liberale den von Christian Wasserfallen angeführten Minderheitsvorschlag angenommen, wonach der Auslandanteil der CO₂-Kompensationspflicht bei maximal 30% liegt. Der Bundesrat kann diesen Anteil erhöhen, wenn dies zur Stromversorgung erforderlich ist. Mit 90:72 Stimmen und im Sinne der FDP strich der Nationalrat die Ausnahmebestimmung für Chavalon. Hingegen beharrte der Ständerat darauf, dass ein Gaskraftwerk, das am Standort eines alten Kraftwerks betreiben wird, nicht zur Nutzung der Abwärme verpflichtet werden soll. Mit 25:17 Stimmen besteht er auch auf der Verpflichtung der 100% CO₂-Kompensation im Inland. National- und Ständerat haben sich schliesslich geeinigt, dass die CO₂-Emission zu 30 Prozent im Ausland kompensiert werden dürfen. Betreiber von Gaskombikraftwerken dürfen die CO₂-Emissionen zu 30 Prozent im Ausland kompensieren. Darauf haben sich die Eidgenössischen Räte geeinigt. Auch gibt es für das Werk Chavalon im Unterwallis keine Sonderregeln.

5.10. Geschäfte des Nationalrats

Garde des enfants – Le Conseil national a rejeté par 96 voix dont celles du groupe-radical contre 64 une motion de Christoph von Rotz (UDC, Obwald) demandant à ce que les familles qui assurent elles-mêmes la garde de leurs enfants puissent aussi bénéficier de déductions fiscales.

Angemessene Wasserzinsen – Beim Wasserrechtsgesetz hat der Nationalrat letzte Differenzen ausgeräumt. Für die Nutzung von Wasserkraft erhalten die Kantone damit künftig mehr Geld von den Stromunternehmen. Zudem stehen für erneuerbare Energien mehr Fördermittel zur Verfügung. Sein Ansinnen, Unternehmen mit hohem Stromverbrauch zu entlasten, wurde mit 88:77 entgegen der Position der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt.

Surveillance des caisses maladies – Le Conseil national a adopté tacitement un postulat demandant au Conseil fédéral un rapport sur une série de mesures visant à améliorer la surveillance des caisses maladie. Les premières mesures pourraient être prises dans le courant de l'année déjà et les dernières devraient entrer en vigueur début 2013.

Congé-maternité – Le Conseil national a enterré par 77 voix contre 73 et selon l'avis du groupe libéral-radical une initiative de Franziska Teuscher visant à assurer un revenu aux mères qui reportent le début de leur congé-maternité car leur nouveau-né doit séjourner plus de trois semaines à l'hôpital. En vertu de la loi sur le travail, les mères ne peuvent travailler durant les huit semaines suivant leur accouchement.

Congé-maternité (bis) – Le Conseil national a rejeté par 111 voix contre 71 une initiative parlementaire socialiste visant à allonger le congé maternité à 18 semaines. Les coûts se seraient chiffrés à 197 millions de francs. Le groupe libéral-radical souhaitait ne pas donner suite à cette initiative parlementaire.

Prévoyance professionnelles pour les indépendants – Le Conseil national a donné suite par 104 voix contre 79 à une initiative parlementaire de Markus Hutter (PLR, Zürich) visant à permettre aux indépendants à la retraite de racheter des prestations de prévoyance professionnelle (LPP). Le groupe libéral-radical soutenait unanimement cette initiative.

Allocations pour enfants – Le Conseil national a refusé par 101 voix dont celles du groupe libéral-radical contre 77 de donner suite à une initiative parlementaire de Walter Donzé visant à instaurer une allocation unique pour enfant qui remplacerait toutes les déductions fiscales, allocations et autres subventions versées aux familles.

Factures et assurance maladie – Le Conseil national a rejeté par 120 voix contre 62 et avec l'opposition du groupe libéral-radical une initiative parlementaire de Jean-François Steiert visant à faire traiter par l'assureur complémentaire les factures des patients qui ont conclu leurs assurances complémentaire et obligatoire auprès de deux compagnies.

Steuergerechtigkeitsinitiative – Der Nationalrat hat wie zuvor der Ständerat in der vergangenen Frühlingsession die Volksinitiative „Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb“ deutlich abgelehnt. Die FDP begrüsst diesen Entscheid. Die Initiative ist ein starker Eingriff in die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden. Sie hätte Steuererhöhungen bei über der Hälfte der Kantone zur Folge und würde die übrigen Kantone steuerlich treffen. Dies schadet dem Standort Schweiz.

Bildung einer Bilanzreserve für die Schweizer Landwirtschaft - Die Frage, ob eine Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen für die Landwirtschaft geschaffen werden soll kam zum Diskussion zum dritten Mal im Nationalrat. Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat der Bildung einer Bilanzreserve knapp mit 90 zu 87 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt. Mit dieser Rückstellung werden negative Folgen einer künftigen Liberalisierung abgedeckt. Die Fraktion FDP-Liberale unterstützte die Schaffung der Bilanzreserve.

5.11. Geschäfte des Ständerats

Velovignette abgeschafft – Mit Unterstützung der FDP-Deputation hat der Ständerat eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes zur Abschaffung des Versicherungsobligatoriums mit 25 zu 6 Stimmen verabschiedet. Ansprüche von Geschädigten aus Unfällen verursacht, die von einem Velofahrer, der über keine private Haftpflichtversicherung verfügt, sollen vom Nationalen Garantiefonds gedeckt werden. Diese Vorlage beseitigt die Doppeldeckung, die dadurch entsteht, dass 90% der Bevölkerung bereits über eine allgemeine Privathaftpflichtversicherung verfügt. Die damit verbundene Abschaffung der Bürokratie für die Velofahrerinnen und Velofahrer ist zu begrüssen.

Infrastrukturfonds –Der Ständerat hat mit 25 zu 6 Stimmen beschlossen, 850 Millionen Franken in den Infrastrukturfonds einzuschiessen. Der Fonds hat zum Ziel, Projekte im Agglomerationsverkehr und auf Autobahnen ohne Verzögerung zu finanzieren.

Erleichterte Zulassung von ausländischen Hochschulabsolventen 2. Phase – Der Ständerat hat einstimmig eine parlamentarische Initiative gutgeheissen, welche durch eine entsprechende Änderung des Ausländergesetzes eine Reihe von Missständen bei der Zulassung von Studierenden sowie Studienabgänger/-innen aus nicht-EU/EFTA-Staaten beseitigen will. Der Entwurf sieht vor, dass Personen mit einem Schweizer Hochschulabschluss auf dem Arbeitsmarkt zugelassen werden, wenn deren Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Interesse ist. Diese Personen sollen nach Abschluss ihrer Ausbildung für eine Dauer von sechs Monaten vorläufig zugelassen werden, um eine entsprechende Erwerbstätigkeit zu finden.

Teilnahme am Aussengrenzenfonds – Die Schweiz soll sich mit jährlich rund 15 Millionen Franken am europäischen Aussengrenzenfonds beteiligen. Der Ständerat hat diese Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes im Sinne der FDP einstimmig gutgeheissen. Mit dem Solidaritätsfonds werden Schengenstaaten mit weitläufigen und entsprechend aufwendig zu überwachenden Grenzen unterstützt. Die Schweiz kann ihrerseits Projekte in der Höhe von jährlich 3 bis 5 Millionen Franken über den Aussengrenzenfonds mitfinanzieren lassen.

Gegen die Kontrolle von Imamen – Der Ständerat sprach sich dagegen aus, dass Imame zur Ausübung ihres Amtes in der Schweiz künftig eine Bewilligung brauchen, und lehnte eine Motion ab. Für diese Motionsforderung des Nationalrats gebe es keinen Bedarf. Denn schon heute könnten die Behörden gegenüber Personen Massnahmen ergreifen, welche die Einhaltung der Rechtsordnung und der verfassungsmässigen Grundrechte nicht anerkennen. Eine spezielle Bewilligung macht auch aus Sicht der FDP wenig Sinn. Die Fraktion FDP-Liberale fordert eine sinnvolle BWIS-Revision, um den Behörden griffige

Mittel zur Überwachung privater Räume zu geben, und die schweizweite Einführung von Integrationsvereinbarungen, welche wie im Kanton St. Gallen besondere Bestimmungen für Imame sowie andere Religions- und Kulturvertreter enthalten sollten. Stillschweigend hat der Ständerat eine vom Nationalrat überwiesene Motion abgelehnt. Diese verlangte, dass islamische Imame zu überwachen und allfällige Hassprediger auszuweisen sind. Die Ergebnisse der Überwachungen sollten in einem Bericht publiziert werden. Wegen der Veröffentlichung der geheimdienstlichen Arbeit hatte der Rat aber Bedenken. Er lehnte die Motion stillschweigend ab.

Gegen Gigaliner auf Schweizer Strassen – Lange und schwere Lastzüge mit bis zu 60 Tonnen Gewicht sollen auf Schweizer Strassen nicht verkehren dürfen. Der Ständerat hat einstimmig eine Kommissionsmotion gutgeheissen. Die geltende Gewichtslimite von 40 Tonnen will der Ständerat zudem um einer maximalen Länge ergänzen.

6e révision de l'assurance invalidité – Des mesures supplémentaires ont été approuvées par le Conseil des Etats pour assurer la pérennité financière de l'assurance invalidité. Le premier paquet de mesures de la 6e révision prévoit notamment la suppression de 12'500 rentes d'ici 2018 en appliquant les recettes de la 5e révision de l'AI - la réinsertion plutôt que la rente - aux rentiers actuels. Les prestations en cours feront l'objet d'un réexamen systématique. Selon le groupe libéral-radical, cette étape est nécessaire pour assainir les finances de l'assurance. L'ensemble des mesures, approuvé par 24 voix contre 3 et 4 abstentions, doit permettre d'économiser quelque 500 millions de francs par année.

Abkommen mit der EU zur 24-Stunden-Regel – Der Ständerat ist dem Nationalrat oppositionslos gefolgt und hat ein Abkommen mit der EU gutgeheissen, das die Schweiz von der so genannten «24-Stunden-Regel» ausnimmt. Die Schweizer Wirtschaft wird den Warenverkehr mit der EU in Zukunft ohne Voranmeldung abwickeln können.

Neuregelung der schweren Steuerhinterziehung – Die entsprechende Motion Fetz wurde mit 23:10 Stimmen abgelehnt. Mit diesem Vorstoss wurde gefordert, dass die fortgesetzte Hinterziehung grosser Steuerbeträge dem Steuerbetrug gleichgesetzt wird. Die FDP-Deputation lehnte die Motion ab.

Besteuerung von Sozialhilfeleistungen und Entlastung des Existenzminimums – Die entsprechende Motion der WAK-SR wurde oppositionslos angenommen. Steuerbestimmungen sind so anzupassen, dass Unterstützungs- und Sozialhilfeleistungen, die anstelle des Erwerbseinkommens ausgerichtet werden, gänzlich der Einkommenssteuer unterstellt werden und gleichzeitig das Existenzminimum steuerlich entlastet wird. Mit der Besteuerung der Sozialhilfeleistungen soll verhindert werden, dass Erwerbstätige mit bescheidenem Einkommen weniger Geld im Portemonnaie haben als Personen, die Sozialhilfe beziehen. Um Härtefälle zu vermeiden, soll gleichzeitig das Existenzminimum steuerlich entlastet werden.

Neue Finanzausgleich und Finanzkrise – Mit Unterstützung der FDP-Deputation lehnte der Ständerat die Motion Kuprecht *NFA. Dringliche Anpassung, damit auch die Geberkantone die Finanzkrise überstehen* mit 27:14 ab. Der Motionär forderte einen Rabatt im Finanzausgleich während der Phase der Finanzkrise, damit die Steuerausfälle der grössten Bezahler teilkompensiert werden kann.

Professions de la psychologie – Le Conseil des Etats a par 30 voix et une abstention adopté un projet de loi portant sur les professions dans la branche de la psychologie visant à définir clairement les qualifications requises pour pouvoir porter le titre de psychologue et entamer une formation postgrade dans le but d'instaurer plus de transparence dans la branche et de protéger les patients.

5.12. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Sommersession 2010 folgende elf Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › Pour une véritable agence nationale de Health Technology Assessment – Par cette motion, le groupe libéral-radical mandate le Conseil fédéral de créer les conditions cadres pour la création d'une organisation indépendante de "technology assessment", chargée d'analyser l'impact économique (rapport coût-utilité, coût-efficacité, etc.) des nouvelles technologies et prestations médicales, et d'en publier les résultats destinés au public. Cette organisation indépendante doit permettre d'assurer l'économicité et l'adéquation des soins dans le domaine de la santé.

- › Pour une organisation indépendante nationale garantissant la qualité dans le système de santé – Le groupe libéral-radical mandate le Conseil fédéral de créer les conditions cadres pour le fonctionnement d'une organisation indépendante, afin mesurer la qualité dans le système de santé et d'en publier les résultats destinés au public.
- › Verkauf von Bankkundendaten hart bestrafen – Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die FDP-Liberale Fraktion die Ergänzung des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen durch einen neuen Artikel (Art. 47, 4bis), wie folgt: „Wer sich durch eine Verletzung des Berufsgeheimnisses nach Abs. 1 bis 4 dieses Artikels für sich oder einen anderen einen Vermögensvorteil verschafft oder einen solchen zu verschaffen versucht, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren und Busse mindestens in der Höhe des erlangten Vermögensvorteils bestraft“.
- › Schutz der Privatsphäre - Kein automatischer Informationsaustausch – Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die FDP-Liberale Fraktion, dass in die aktuell erarbeitete Vorlage für ein Bundesgesetz über die Amtshilfe in Steuersachen nach Doppelbesteuerungsabkommen die folgende Bestimmung aufgenommen wird : Der spontane sowie der automatische Informationsaustausch sind sowohl mit Steuerbehörden des Inlandes wie auch des Auslandes ausgeschlossen. Eine Herausgabe von Bankdaten ist nur im individuellen Amtshilfeverfahren erlaubt.
- › Wirtschaftsspionage effektiv bekämpfen – Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die FDP-Liberale Fraktion, Art. 143 des Strafgesetzbuches sei wie folgt zu ergänzen: Wer in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern, sich Daten, auf die er im Rahmen seiner Aufgaben Zugriff hat, aneignet oder sie unrechtmässig in seinem oder eines anderen Nutzen verwendet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- › Vermögensverwaltung stärken - Abgeltungssteuer verhandeln - Marktzutritt erreichen – Mit einer Motion beauftragt die FDP-Liberale Fraktion den Bundesrat, eine offensive Strategie zu erarbeiten, damit der Finanzplatz Schweiz als erste Adresse für die Verwaltung von steuerkonformen Vermögen aus Europa gestärkt wird. Eines der zentralen Instrumente dazu ist der Abschluss bilateraler Verträge mit Abgeltungssteuern und die Lösung der Altgeldproblematik. In diesen Verhandlungen ist vollständiger Marktzutritt für Schweizer Finanzdienstleister zu erreichen; im Gegenzug zu einem solchen Marktzutritt ist eine Orientierungspflicht ausländischer Bankkunden gegenüber Schweizer Finanzdienstleistern über ihre Steuerverhältnisse anzubieten.
- › Umfassende Revision des Steuerstrafrechts – Mit einer Motion beauftragt die FDP-Liberale Fraktion den Bundesrat, eine umfassende Revision des eidgenössischen Steuerstrafrechts vorzuschlagen. Die Leitlinie bleibt das bestehende traditionelle spezifisch schweizerische Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat. Weiterhin soll grundsätzlich zwischen den Kategorien Steuerbetrug und Steuerhinterziehung unterschieden werden, ihre Abgrenzung aber namentlich auch nach der materiellen Schwere des Steuerdelikts erfolgen. Zentrale Elemente der Revision sollen zudem die Vereinheitlichung und Vereinfachung von Verfahren und Strafsanktionen über alle Steuer- und Abgabenerlasse hinweg sowie explizite Verfahrensgarantien sein.
- › Rechtssicherheit im Bezug auf Pyro-Schmuggler schaffen – Ein aktueller Fall der Staatsanwaltschaft St. Gallen im Zusammenhang mit Schmugglern pyrometrischer Gegenstände lässt aufhorchen. Der zuständige Einzelrichter legte das Sprengstoffgesetz anders aus als die Staatsanwaltschaft, wobei die Staatsanwaltschaft für ihr Urteil praktische Argumente anführt. Mit einer Motion beauftragt die FDP-Liberale Fraktion deshalb den Bundesrat, die Strafbestimmungen im Sprengstoffgesetz genauer zu formulieren, falls das Urteil schliesslich rechtskräftig wird.
- › Bericht zur Zusammenarbeit mit PR-Agenturen im Bereich der öffentlichen Information durch den Bund – In einem Postulat fordert die FDP-Liberale Fraktion die regelmässige Berichterstattung über die Art der Zusammenarbeit mit externen Fachleuten und über die Höhe der Saläre. Zudem wird gefordert, dass neben den Bundesämtern auch die bundeseigenen Betriebe berücksichtigt werden. Grund des Postulats ist die immer wieder fehlende Transparenz bei den PR-Tätigkeiten und Informationskampagnen des Bundes.

- › Zwangsausschaffungen - aktueller Stand der Dinge und Ausblick – Die FDP-Liberale Fraktion hat eine Interpellation eingereicht, in welcher sie dem Bundesrat Fragen zu Zwangsrückführungen, zu problematischen Ländern, zu Kontakten und Einschränkungen im Bezug auf Zwangsausschaffungen stellt.
- › Gentechnikgesetz. Mehr Forschung im Bereich der grünen Gentechnologie – Mit einer Motion beauftragt die FDP-Liberale Fraktion den Bundesrat, das Gentechnikgesetz (GTG) dahingehend zu ändern, dass der verfassungsmässigen Pflicht zur Förderung der Forschung und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Forschungsplatzes auch im GTG nachgekommen wird, und die gentechnische Forschung (einschliesslich der Biosicherheitsforschung) in der Schweiz unter attraktiveren Rahmenbedingungen als bisher stattfinden kann.

5.13. Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 31 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › mit 92:82 Stimmen bei 19 Enthaltungen (Nationalrat) und 26:5 Stimmen bei 10 Enthaltungen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Ausschaffungsinitiative, in dem die Räte der Stimmbevölkerung die Initiative zur Ablehnung empfehlen. Die Schlussabstimmung zum direkten Gegenvorschlag hatte bereits letzte Woche stattgefunden;
- › mit 128:64 bei 2 Enthaltungen und 29:11 bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP, in dem die Räte der Stimmbevölkerung ein Nein empfehlen;
- › mit 94:73 bei 26 Enthaltungen und 39:3 eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes, dank der Reserven geäuft werden, um eventuelle Liberalisierungsschritte im Agrarhandel abzufedern;
- › mit 131:57 bei 4 Enthaltungen und 42:0 das Wasserrechtsgesetz, mit dem die Wasserzinsen erhöht werden;
- › mit 126:61 bei 3 Enthaltungen und 41:0 bei 1 Enthaltung die Teilrevision des CO₂-Gesetzes über die Abgabebefreiung für fossilthermische Kraftwerke;
- › mit 141:47 bei 4 Enthaltungen und 39:2 bei 1 Enthaltung die Verlängerung des Fonds Landschaft Schweiz bis 2021. Der Fonds wird für die neue 10 Jahresperiode mit 50 Millionen Franken dotiert;
- › mit 191:2 und 42:0 die Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) zur Begrenzung des Konkursprivilegs auf Löhne bis zu 126'000 Franken;
- › mit 117:59 bei 17 Enthaltungen und 42:0 der Bundesbeschluss über die Einführung biometrischer Daten im Ausländerausweis (im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes);
- › mit 107:58 bei 27 Enthaltungen und 42:0 das Bundesgesetz über die Anpassung von Bestimmungen betreffend die Erfassung von Daten im Bereich Migration. Die Anpassungen erfolgt im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes;
- › mit 123:61 bei 4 Enthaltungen und 42:0 der Bundesbeschluss zur Umsetzung der EU-Rückführungsrichtlinie für abgewiesene Asylsuchende, in dem die Maximaldauer für Ausschaffungshaft von 24 Monaten wieder auf 18 Monate gesenkt wird. Die Änderung erfolgt im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes;
- › mit 121:61 bei 9 Enthaltungen und 42:0 eine Änderung des Ausländergesetzes über die automatisierte Grenzkontrolle. Die Änderung erfolgt im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes;
- › mit 191:2 und 42:0 der Bundesbeschluss zum Abkommen mit der EU über Zollerleichterungen und Zollsicherheit;
- › mit 145:39 bei 5 Enthaltungen und 42:0 eine Revision des Ausländergesetzes, dank der Ausländerinnen und Ausländer, die einen Schweizer Hochschulabschluss erworben haben, der Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt erleichtert wird;
- › mit 134:51 bei 4 Enthaltungen und 41:1 eine Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen, mit der ein Register geschaffen werden soll, um Mehrfachbezüge von Kinderzulagen zu verhindern;

- › mit 135:54 bei 1 Enthaltung und 42:0 die Umsetzung des Römer Statuts, mit der Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe gestellt werden;
- › mit 136:53 und 42:0 eine Änderung des Energiegesetzes, mit der den Kantonen vorgeschrieben wird, eine einheitliche Energieetikette für Gebäude zu verwenden;
- › mit 192:0 und 42:0 eine Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes;
- › mit 140:44 bei 1 Enthaltung und 42:0 eine Verordnung der Bundesversammlung über das Reglement des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte;
- › mit 140:46 bei 7 Enthaltungen und 42:0 das Bundesgesetz über die Unternehmens-Identifikationsnummer;
- › mit 189:0 bei 2 Enthaltungen und 41:0 bei 1 Enthaltung das Bundesgesetz über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr, in dem die Grundlagen für deren Sicherheitsdienste geschaffen werden.
- › mit 192:1 bei Enthaltungen und 42:0 den Bundesbeschluss über die Weiterführung der Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Flugsicherheitsagentur EASA;

Das Parlament befand auch über zehn Doppelbesteuerungsabkommen, in denen die Amtshilfe in Steuerfragen auf Steuerhinterziehung ausgeweitet wird. Das Abstimmungsverhältnis war jeweils ca. 130: 55 Stimmen. Betroffen sind Abkommen mit den USA, Frankreich, Grossbritannien, Mexiko, Dänemark, Österreich, Finnland, Katar, Luxembourg, Norwegen.

6. Herbstsession – Session d'automne 2010 (13. September – 01. Oktober 2010)

Julien Chavaz, Fraktionssekretär

Gewählt ist mit 144 Stimmen: Johann N. Schneider Ammann! FDP. Die Liberalen konnte am 22. September den Sieg davontragen, als es um die Nachfolge von Bundesrat Hans-Rudolf Merz ging. Aus dem kurzen, aber intensiven Wahlkampf, in dessen Verlauf verschiedene Parteien den Sitz angriffen, trat die FDP siegreich hervor, da sie ein starkes Ticket mit grossartigen Kandidierenden präsentierte. Zudem war ihr Anspruch auf zwei Sitze als drittgrösste Partei der Schweiz ohne Frage gerechtfertigt. Der Rest der Session war hingegen durch diverse Niederlagen für die reformorientierten Kräfte gezeichnet. Rechte und Linke wandten sich mit unheiligen Allianzen aus rein wahltaktischen Gründen gegen eine moderne, wettbewerbsfähige und stabile Schweiz. Reformen wurden dem Wahlkampf geopfert. Besonders ersichtlich war dieses verantwortungslose Verhalten bei den Schlussabstimmungen zur 11. AHV-Revision sowie zum KVG-Massnahmenpaket, welches die Kosten im Gesundheitswesen eingedämmt hätte. Auch bei der Postliberalisierung schielten die anderen Parteien bloss auf die Wählerstimmen.

Est élu avec 144 voix: Johann N. Schneider-Ammann ! Le parti libéral-radical et son groupe parlementaire ont triomphé ce mercredi 22 septembre, à l'annonce du nom du successeur de Hans-Rudolf Merz au Conseil fédéral. Au terme d'une campagne courte et intense, au cours de laquelle différents partis ont tenté de ravir le deuxième siège libéral-radical, le PLR a su tirer son épingle du jeu en présentant un ticket solide et en faisant valoir sa légitimité à être représenté en tant que troisième force politique à l'échelon fédéral par deux ministres au sein du collège gouvernemental. Le reste de la session aura été marqué par de nombreuses déceptions pour le camp réformateur. De gauche comme de droite, les opposants à une Suisse moderne, compétitive et stable ont conclu des alliances contre-nature afin de faire échouer des propositions de réformes à des seules fins électorales; ce fut tout particulièrement le cas lors de la votation finale sur la 11e révision de l'AVS et sur le paquet de mesures d'économie dans la LAMal pour endiguer l'évolution des coûts et lors du débat sur la libéralisation du marché postal.

6.1. Bundesratswahlen vom 22. September 2010

Die Vereinigte Bundesversammlung hat **Johann N. Schneider-Ammann** in den Bundesrat gewählt. Der Berner FDP-Nationalrat Schneider-Ammann erhielt im fünften und letzten Wahlgang 144 von 237 gültigen Stimmen. Der SVP-Sprengkandidat Jean-François Rime kam auf 93 Stimmen. Das Parlament hatte im Verlauf des Morgens bereits die Bernerin **Simonetta Sommaruga** zur Bundesrätin gekürt. Knapp 40 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts stellen Frauen zum ersten Mal in der Geschichte der Schweiz die Mehrheit in der Regierung.

FDP. Die Liberalen ist hoch erfreut über die Wahl von Johann Schneider-Ammann. Die Bundesversammlung hat damit ein Zeichen für Konkordanz und Stabilität gesetzt. Mit dem Berner Politiker und Unternehmer Schneider-Ammann gewinnt die Landesregierung eine kompetente und erfahrene Führungspersönlichkeit, die einen wertvollen Beitrag zur Meisterung der Herausforderungen der Schweiz leisten wird. Die Bundesversammlung hat ein **klares Bekenntnis zu Konkordanz und Stabilität der Schweizer Institutionen** abgegeben. Sie anerkannte zudem den Anspruch der *FDP. Die Liberalen* als drittstärkste Partei auf zwei Bundesratssitze.

Ihrer St. Galler Regierungsrätin **Karin Keller-Sutter** dankt die *FDP. Die Liberalen* herzlich für ihre charismatische und kompetente Kandidatur. Sie hat sich damit in der ganzen Schweiz noch grösseren Respekt verschafft. Die FDP wünscht ihr weiterhin viel Erfolg in ihrem politischen Wirken und freut sich auf ihr zukünftiges Engagement.

6.2. Bürokratie-Stopp – Parlamentarische Umsetzung

Die FDP-Fraktion unterstützte in dieser Session mehrere Vorlagen, welche sich für **einen Abbau der administrativen Belastung der Unternehmen** einsetzen.

Die **Bauvorschriften** sollen schweizweit formell vereinheitlicht und damit dem derzeit herrschenden bürokratischen Wildwuchs ein Ende gesetzt werden. Der Nationalrat hat eine diesbezügliche Motion von FDP-Nationalrat Philipp Müller mit 148 zu 3 Stimmen angenommen.

Ebenfalls begrüsst die FDP, dass neu für Lieferungen und Leistungen an den Bund und seine verselbständigten Einheiten eine **maximale Zahlungsfrist von 30 Tagen** gelten soll. Der Nationalrat überwies einstimmig eine entsprechende Motion an den Bundesrat.

Schliesslich begrüsst die FDP, dass der Ständerat mit Zustimmung des Bundesrats einstimmig ein Postulat von CVP-Ständerat Jean-René Fournier überwiesen hat. Dieses verlangt vom Bundesrat, einen **Bericht über die Regulierungskosten in der Schweiz** vorzulegen. Die Schaffung von Transparenz ist der erste Schritt für eine Reduktion der drückenden Regulierungskosten für die Schweizer Unternehmen.

Der Nationalrat will, dass künftig die **Kosten der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse** in der Antwort des Bundesrates standardmässig ausgewiesen werden. Er hat einer parlamentarischen Initiative der FDP-Fraktion mit 97 zu 75 Stimmen Folge gegeben. Mit der Motion soll die Flut an Vorstössen aus dem Parlament eingedämmt werden, indem ein Anreiz für mehr Selbstdisziplin geschaffen wird.

6.3. Weissgeldstrategie – Parlamentarische Umsetzung

Der Ständerat hat mit 19 zu 11 Stimmen eine von FDP-Ständerat Rolf Schweiger eingereichte Motion gutgeheissen, welche den Bundesrat mit der Ausarbeitung einer umfassenden **Revision des eidgenössischen Steuerstrafrechts** beauftragt. Die FDP begrüsst den Entscheid der kleinen Kammer, die Motion – welche aus ihrer Weissgeldstrategie vom April dieses Jahres hervorgeht – zu unterstützen. Das uneinheitliche, historisch gewachsene und strikte nach den einzelnen Steuer- und Abgabebereichen gegliederte schweizerische Steuerstraf- und Steuerverwaltungsstrafrecht ist zu einem Wirrwarr geworden. An der heute bestehenden Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung soll dabei grundsätzlich festgehalten werden. Der Schutz der Privatsphäre muss gewährleistet bleiben, und der schweizerische Staat soll auch künftig seinen Bürgerinnen und Bürgern auf einer Vertrauensbasis begegnen.

Nach fünf Vorstössen in der Sommersession hat die FDP-Liberale Fraktion eine weitere Motion zur Umsetzung der Weissgeldstrategie eingereicht. Diese verlangt eine **Stärkung der FINMA** durch eine Vergrösserung des Spielraums bei der Entlohnungspolitik für Führungspersonen. Damit wird die Konkurrenzfähigkeit der Aufsichtsbehörde auf dem Arbeitsmarkt für die Rekrutierung und das Halten von qualifizierten Führungspersonen gestärkt.

6.4. Energieeffizienz, Klimaschutz und Versorgungssicherheit – Parlamentarische Umsetzung

Die FDP-Liberale-Fraktion hat begonnen, die Beschlüsse der Delegierten und das Positionspapier „Energieeffizienz, Klimaschutz und Versorgungssicherheit“ vom Juni 2010 umzusetzen. Zwei Vorstösse wurden eingereicht: Der erste verlangt, im Rahmen des Raumplanungsgesetzes und des Steuerrechts **geeignete Anreize und Rahmenbedingungen zu schaffen, um die energetische Sanierung und den Ersatz von Altbauten zu beschleunigen**. Der zweite will **energieeffiziente Gebäude fördern**. Hier wird der Bundesrat beauftragt, mit den Kantonen zusammen das Energieziel so zu verankern, dass alle Neu- und insbesondere Altbauten die energetischen Musterschriften der Kantone bis ins Jahr 2040 erreichen.

6.5. 11e révision de l'AVS – Votation finale

Par 118 voix contre 72 et une abstention, le Conseil national a enterré en votation finale la 11e révision de l'AVS et les compromis proposés par le Conseiller fédéral Didier Burkhalter contre l'avis unanimes des libéraux-radicaux. Le comportement du PS et l'UDC, finalement opposés au projet, est irresponsable. En rejetant les mesures de rééquilibrage proposées, ils jouent avec la sécurité des futures retraites.

La **11e révision de l'AVS** prévoyait de **relever l'âge de la retraite pour les femmes à 65 ans** en 2015, générant une économie de 800 millions de francs. Le Conseil des Etats avait dans un premier temps prévu d'utiliser 400 millions pour adoucir les pertes de rente pour les personnes gagnant jusqu'à 82'000 francs, mais le National a biffé tout subventionnement. Le Conseiller fédéral Burkhalter a alors présenté à la CSSS-E un compromis prévoyant une aide pour les revenus jusqu'à 61'500 francs. Toujours devisée à 400 millions de francs, cette version devait profiter surtout aux personnes gagnant entre 41'000 et 61'500 francs. Ainsi, partir à la retraite un an avant l'âge légal n'aurait amputé la rente que de 1,7%, au lieu de

2,8% avec le modèle initial du Conseil des Etats. La CSSS-E souhaitait financer ce coup de pouce via le fonds de l'AVS et non les caisses fédérales et a limité ce geste à dix ans.

6.6. Loi sur l'aide aux hautes écoles (LAHE)

Après de longs travaux en sous-commission puis en commission, le Conseil des Etats s'est prononcé sur la **nouvelle loi fédérale sur l'aide aux hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles (LAHE)**. Cette dernière doit mettre en œuvre le mandat législatif du nouvel art. 63a de la Constitution qui stipule que la Confédération et les cantons veillent ensemble à la qualité, à la compétitivité et à la coordination du domaine suisse des hautes écoles.

Dans la version adoptée par le Conseil des Etats, il n'est plus question de planification ni de pilotage mais de coordination. Cette modification est saluée par le PLR qui est favorable à l'autonomie des hautes écoles. Une distinction claire a été opérée entre la coordination de la politique des hautes écoles à l'échelle nationale, d'une part, et la répartition des tâches dans les domaines particulièrement onéreux, d'autre part. S'agissant des organes, le Conseil des Etats s'est prononcé en faveur de la création d'une conférence plénière. Ainsi, les 12 cantons sans haute école seront à l'avenir au même niveau de responsabilités que ceux qui en hébergent. Quant à la procédure d'accréditation, le PLR salue le fait que la version adoptée par le Conseil des Etats prévoit que la procédure d'accréditation puisse être réalisée par d'autres agences que l'Agence suisse d'accréditation, pour autant qu'elles soient reconnues par le Conseil suisse d'accréditation. Enfin, le Conseil des Etats s'est prononcé en faveur d'un critère supplémentaire pour le calcul du montant des contributions pour l'enseignement. Selon le Conseil des Etats, il faut également tenir compte de la qualité de la formation.

6.7. OR. Miete und Pacht

Bei der Beratung der **umstrittenen OR-Revision** hat der Nationalrat mit 88 zu 86 Stimmen bei zehn Enthaltungen gegen die FDP-Liberale Fraktion den erstmals in der Sommersession 2009 gefällten Nichteintretensentscheid äusserst knapp bestätigt. Anders hatte der Ständerat in der Sommersession entschieden, der auf das Geschäft eintrat und sich bei der Frage der Mietzinsindexierung auf eine Kompromisslösung einigte.

Ziel der Vorlage war es, den **Schutz vor missbräuchlichen Mietzinsen** zu verbessern. Die Vorlage sah insbesondere vor, anhand eines Vergleichsmietmodells und mit Hilfe einer anerkannten statistischen Methode zu überprüfen, ob der Anfangsmietzins für Wohnräume missbräuchlich ist. Danach hätte eine Überprüfung des Mietzinses nur noch aufgrund der gesetzlichen und vertraglichen Anpassungsregeln möglich sein sollen. In erster Linie ging es darum, die Mietzinse von den Hypothekenzinssätzen zu entkoppeln. Neu hätten die Mietzinse der Teuerungsentwicklung folgen sollen, womit man die Mietzinsgestaltung vereinfacher und transparenter gestalten wollte.

Die FDP-Liberale Fraktion bedauert, dass nach dem erneuten Nichteintretensentscheid die Mietzinse weiterhin an die Hypothekenzinssätze gekoppelt bleiben. Der Versuch, näher an eine Marktmiete zu kommen, ist gescheitert.

6.8. Postgesetz / Organisation der Schweizerischen Post

Nachdem sich die FDP. Die Liberalen engagiert für eine **Marktöffnung** eingesetzt hatte, beschloss der Nationalrat mit 102 zu 82 Stimmen, dass das **Briefmonopol** nicht aufgehoben wird. Nebst SP, Grünen, CVP und BDP stimmten sogar 10 SVP-Vertreter für die Streichung. Aus der Sicht der FDP wird damit der Erhalt und die Weiterentwicklung des hochstehenden Service Public erschwert und verteuert. Nachdem der Nationalrat beim Grundversorgungsauftrag die Auflagen für Poststellennetz, Hauszustellung und Briefkästen verschärft hat, dürften diese Kosten nach der Ablehnung der Liberalisierung primär auf die Preise im Monopolbereich, also die Briefportis, überwältigt werden. Aufgrund des Entscheids des Nationalrats lehnte die FDP als einzige das Gesetz in der Gesamtabstimmung mit 152:26 (23 FDP Stimmen) ab.

Beim zweiten Teil der Vorlage, dem **neuen Postorganisationsgesetz**, lehnte die FDP das Gesetz ab, weil mehr unternehmerische Freiheit für die Post mittels des Postorganisationsgesetzes nicht ohne

Markttöffnung zu haben ist. Trotzdem wurde das Postorganisationsgesetz in der Gesamtabstimmung mit 97 zu 83 Stimmen angenommen. Hier stimmte nebst der FDP auch die Linke Nein, allerdings aus ganz anderen Gründen. SP und Grüne widersetzten sich der Umwandlung der Post von einer Anstalt des Bundes in eine Aktiengesellschaft. Der Bund wird im Gesetz verpflichtet, die Mehrheit an dieser AG zu halten. Die Postfinance wird in eine separate AG ausgegliedert werden, an welcher die Post die Mehrheit hält.

Im Sinne der FDP verwarf der Nationalrat, die Post-Tochter **Postfinance mit einer Banklizenz** auszustatten, damit Postfinance Hypotheken mit den eigenen Spargeldern vergeben kann. Trotzdem: Nach den Beratungen zum Postgesetz und Postorganisationsgesetz steht die Post als doppelte Gewinnerin da: Sie behält das Monopol und bekommt mehr unternehmerische Freiheit.

Für die FDP besteht jetzt die Gefahr, dass die Post in zehn Jahren viele Leistungen bereitstellen wird, die von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gar nicht mehr verlangt werden. Beispielsweise eine Poststelle im Dorf, die am Morgen zwei Stunden und am Nachmittag eine Stunde offen hat, und nicht eine Agentur im Dorfladen oder auf der Gemeinde mit wesentlich längeren Öffnungszeiten.

6.9. OR. Aktien- und Rechnungslegungsrecht (Entwurf 2 Rechnungslegungsrecht).

Der Nationalrat hat die Beratung des Rechnungslegungsrechts als Zweitrat aufgenommen. Der Entwurf sieht eine **umfassende Revision des Rechnungslegungsrechts** vor und schafft eine einheitliche Ordnung für alle Rechtsformen des Privatrechts. Die Anforderungen werden nach der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens differenziert. Die Vorlage enthält allgemeine Vorschriften, die auf alle buchführungs- und rechnungslegungspflichtigen Rechtsträger Anwendung finden. Sie widerspiegeln den Status quo der Buchführung und Rechnungslegung eines gut geführten KMU. Weitergehende Bestimmungen gelten für Grossunternehmen und Konzerne.

Der Nationalrat hat in zwei Punkten wichtige Verbesserungen beschlossen: Erstens wird auch **Artikel 727 OR (Revisionspflicht) in die Gesetzesrevision einbezogen**, was von der FDP initiiert wurde. Auf einen Einzelantrag von Otto Ineichen (FDP/LU) geht zurück, dass die höheren Schwellenwerte bereits am 1. Juli 2011 in Kraft treten sollen. Gemäss dieser Bestimmung müssen – neben Publikums- und Konzernrechnungspflichtigen Gesellschaften – auch Gesellschaften, welche zwei der folgenden Schwellenwerte in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten, eine ordentliche Revision vornehmen: Bilanzsumme von 20 Millionen Franken, Umsatzerlös von 40 Millionen Franken, 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt. Die Vorlage zur Revision des Rechnungslegungsrechts übernimmt diese Werte zur Definition von „grösseren Unternehmen“, welche zusätzlichen Anforderungen unterliegen. Der Bundesrat hatte in seinem Entwurf eine tiefere Schwelle (Bilanzsumme von 10 Mio. Franken, Umsatzerlös von 20 Mio. Franken und 50 Vollzeitstellen) vorgeschlagen.

Zweitens hat der Nationalrat die **Schwelle, bis zu welcher Unternehmen eine vereinfachte Buchhaltung führen können, erhöht**. So sollen nur Einzelunternehmen und Personengesellschaften, die einen Umsatzerlös von mindestens 500'000 Fr. erzielen, sowie juristische Personen der Pflicht zur Buchführung und Rechnungslegung gemäss den Bestimmungen des Entwurfes unterliegen. In dieser Frage ging der Nationalrat weiter als der Ständerat, welcher eine Schwelle von 250'000 Fr. vorgeschlagen hatte.

Die Diskussion im Nationalrat wird in der Wintersession weitergeführt. Die FDP-Liberale Fraktion wird sich dann für ein rasches Vorankommen des Geschäfts und für eine zeitgerechte Umsetzung von Art. 727 OR einsetzen.

6.10. Vereinigte Bundesversammlung

Bundesgericht. Wahl eines hauptamtlichen Richters/ einer hauptamtlichen Richterin. Die Gerichtskommission hatte zwei FDP-Kandidatinnen zur Wahl empfohlen: Lucrezia Glanzmann-Tarnutzer (LU) und Annette Dolge (SH). Die FDP-Liberale Fraktion hörte die beiden Kandidatinnen an und schlug der Bundesversammlung anschliessend **Frau Lucrezia Glanzmann-Tarnutzer (FDP)** zur Wahl als ordentliche Richterin des Bundesgerichtes vor. Die Bundesversammlung folgte dem Vorschlag. Lucrezia

Glanzmann-Tarnutzer wird ab dem 1. Januar 2011 den zurückgetretenen Bundesrichter Michel Féraud ersetzen.

Bundesgericht. Wahl einer nebenamtlichen Richterin / eines nebenamtlichen Richters. Auf Vorschlag der Gerichtskommission wurde Stephen Berti als Nachfolger für den zurückgetretenen Michael Riemer als nebenamtlicher Richter des Bundesgerichtes für den Rest der Amtsperiode 2009-2014 gewählt. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützte die Wahl.

Wahlen in die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft. Für diese neugeschaffene Behörde wählte die Bundesversammlung auf Vorschlag der Gerichtskommission die Mitglieder wie folgt: Die Bundesrichter Hans-Jörg Seiler (SVP/BE) und Giorgio Bomio (SP/TI), die Anwälte Thomas Fingerhuth (ZH), Carla Wassmer (CVP/SO) sowie als Fachpersonen **Thierry Béguin (FDP/NE)**, Niklaus Oberholzer (SP/SG) und David Zollinger (SVP/ZH). Die FDP-Liberale Fraktion unterstützte dieses Ticket.

6.11. Geschäfte beider Räte

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz revidiert. Der Entwurf des neuen RVOG sieht vor, dass Bundesorgane in einem ersten Schritt grundsätzlich alle Daten aufzeichnen dürfen, die anlässlich der Benutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes entstehen. Soll eine personenbezogene Bearbeitung erfolgen, die Rückschlüsse auf bestimmte Personen zulässt, sind zusätzliche Voraussetzungen zu erfüllen. Nachdem der Nationalrat die Vorlage im Sommer beriet, kam sie in der Herbstsession in den Ständerat. Die Kleine Kammer stimmte mit 31 Stimmen bei 8 Enthaltungen zu. Insbesondere zu Art. 57q mussten in einem Bereinigungsverfahren zwischen den Räten zwei Differenzen ausgeräumt werden, was im Sinne der Fraktion FDP-Liberale geschah.

Asyl- und Auslieferungsverfahren werden besser koordiniert. Wenn Asyl- und Auslieferungsverfahren parallel laufen, führt dies manchmal zu langwierigen Prozessen und widersprüchlichen Entscheiden. Dies soll sich mit dem Bundesgesetz zur Koordination des Asyl- und Auslieferungsverfahrens ändern: Die Verfahren können in Zukunft besser koordiniert werden. Der Nationalrat ist im Sinne der Fraktion FDP-Liberale dem Ständerat gefolgt und hat das neue Gesetz mit 111 zu 55 Stimmen angenommen. Die Linke hält das Gesetz für überflüssig, weil es nur um rund drei Fälle pro Jahr geht.

Luftfahrtgesetz. Teilrevision I. Im Rahmen der Revision des Luftfahrtgesetzes hat die FDP einen Minderheitsantrag gestellt, um zu verhindern, dass die grundlegenden Anforderungen an die Sicherheit im Luftverkehr überreglementiert werden, bzw. dass hier die Schweiz einen Alleingang macht. Dieser Minderheitsantrag der FDP wurde vom Nationalrat mit 91:78 (RL 1:28) abgelehnt. Der Entwurf wurde mit 165:21 Stimmen angenommen. Schliesslich haben nun beide Kammern im Sinne der FDP den bundesrätlichen Vorschlag für eine Aufsichtsabgabe abgelehnt. Mit 5 Millionen Franken hätte ein Stellenausbau im BAZL finanziert werden sollen.

Initiative parlementaire Kohler Pierre. Interdiction des pitbulls en Suisse. Les chambres fédérales n'ont pas réussi à entériner la loi sur les chiens (projet 2). Alors que le Conseil des Etats veut unifier ce domaine sur le plan fédéral en ne permettant pas aux cantons d'avoir dans leur législation des dispositions plus sévères, le Conseil national tient à ce que les cantons interdisant certaines races de molosses puissent continuer à le faire.

Stauanlagen. Bundesgesetz. Die Aufsicht über Staumauern, Stauwehre und Rückhaltebecken wird neu in einem Gesetz statt wie bisher bloss auf Verordnungsebene geregelt. Der Nationalrat ist am Dienstag dem Ständerat gefolgt und hat das Gesetz oppositionslos gutgeheissen. Die FDP hat, zusammen mit einer Mehrheit des Nationalrates, mit 89:75 Stimmen (RL 28:0) durchgesetzt, dass die Aufsichtsabgabe für Stauanlagen ersatzlos aus der Vorlage gestrichen wird. Die Vorlage wurde anschliessend in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

6.12. Geschäfte des Nationalrats

Loi fédérale sur l'assurance-accidents. Modifications. Le Conseil national a décidé de renvoyer la révision de la loi sur l'assurance accidents au Conseil fédéral. Une alliance contre-nature formée d'une partie de la droite et de la gauche a permis de rassembler 108 voix contre 64. Le Groupe libéral-radical,

conscient qu'une réforme est nécessaire, a soutenu l'entrée en matière. S'agissant des grandes lignes du projet, il faut relever la baisse à 100'000 francs du gain maximal assuré, le relèvement de 10% à 20% du degré d'invalidité minimal donnant droit à une rente ainsi que la possibilité, pour la Suva, de proposer des assurances complémentaires dans son domaine de compétence ; ce dernier point est combattu par le PLR. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer sur cette décision du Conseil national.

Unrechtmässig erworbene Vermögenswerte sollen eingezogen werden. Nachdem sich der Ständerat im vergangenen Sommer diesem Geschäft gewidmet hatte, stimmte nun auch der Nationalrat dem Bundesgesetz zur Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen zu. Die Gesetzesvorlage ist eine Ergänzung des Bundesgesetzes über internationale Rechtshilfe in Strafsachen. Sie ermöglicht die Einziehung von Vermögenswerten, die offensichtlich unrechtmässiger Herkunft sind, ohne strafrechtliche Verurteilung.

LPP. Financement des institutions de prévoyance de droit public. Le Conseil national a accepté, par 125 voix contre 39 de gauche, une modification de la loi sur la prévoyance professionnelle obligeant les cantons et les communes à redresser la situation financière de leurs caisses de pension. Ces dernières ont 40 ans pour atteindre un degré de couverture d'au moins 80%. Le Conseil national s'est ainsi rallié à la position du Conseil des Etats. Le Groupe libéral-radical a soutenu cette modification à l'unanimité.

Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen. Bundesgesetz. FDP. Die Liberalen ist überzeugt, dass mit der sog. "Arrival Duty Free" Regelung zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Schliesslich hat diese Regelung auch eine ökologische Komponente, die zu berücksichtigen ist: Die Tax- und Duty Free-Einkäufe in den Flugzeugen sind nicht mehr notwendig, so dass die Fluggesellschaften wegen des geringeren Gewichts Treibstoff sparen können. *Duty Free on Arrival* leistet dank den Mehrerträgen auch einen Beitrag zur Finanzierung der qualitativ hochwertigen Flughafeninfrastruktur. Vor diesem Hintergrund begrüsst die FDP den Entscheid des Nationalrates mit 114:56 Stimmen, dass künftig auch ankommende Flugpassagiere in den Duty-Free-Läden an Schweizer Flughäfen zollfrei einkaufen dürfen.

Teilnahme am Aussengrenzenfonds. Die Schweiz kann sich mit jährlich rund 15 Millionen Franken am europäischen Aussengrenzenfonds beteiligen. Nach dem Ständerat hat der Nationalrat diese Weiterentwicklung des Schengen-Rechts gutgeheissen. Mit dem Solidaritätsfonds werden Schengenstaaten mit weitläufigen und entsprechend aufwändig zu überwachenden Grenzen unterstützt.

Pa.IV. KVF-SR. Bundesgesetz über den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Änderung. Erfolglos hat sich die FDP mit einem Minderheitsantrag dafür eingesetzt, dass einmalig 570 statt 850 Millionen Franken aus der Spezialfinanzierung in den Infrastrukturfonds zu geben sind. Gemäss dem in der Botschaft zum Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und zur Freigabe von Mitteln aufgezeigten vierten Szenario ist davon auszugehen, dass die Spezialfinanzierung Strassenverkehr ab zirka 2016 eine Unterdeckung aufweisen wird. Diese sich abzeichnende Unterdeckung infolge einer ausserordentlichen Einlage wird dazu führen, dass der Mineralölsteuerezuschlag früher als vorgesehen erhöht wird. Mit der Ablehnung des Minderheitsantrages ist nun davon auszugehen, dass bei der Kompensation dieser Gelder an anderen Verkehrsprojekten eingespart werden muss. Schliesslich wurde die parlamentarische Initiative mit 179:6 Stimmen angenommen.

Jeunesse et musique. Initiative populaire. Le Conseil national a décidé, par 126 voix contre 57 (Groupe LR 17 voix contre 13), de recommander l'acceptation de l'initiative populaire "jeunesse + musique". Alors que le Conseil fédéral s'y oppose pour des raisons liées principalement au fédéralisme, le Conseil national estime qu'il est nécessaire de renforcer la formation musicale des enfants et des jeunes.

Initiative parlementaire Robbiani Meinrado. Financement des institutions pour handicapés. Le Conseil national a accepté, par 111 voix contre 69, un projet permettant aux institutions pour handicapés de recevoir encore pendant deux ans des subventions de l'AI pour leurs constructions. Le Groupe libéral-radical était pour sa part majoritairement opposé au projet (18 voix contre, 10 pour).

Motion CSSS-CN. Pour une organisation nationale chargée de garantir la qualité du système de santé. Le Conseil national a soutenu une motion de sa commission de la santé exigeant la création d'une

organisation nationale chargée de garantir la qualité du système de santé. Le Groupe libéral-radical, qui a déposé deux motions visant un but identique lors de la session d'été 2010, salue vivement cette décision.

Boni-Regulierung. Der Nationalrat lehnte zwei Motionen ab, die eine steuerrechtliche Regulierung vorsehen und denen der Ständerat in der letzten Session zugestimmt hatte. Im Vordergrund steht nun eine Regelung in der Aktienrechtsrevision über das so genannte Tantiemenmodell. Die FDP begrüsst, dass sich der Nationalrat nicht durch vermeintlich wirksame Vorstösse blenden liess. Die steuerrechtlichen Regelungen hätten nicht die erwünschte Wirkung gebracht, dafür aber einige negative Auswirkungen gehabt. Die FDP lehnt jedoch auch das weiter zur Diskussion stehende Tantiemenmodell ab. Dieses würde es faktisch verunmöglichen, in der Schweiz Top-Leute zu rekrutieren, mit entsprechendem Schaden für die Attraktivität des Standortes Schweiz. Die FDP ist gegen eine masslose Lohnpolitik. Doch Massnahmen müssen wirkungsvoll sein und dürfen Schweizer Unternehmen nicht benachteiligen. Gesetzliche Massnahmen gegen Boni-Exzesse sollen grundsätzlich durch eine Stärkung der Aktionärsrechte erreicht werden – der Aktionär zahlt, er soll auch befehlen.

Rechts- und Amtshilfe bei Steuersachen. Die FDP begrüsst, dass der Nationalrat eine parlamentarische Initiative von Hans Kaufmann (SVP/ZH) mit 101 zu 63 Stimmen abgelehnt hat. Diese wollte in der Bundesverfassung festschreiben, dass in Steuersachen nur bei Betrug Amtshilfe geleistet wird. Eine solche Regelung läuft den in der FDP-Weissgeldstrategie formulierten Bemühungen für einen starken und sauberen Finanzplatz Schweiz zuwider und steht in Kollision zu den neu ausgehandelten Doppelbesteuerungsabkommen.

Für menschenfreundlichere Fahrzeuge. Volksinitiative. CO2-Gesetz. Revision. Der Nationalrat empfiehlt mit 116 zu 58 (RL 28:0) dem Stimmvolk, die Offroader-Initiative von den Jungen Grünen abzulehnen. Strengere CO2-Vorschriften für Autos könnte sich der Nationalrat aber vorstellen: Er beauftragte seine Umweltkommission mit 95:75 (RL 6:17), einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. FDP. Die Liberalen will den CO2-Ausstoss von Fahrzeugen von heute 167 Gramm auf 130 Gramm senken. Weder die völlig überrissene Offroader-Initiative noch der zu weit gehende Gegenvorschlag sind aber das richtige Instrument dafür. Gemäss Initiative dürften 97% der Fahrzeuge in der Schweiz bei einer Annahme der Initiative nur noch 100 km/h fahren. Die Umsetzung würde einen neuen Bürokratie-Apparat schaffen. Die FDP-Liberale Fraktion ist überzeugt, dass es keinen Gegenvorschlag braucht, um die Initiative zu bekämpfen. Ihre Forderung für eine Senkung auf 130 Gramm CO2 wird die Fraktion in die Beratung der Totalrevision des CO2-Gesetzes im Ständerat einbringen.

6.13. Geschäfte des Ständerats

UBS. Auferlegung der Kosten für das Amtshilfeverfahren. Der Ständerat billigte als Erstrat einstimmig einen Bundesbeschluss, welcher der UBS die Kosten für das Amtshilfeverfahren von 40 Millionen Franken auferlegt. Ursprünglich wollte der Bundesrat der UBS - mangels gesetzlicher Grundlagen - nur eine Million Franken in Rechnung stellen. Wegen der verbreiteten Empörung kam der Bundesrat aber auf den Entscheid zurück. Die FDP begrüsst diesen Entscheid des Ständerates. Für das in keiner Weise akzeptierbare Geschäftsgebaren der UBS in den USA darf nicht der Steuerzahler gerade stehen müssen.

Kartellrecht: Wer sich an Kartellabsprachen beteiligt hat, soll künftig strafrechtlich belangt werden können. Die FDP ist erfreut, dass der Ständerat mit 30 zu 12 Stimmen eine Motion von Rolf Schweizer (FDP/ZG) mit einer vom Nationalrat angebrachten Änderung an den Bundesrat überwiesen hat. Der Bundesrat ist nun damit beauftragt, eine entsprechende Gesetzesrevision zu erarbeiten.

Unternehmensbesteuerung. Die FDP nimmt enttäuscht zur Kenntnis, dass der Ständerat die steuerliche Benachteiligung bei der Bildung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital nicht aufheben will. Die Kleine Kammer lehnte eine entsprechende Motion der FDP-Liberale Fraktion stillschweigend ab, welche verlangte, dass analog zum Steuerabzug der Zinsen für Fremdkapital auch auf den Eigenmitteln ein Abzug geltend gemacht werden kann.

Besserer Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken. Der Ständerat hat das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb einstimmig verabschiedet. Ziel ist es, den Schutz gegen unlautere

Geschäftspraktiken zu verbessern, die Rechtsdurchsetzung zu stärken und die Grundlage für die Zusammenarbeit mit den ausländischen Aufsichtsbehörden zu schaffen. In den meisten Punkten folgte der Ständerat dem bundesrätlichen Entwurf. Ausgiebig diskutiert wurde ein Einzelantrag betreffend Art. 8 Abs. 1 zur abstrakten Inhaltskontrolle von allgemeinen Geschäftsbedingungen. Es stellte sich die Frage, ob auf die Einführung einer solchen Inhaltskontrolle verzichtet werden soll. Der Antragsteller zog den Antrag zurück, stellte jedoch einen Handlungsbedarf bei Art. 8 fest.

Erbrecht soll revidiert werden. Der Bundesrat soll das Erbrecht überarbeiten und damit den Pflichtteil für Eltern abschaffen sowie unverheiratete Partner gleich behandeln wie verheiratete. Der Ständerat hat eine Motion von Felix Gutzwiller (FDP/ZH) mit 32 zu 7 Stimmen angenommen. Das geltende Recht stammt aus dem Jahr 1912. Damit orientiere es sich noch "am Familienbild des 19. Jahrhunderts", sagte Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf.

Ausgewogene Sanktionen im Kartellrecht. Der Ständerat hat mit 30 zu 12 Stimmen einer Motion von Rolf Schweiger (FDP/ZG) zugestimmt, welche im Sinne einer wirkungsvollen Umsetzung des Kartellrechts Anreize für Unternehmen zur Implementierung von Compliance-Programmen schaffen will. Die Kleine Kammer akzeptierte die vom Nationalrat vorgeschlagene Änderung, wonach Compliance-Programme zwar als sanktionsminderndes, nicht aber als sanktionsausschliessendes Element berücksichtigt werden können.

Jugendlichen den gezielten Umgang mit neuen Medien lehren. Prävention nützt mehr als Verbote. Unter diesem Motto hat Rolf Schweiger (FDP/ZG) einen Vorstoss zum Umgang mit neuen Medien wie Computerspielen oder Internet eingereicht. In der Schule sollen Jugendliche für einen sinnvollen Umgang mit neuen Medien sensibilisiert werden, ein sogenannter "Medienführerschein" bestätigt die Teilnahme an den entsprechenden Lektionen. Der Ständerat hat die Motion mit 22 zu 14 Stimmen angenommen. Dies darf als Erfolg für die FDP. Die Liberalen im Kampf gegen unnötige und sinnlose Verbote gewertet werden, zumal sich der Bundesrat zur Motion ablehnend geäußert hatte.

Jugendliche „Sans Papiers“ sollen künftig eine Berufslehre absolvieren dürfen. Der Ständerat hat gegen die FDP mit 23 zu 20 Stimmen eine Motion des Genfer CVP-Nationalrats Luc Barthassat überwiesen. Nachdem der Nationalrat dieser Motion in der Frühlingssession ebenfalls zugestimmt hatte, muss der Bundesrat das geltende Gesetz ändern.

Initiative sur le paysage. Avec l'appui des sénateurs libéraux-radicaux, le Conseil des Etats a décidé de rejeter l'initiative pour le paysage des milieux écologistes qui réclame un moratoire de 20 ans sur les zones à bâtir par 27 voix contre 11. Il a en revanche accepté par 34 voix contre 5 un contre-projet à l'initiative comportant une série de garde-fous. L'objectif de ces mesures est d'aménager les territoires réservés à l'habitat et au travail selon les besoins de la population et de limiter leur étendue. Pour les financer, le conseil a décidé par 25 voix contre 16 de prélever une taxe correspondant à 25% de la plus-value résultant du classement d'un terrain en zone à bâtir. Elle serait exigible lorsque le bien-fonds est construit ou aliéné. Une telle taxe n'existe pour l'heure que dans les cantons de Neuchâtel et Bâle-Ville.

6.14. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Herbstsession folgende drei Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Attraktive energetische Sanierung und Ersatz von Altbauten** – Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen einer Revision des Raumplanungsgesetzes und des Steuerrechts geeignete Anreize und Rahmenbedingungen zu schaffen, um die energetische Sanierung und insb. den Ersatz von Altbauten zu beschleunigen. Altbauten, deren energetische Sanierung einen unverhältnismässigen Aufwand erfordert, sollen unbürokratisch durch einen Ersatzbau mit mindestens gleicher oder höherer Ausnutzung (z.B. einem Ökobonus bei besonders ehrgeizigen Energiestandards) ersetzt werden können.
- › **Energieeffiziente Gebäude bis 2040** – Der Bundesrat wird beauftragt, mit den Kantonen zusammen das Energieziel so zu verankern, dass alle Neu- und insbesondere Altbauten die energetischen Musterschriften der Kantone (9 Liter Heizöläquivalent pro Quadratmeter für Altbauten) bis ins Jahr 2040 erreichen (mit Ausnahme geschützter Bauten). Geeignete Zwischenziele sind zu formulieren. Gleichzeitig sollen Hauseigentümer, welche ihr Gebäude nach Mustervorschriften der Kantone im

Energiebereich energetisch gebaut oder saniert haben, von jeglicher Energie- und CO₂-Abgabe befreit werden.

- › **Für eine starke FINMA** – Der Bundesrat wird beauftragt, die in der FINMA-Personalverordnung geregelten Lohnobergrenzen für Geschäftsleitungsmitglieder nach oben anzupassen, damit die FINMA den für die Rekrutierung und das Halten von qualifizierten Führungspersonen notwendigen Gestaltungsspielraum erhält und gegenüber privaten Arbeitgebern im Finanzbereich konkurrenzfähig ist.

6.15. Schlussabstimmungen

- › In der Schlussabstimmung gescheitert ist die 11. AHV-Revision. Der Nationalrat hat die Vorlage mit 118:72 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Der Ständerat hingegen hatte der 11. AHV-Revision mit 31:9 bei 2 Enthaltungen zugestimmt.
- › Ebenfalls abgeschossen wurde in der Schlussabstimmung die Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, mit dem die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen hätte eingedämmt werden soll ("Massnahmenpaket Couchepin"). Der Nationalrat versenkte die Vorlage mit 97:76 Stimmen bei 19 Enthaltungen. Kurz zuvor hatte der Ständerat mit 33:0 bei 9 Enthaltungen zugestimmt.
- › Das Stimmvolk wird über die Waffengewalt-Initiative an der Urne entscheiden. Mit Ausnahme der Verordnungen und den Reglementsänderungen des Nationalrats unterstehen alle anderen Vorlagen dem fakultativen Referendum.
- › Das Parlament hat folgende 22 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:
 - › mit 119:69 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Nationalrat) und 30:11 Stimmen bei einer Enthaltung (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Für den Schutz vor Waffengewalt", in dem Bundesrat und Parlament die Initiative zur Ablehnung empfehlen;
 - › mit 124:65 bei 3 Enthaltungen und 38:2 bei 2 Enthaltungen das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, mit der die Anstossfinanzierung für Krippenplätze um vier Jahre bis 2015 verlängert wird;
 - › mit 127:58 bei 4 Enthaltungen und 38:2 bei einer Enthaltung eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes, mit der die Velonummer abgeschafft wird;
 - › mit 132:61 und 37:0 bei 3 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Koordination des Asyl- und des Auslieferungsverfahrens;
 - › mit 161:32 und 41:0 das Bundesgesetz über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (Lex Duvalier);
 - › mit 179:6 und 8 Enthaltungen 40:0 bei einer Enthaltung das Bundesgesetz über den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen;
 - › mit 129:61 bei 2 Enthaltungen und 42:0 über das Stauanlagengesetz, das die Aufsicht über Stauanlagen neu regelt;
 - › mit 165:21 bei 5 Enthaltungen und 42:0 die Teilrevision des Luftfahrtgesetzes;
 - › mit 184:0 bei 3 Enthaltungen und 42:0 der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Serbien über die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität;
 - › mit 189:1 und 42:0 eine Änderung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes, mit welcher der Umgang mit elektronischen Spuren der Verwaltungsangestellten gesetzlich geregelt wird;
 - › mit 141:50 und 42:0 der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Seearbeitsübereinkommens;
 - › mit 133:56 bei 3 Enthaltungen und 42:0 der Bundesbeschluss über die Genehmigung der Satzung der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA);

- › mit 157:34 bei einer Enthaltung und 42:0 der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens über das Europäische Forstinstitut (EFI);
- › mit 190:2 und 42:0 der Bundesbeschluss über die Genehmigung des europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstrassen (ADN);
- › mit 110:73 bei 9 Enthaltungen und 42:0 der Bundesbeschluss zur Übernahme der Rechtsgrundlagen zum Aussengrenzenfonds im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes;
- › mit 192:1 und 41:0 das Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes
- › mit 182:9 und 41:0 und die Verordnung der Bundesversammlung über das Arbeitsverhältnis und die Besoldung des Bundesanwalts oder der Bundesanwältin sowie der Stellvertretenden Bundesanwälte oder Bundesanwältinnen;
- › mit 134:58 und 41:0 die Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation und die Aufgaben der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft;
- › Weiter beschloss der Nationalrat:
 - › mit 137:41 bei 14 Enthaltungen eine Änderung des Geschäftsreglements des Nationalrats, mit der die Kommission für öffentliche Bauten aufgehoben wird;
 - › mit 138:52 bei 2 Enthaltungen eine Änderung des Geschäftsreglements des Nationalrats zum Umgang mit Entschuldigungen für Ratssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs.

7. Wintersession – Session d'hiver (29. November – 17. Dezember 2010)

Julien Chavaz, Fraktionssekretär

29.11. – 17.12.2010 Das Parlament manövrierte sich aufs Abstellgleis – die FDP-Liberale-Fraktion ist mit der Wintersession unzufrieden. Erster Sündenfall war die Ablehnung des Einheitssatzes bei der Mehrwertsteuer. Nur der Einheitssatz und das Abschaffen der Ausnahmen hätte die Bürokratie abgebaut. Zweiter Sündenfall war das Postgesetz. Dort wurde das Monopol der Post zementiert. Ohne Liberalisierung gehen Konsumenten und Wirtschaft leer aus. Dritter Sündenfall waren die Entscheide zu Minder-Volksinitiative: Hier wollen CVP und Linke eine Bonussteuer einführen. Diese Steuer verfügt weder über eine Verfassungsbasis, noch wird sie die Boni-Politik in irgendeiner Form verändern. Zufrieden ist die FDP-Liberale-Fraktion einzig mit der IV-Revision. Diese ist rasch zu verabschieden, damit die Sozialwerke nachhaltig stabilisiert und der Schuldenberg von 15 Mia. Fr. abgebaut werden kann.

Des réformes qui végètent – un Parlement dans l'impasse. Le Groupe parlementaire libéral-radical est fort déçu par cette session d'hiver 2010. Première cause d'amertume: le rejet du taux unique de TVA. Seul un taux unique et la suppression des exceptions permettraient de réduire véritablement la bureaucratie. Deuxième erreur du Parlement: la loi sur la Poste. Dans ce dossier, le monopole de la Poste a été tout simplement cimenté, sans aucune promesse de libéralisation du secteur, au détriment des consommateurs et de l'économie. Troisième erreur: les décisions prises au sujet de l'initiative Minder, le PDC et la Gauche s'évertuant à vouloir introduire un impôt sur les bonus. Il n'existe pas de base légale pour un tel impôt et la pratique de boni ne changera en aucun cas. Pour le PLR, la révision de l'AI constitue l'unique raison de se réjouir. La révision de l'AI doit être terminée rapidement afin que cette assurance sociale puisse être stabilisée et la montagne de dettes de 15 milliards diminuée.

Bürokratie-Stopp – Parlamentarische Umsetzung

Die FDP-Liberale Fraktion hat zur Umsetzung der Initiative „Bürokratie-Stopp“ vier Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › Millionenfache Einsparungen für KMU durch mehr E-Government (Motion) – Mit E-Government könnten die Unternehmen jährlich Millionen von Franken an administrativem Aufwand einsparen. Die FDP-Liberale Fraktion fordert deshalb, dass die Realisierung von E-Government-Vorhaben, welche zur administrativen Entlastung der Unternehmen im Verkehr mit Verwaltungsstellen beitragen, massiv beschleunigt wird. Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine stärkere Führungsrolle des Bundes im Rahmen der gemeinsamen E-Government-Strategie des Bund und der Kantone.
- › Weniger Ärger für KMU mit amtlichen Statistiken (Motion) – Die FDP-Liberale Fraktion will den durch die amtlichen Statistiken bedingten administrativen Aufwand für die Unternehmen senken. Heute werden bei den Unternehmen mehrmals im Jahr durch verschiedene Bundesämter untereinander unkoordiniert Daten erhoben. Durch eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Bundesstellen und durch eine Überprüfung aller durchgeführten Erhebungen auf ihre Notwendigkeit sollen die Unternehmen weniger oft mit Formularen für die Statistiken behelligt werden.
- › Bürokratie bekämpfen bei der Lohnadministration (Motion) – Die Lohnadministration für die Unternehmen soll vereinfacht werden. Die FDP-Liberale Fraktion fordert eine entsprechende Vertiefung der Zusammenarbeit bei den Sozialversicherungen. Lohndaten sollen in Zukunft nur noch an einer Stelle eingereicht werden müssen.
- › Kostengünstige und unbürokratische Abwicklung von Zollverfahren auch für KMU (Motion) – Die FDP-Liberale Fraktion fordert, dass neben der gewerbsmässigen Lösung e-dec zur elektronischen Abwicklung der Zollverfahren zusätzlich auch für die KMU ein interaktives Internetportal geschaffen wird, damit diese ebenfalls ihre Daten direkt über das Internet an die EZV senden können.

7.1. Voranschlag 2011 / Voranschlag 2010. Nachtrag II / Finanzplan 2012 - 2014

Die Räte haben den **Voranschlag 2011** und den **Nachtrag 2010** genehmigt. Bei der Behandlung des Budgets 2011 gab es zwischen den beiden Kammern in diesem Jahr grosse Uneinigkeiten. Differenzen zwischen den Räten gab es insbesondere in den Bereichen Entwicklungshilfe, Milchzulagen, Personalkosten für die Geschäftsprüfungskommissionen und ETH-Budget. Der Nationalrat widersetzte sich der geplanten Aufstockung der Entwicklungshilfe um 134 Mio. Fr., forderte dafür gleichzeitig gegenüber der Bundesratsvorlage die Erhöhung der Milchzulagen um 45 Mio. Fr. Der Ständerat wollte keine Kürzung bei der Aufstockung der Entwicklungshilfe hinnehmen, sprach sich dafür aber gegen die Erhöhung der Milchzulagen aus. Nachdem der Nationalrat in seiner dritten Sitzung mit 97:79:5 Stimmen den Widerstand gegen eine Aufstockung der Entwicklungshilfe aufgab, schwenkte anschliessend der Ständerat mit 25:11 Stimmen bei seiner dritten Sitzung bezüglich Milchzulagen auf den Kurs des Nationalrates ein. Damit war der Voranschlag 2011 unter Dach und Fach.

Unter dem Strich steigt die Eidgenossenschaft nun mit einem budgetierten Defizit von 646 Mio. Fr. ins nächste Jahr. Dies sind 52 Mio. Fr. mehr als vom Bundesrat vorgeschlagen. Das Budget ist aber immer noch schuldenbremskonform. Einstimmig angenommen wurde zudem der **Nachtrag II zum Voranschlag 2010**, welcher 29 Kreditnachträge im Umfang von 206,1 Mio. Fr. umfasst.

Die Räte haben neben dem Voranschlag den **Finanzplan 2012-2014** zur Kenntnis genommen. Dieser zeigt, dass kein Grund zur Entwarnung vorliegt und ab 2012 strukturelle Defizite zwischen 400 und 600 Mio. Fr. pro Jahr drohen. Die FDP wird alles daran setzen, dass die vom Volk mit grosser Mehrheit verabschiedete Schuldenbremse auch für diesen Zeitrahmen eingehalten wird.

7.2. OR. Aktien- und Rechnungslegungsrecht

Rechnungslegungsrecht – Nachdem der Nationalrat in der Herbstsession die Revision des Rechnungslegungsrechts (**Entwurf 2**) unterbrochen hatte, verabschiedete die Grosse Kammer die Vorlage in der Wintersession mit 111:34 Stimmen. Der Entwurf sieht eine umfassende Revision des Rechnungslegungsrechts vor und schafft eine einheitliche Ordnung für alle Rechtsformen des Privatrechts. Die Anforderungen werden nach der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens differenziert. Die Vorlage enthält allgemeine Vorschriften, die auf alle buchführungs- und rechnungslegungspflichtigen Rechtsträger Anwendung finden. Sie widerspiegeln den Status quo der Buchführung und Rechnungslegung eines gut geführten KMU. Weitergehende Bestimmungen gelten für Grossunternehmen und Konzerne.

In der Detailberatung folgte der Nationalrat grösstenteils den Empfehlungen seiner Kommission für Rechtsfragen. Unter anderem wird eine Verbesserung betreffend Rechnungslegungsstandards vorgeschlagen. Gemäss Entwurf des Bundesrates hat die Konzernrechnungslegung zwingend nach den Vorgaben eines anerkannten Standards zur Rechnungslegung zu erfolgen, was für viele KMU hohe Kosten verursacht. Der Nationalrat will die Pflicht der Anwendung eines Standards für die Konzernrechnung auf folgende Unternehmen beschränken: Publikumsgesellschaften (wenn die Börse dies verlangt), Genossenschaften mit mindestens 2'000 Genossenschaftern und Stiftungen.

Revisionsrecht – Der Nationalrat folgte in der Herbstsession einem Einzelantrag von NR Otto Ineichen betreffend Schwellenwerte. Die Schwellenwerte in Artikel 727 OR zur Revisionspflicht sollen erhöht werden und bereits am 1. Juli 2011 in Kraft treten – zu diesem Zweck wurde der besagte Artikel aus der Vorlage herausgelöst und als **Entwurf 3** neu vorgelegt. Gemäss dieser Bestimmung müssen – neben Publikums- und Konzernrechnungspflichtigen Gesellschaften – auch Gesellschaften, welche zwei der folgenden Schwellenwerte in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten, eine ordentliche Revision vornehmen: Bilanzsumme von 20 Mio. Fr., Umsatzerlös von 40 Mio. Fr., 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt. Die Vorlage zur Revision des Rechnungslegungsrechts übernimmt diese Werte zur Definition von „grösseren Unternehmen“, welche zusätzlichen Anforderungen unterliegen. Der Bundesrat hatte in seinem Entwurf eine tiefere Schwelle (Bilanzsumme von 10 Mio. Fr., Umsatzerlös von 20 Mio. Fr. und 50 Vollzeitstellen) vorgeschlagen.

In der ersten Sessionswoche beschloss der Ständerat aus formellen Gründen einstimmig, nicht auf diesen Entwurf 3 einzutreten. Die Kleine Kammer erachtet die Schaffung einer neuen Teilvorlage als ungeeignet und will die Erhöhung der Schwellenwerte zusammen mit dem Rest der Vorlage zum Rechnungs-

legungsrecht behandeln. Zum materiellen Entscheid einer Erhöhung der Schwellenwerte hat sich der Ständerat nicht geäußert. Der Nationalrat hielt jedoch in der zweiten Sessionswoche an seinem Entscheid fest und sprach sich erneut mit 103:56:1 Stimmen für eine Abspaltung des Entwurfs 3 aus.

7.3. Pa.Iv. RK-SR. Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ und Regelungen zu „sehr hohen Vergütungen“

Corporate-Governance-Regelungen – Die Rechtskommission des Ständerats (RK-S) beschloss, die Beratungen zum direkten Gegenentwurf zur Minder-Initiative nicht aufzunehmen und arbeitete stattdessen einen neuen indirekten Gegenvorschlag (**Entwurf 1**) aus. Dieser wurde in der Wintersession im Ratsplenum beraten. Er will die Regelungen nicht in die Bundesverfassung, sondern in das Aktienrecht einfügen – die neuen Regelungen wären somit schneller wirksam. Inhaltlich nimmt der indirekte Gegenentwurf die meisten Forderungen der Initiative Minder auf, er ist jedoch flexibler und besser umsetzbar als die starren Regelungen der Volksinitiative. Der indirekte Gegenvorschlag ist jedoch noch verbesserungswürdig, weshalb Vertreter der FDP-Liberale Fraktion in der Ständerätlichen Beratung Einzelanträge einbrachten. Unter anderem sollte die Bestimmung zur Abstimmung über das Vergütungsreglement (Art. 731j) verbessert werden. Die Anträge blieben jedoch chancenlos, und der Ständerat verabschiedete den Entwurf einstimmig mit 36:0 Stimmen.

Das Geschäft geht nun in den Nationalrat. Die FDP wird sich bereits in den Kommissionsberatungen dafür einsetzen, dass die dringend notwendigen Verbesserungen in die Diskussion Eingang finden und umgesetzt werden.

Regelungen zu sehr hohen Vergütungen – Zusätzlich hat der Ständerat über ein Modell beraten, welches hohe Vergütungen als Tantiemen behandeln will (**Entwurf 2**). Es sieht vor, dass die Unternehmen auf Vergütungen von über drei Mio. Fr. eine Gewinnsteuer bezahlen. Diesen Vorschlag formulierte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats in einer Motion. Die Minderheit der RK-S um NR Rolf Schweiger beantragte ein auf börsennotierte Aktiengesellschaften beschränktes alternatives Modell, welches die gesellschaftsrechtlichen Aspekte des „Tantiemen-Modells“ teilweise berücksichtigt, jedoch keine steuerlichen Auswirkungen hat.

Nachdem die vorberatende Kommission ihrem Rat den Entwurf 2 des Bundesrates mit 7:6 Stimmen zur Annahme empfahl, stimmte auch der Ständerat mit 26:16 Stimmen zu, wobei einige Abweichungen vom Kommissionsvorschlag beschlossen wurden. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat. Die FDP-Liberale Fraktion wird sich weiterhin vehement gegen die Einführung eines Tantiemen-Modells einsetzen.

7.4. Pa.Iv. Kohler Pierre. Verbot von Pitbulls in der Schweiz. Entwurf 2. Differenzen

Après que le Conseil des Etats a campé sur ses positions et réitéré son refus d'attribuer aux cantons la compétence d'édicter des lois plus strictes et sa volonté de soumettre la détention de chiens potentiellement dangereux à autorisation, le projet de loi sur les chiens a dû passer en conférence de conciliation. La proposition de cette dernière, soit de suivre la position du Conseil des Etats, a été rejetée par le Conseil national par 95 voix contre 81 et 7 abstentions. Le Groupe libéral-radical du Conseil national, attaché au maintien des compétences des cantons et à la réduction de la bureaucratie, a rejeté la proposition de la procédure de conciliation par 23 voix contre 4. Le projet de loi est donc enterré. Il n'y aura pas de loi fédérale sur les chiens.

7.5. 6^{ème} révision de l'assurance-invalidité. Révision 6a

Le Conseil national s'est penché sur le **premier volet de la 6^{ème} révision de l'assurance-invalidité** (révision 6a) et l'a adopté par 115 voix contre 63, avec le soutien unanime du Groupe libéral-radical. Ce dernier comprend des mesures qui contribuent à la consolidation financière de l'assurance avec une révision des rentes axée sur la réadaptation, un nouveau mécanisme de financement, une baisse des prix dans le domaine des moyens auxiliaires et une contribution d'assistance afin de favoriser l'autonomie et la responsabilité des personnes handicapées.

Le Conseil national s'est en de nombreux points rallié à la version du Conseil des Etats. Ainsi, il a décidé par 116 voix contre 63 que les rentes attribuées avant 2008 en raison de troubles douloureux sans cause

organique devront être réexaminées dans les trois ans après l'entrée en vigueur de la loi. De leur côté, les impotents qui vivent à la maison devraient recevoir une contribution d'assistance de 30 fr. par heure. Le National a soutenu ce nouvel instrument qui s'ajoutera aux autres allocations. Il a refusé par 106 voix contre 78 de l'utiliser pour dédommager le soutien fourni par un parent. Cette dernière proposition, rejetée à l'unanimité par le Groupe libéral-radical aurait coûté 10 à 20 millions de fr. par an. Enfin, par 114 voix contre 74, le Conseil national a refusé de contraindre les entreprises à employer 1% de personnes handicapées comme le désirait la majorité de sa commission. Le PLR se félicite du rejet de l'introduction d'un système de quotas. En effet, l'expérience internationale nous montre que les quotas n'ont en aucun cas permis d'atteindre les objectifs et qu'ils stigmatisaient bien plus les personnes handicapées.

Le PLR soutient cette réforme juste et nécessaire permettant des économies de 500 millions de fr. par an et espère une rapide entrée en vigueur. En effet, la situation financière de l'AI n'a cessé de se détériorer ces dernières années : sa dette à l'égard de l'AVS devrait à fin 2010 atteindre 15 milliards de fr. pour un déficit annuel de 1,1 milliard de fr.

7.6. Loi sur l'assurance-maladie. Révision partielle. Managed-Care

Le Conseil des Etats s'est penché sur le **projet de réseaux de soins intégrés**. Le Conseil des Etats s'est en de nombreux points rallié à la position du National, notamment en ce qui concerne l'affinement de la compensation des risques proposée par les membres PLR de la commission du national. Cependant, le Conseil des Etats a, par 21 voix contre 14, refusé de contraindre les assureurs à offrir des modèles d'assurance prévoyant l'intégration à un réseau de soins. Selon ce dernier, les caisses maladie doivent rester libres d'offrir de tels modèles. Les personnes qui se tournent vers les réseaux de soins intégrés devraient être en effet favorisées par une réduction de leur participation aux coûts. Sur ce point, le Conseil des Etats s'est montré plus généreux que le Conseil national. Ainsi, les personnes affiliées à ce type d'assurance ne devraient participer aux frais qu'à raison de 5%, avec un maximum 500 fr.. La quote-part des autres assurés se monterait en revanche à 15% ou 1000 fr. au plus. Le Conseil national avait quant à lui, lors de la session d'été 2010, choisi de maintenir le taux actuel de la quote-part (10%) pour les assurés liés à un réseau et de l'augmenter à 20% pour les autres.

Ensuite, le Conseil des Etats veut autoriser le gouvernement à adapter les montants maximaux de la quote-part en fonction de l'évolution des coûts de l'assurance maladie. Enfin, par 19 voix contre 15, le Conseil des Etats a estimé qu'une augmentation des primes supérieure à la moyenne ne devrait plus compter parmi les critères permettant de résilier le contrat avant terme, contrat pouvant durer jusqu'à trois ans. Contrairement au Conseil national, la majorité n'a autorisé les changements qu'en cas de modification importante des conditions d'assurance ou lorsque les prestations sont clairement inférieures à la qualité requise.

Le PLR soutient cette réforme offrant un grand potentiel d'économies en s'attaquant à la racine du problème : l'augmentation des coûts de la santé.

7.7. Postgesetz / Organisation der Schweizerischen Post. Bundesgesetz

Der Ständerat hat entschieden, dass der **Postmarkt** vorerst nicht vollständig liberalisiert wird. Der Ständerat ist auf die Linie des Nationalrates eingeschwenkt und hat beschlossen, das **Restmonopol der Post** auf dem Versand von Briefen bis zu 50 Gramm vorläufig nicht aufzuheben. Die Räte wollen aber keinen absoluten Liberalisierungsstopp. Sie haben beschlossen, dass der Bundesrat drei Jahre nach Inkrafttreten des revidierten Postgesetzes die Lage neu beurteilen soll.

Am meisten diskutiert wurde aber nicht die Marktöffnung, sondern die indirekte staatliche Presseförderung. Der Nationalrat hatte beschlossen, dass von der indirekten staatlichen Presseförderung nur Zeitungen profitieren, die nicht einem Kopfblattverbund mit einer Gesamtauflage von über 100'000 Exemplaren angehören. Der Ständerat hat in der Differenzvereinbarung zum Postgesetz diesem Vorschlag des Nationalrats zugestimmt. Die Subventionen für die Zustellung der Zeitungen durch die Post betragen damit jährlich 50 Mio. Fr.. 30 Mio. gehen an die Regional- und Lokalpresse, 20 Mio. an die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse.

In der Schlussabstimmung nahm der Nationalrat das Postgesetz mit 154:24:16 (2:18:13) und der Ständerat mit (36:6:1) an; das Postorganisationsgesetz mit 100:75:19 (RL 4:15:14) und im Ständerat mit 28:4:11. Die FDP hat sich vergeblich für eine Reform der Post eingesetzt, die im Sinne aller wäre: der Post, die gerne ihr Angebot wirtschaftlicher ausgestalten möchte, ohne lästige Auflagen der Politik: Für in- und ausländische Investoren, die mit attraktiven Produkten und Dienstleistungen in einen neuen Markt einsteigen wollen; für Konsumenten, die sich viele Anbieter mit grosser Auswahl wünschen, lange Öffnungszeiten auch am Samstag und günstige Preise; noch dazu postalische Angebote, die überall und in guter Qualität verfügbar sind. Ohne Reformen, insbesondere bei der Marktöffnung und bei der Definition des service public, wurde diese Chance vertan. Die Post erhält mit dem Postorganisationsgesetz unternehmerische Freiheit zum Nulltarif (keine Marktöffnung).

7.8. Vereinigte Bundesversammlung

Vereidigungen – Im Nationalrat haben am 29. November 2010 drei neue Mitglieder den Eid abgelegt. **Der freisinnige Berner Peter Flück folgt auf den in den Bundesrat gewählten Johann Schneider-Ammann.** Er ist 53 Jahre alt und von Beruf Sanitärplaner. Die 46-jährige Baselbieterin Elisabeth Schneider, Vertreterin der CVP, Juristin und Gemeindeverwalterin, übernimmt den Sitz der zurückgetretenen Kathrin Amacker. Der 37-jährige Jurist Sebastian Frehner, SVP-Vertreter aus Basel-Stadt, tritt die Nachfolge des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Jean-Henri Dunant an.

Wahlen – National- und Ständerat haben am 29. November 2010 ihre Präsidien neu besetzt: **Der Walliser Freisinnige Jean-René Germanier ist neu höchster Schweizer**, er löst die Aargauer SP-Vertreterin Pascale Bruderer ab. Der Urner Christlichdemokrat Hansheiri Inderkum ist neu Vorsitzender des Ständerates und somit Nachfolger der abtretenden Erika Forster (SG, FDP). Zudem wurde **Hans Altherr (Appenzell Ausserrhoden, FDP)** sowie Filippo Lombardi (Tessin, CVP) zu den **Vizepräsidenten des Ständerates gekürt.**

Präsidium und Vizepräsidium des Bundesrates – Am 8. Dezember 2010 hat die Vereinigte Bundesversammlung Micheline Calmy-Rey (SP, GE) zur Bundespräsidentin 2010/2011 sowie Eveline Widmer-Schlumpf (BDP, GR) zur Vizepräsidentin 2010/2011 des Bundesrates gewählt.

Richterwahlen – Der derzeitige **Präsident des Bundesgerichts**, Lorenz Meyer (BE, SVP), ist für die nächsten zwei Jahre in seinem Amt mit 218 von 219 gültigen Stimmen bestätigt worden. Zum **Vizepräsidenten** des höchsten Gerichts wurde mit 208 Stimmen Gilbert Kolly (FR, CVP) gewählt. Zudem wurde mit 207 Stimmen David Glassey (VS, CVP) zum neuen **Richter am Bundesstrafgericht** in Bellinzona gewählt.

7.9. Geschäfte beider Räte

Rüstungsprogramm 2010 – Der Nationalrat hat ein grösseres Rüstungsprogramm beschlossen als der Ständerat. Im Gegensatz zum Ständerat wollte der Nationalrat die zusätzlichen 70 gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeuge nicht im Rüstungsprogramm kompensieren. Für die FDP widerspiegelte das Rüstungsprogramm den Stand der Debatte zur Armee und Sicherheitspolitik: Stillstand. Die Beschaffung der Rüstungsgüter hat keine präjudizierende Wirkung auf die künftige Ausgestaltung der Armee. Die FDP stimmte dem Programm zu, um zumindest bei dieser Baustelle der Armee für eine gewisse Verlässlichkeit zu sorgen. Mit 117:37 (RL 30:0) stimmte der Nationalrat dem Rüstungsprogramm zu.

Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für die Jahre 2011/12 – Statt 3,322 Milliarden Franken sollen die SBB 2011 und 2012 3,462 Milliarden Fr. in den Unterhalt und in kleinere Ausbauten in das Netz investieren. Entgegen dem Willen der FDP stimmte der Nationalrat mit 110:67:6 (RL 10:20:2) diesem Beschluss zu. Der Ständerat war ursprünglich dagegen, stimmte aber in der Bereinigung für die Erhöhung der Mittel. Für die FDP war dies keine gute Entscheidung, da er dem Prinzip widerspricht, dass neue Ausbauten des Bahnnetzes nur in Auftrag gegeben werden sollten, wenn sie auch finanziert sind. Das ist bei den geplanten Investitionsprojekten der SBB nicht überall der Fall. Damit wird ein Finanzloch gestopft indem ein anderes geöffnet wird, nämlich der FINÖV. Damit öffnet sich die Schere zwischen notwendigen Investitionen und verfügbaren Mitteln weiter. Nachdem bei der SBB finanzpolitisch der Sündenfall begangen wurde, zog die FDP in der Folge ihren Minderheits-

antrag zur Ablehnung der Aufstockung von 88 Mio. für die Privatbahnen zurück, da es keinen Sinn gemacht hätte, bei den Privatbahnen konsequent zu sein, nachdem man für die SBB zusätzliche Mittel gesprochen hat.

Pa.Iv. Robbiani. Finanzierung von Institutionen für Behinderte – Le Conseil des Etats a tacitement rejeté une initiative parlementaire du National portant sur le financement d'institutions pour handicapés, seuls deux projets étant encore concernés au Tessin. Le Conseil national souhaitait en effet accorder un sursis à des projets de construction d'institutions pour handicapés ayant perdu leur garantie de subvention de l'AI avec l'entrée en vigueur de la péréquation financière.

7.10. Geschäfte des Nationalrats

Gegenentwurf zur Offroader Initiative – Entsprechend dem DV-Beschluss der FDP vom 16. Juni 2010 soll der CO₂-Ausstoss von Autos gesenkt werden. Der Nationalrat stimmte mit 105:65 (RL 20:6) dafür, der Offroader-Initiative einen Gegenentwurf gegenüberzustellen. Dieser sieht vor, dass der durchschnittliche CO₂-Ausstoss von Neuwagen ab 2015 auf 130 Gramm pro Kilometer zu reduzieren ist. Wird der Zielwert überschritten, müssen die Autohändler Bussen bezahlen.

Beschluss zu Agrarfreihandel – Das Parlament soll einen Grundsatzbeschluss betreffend die Verhandlungen der Schweiz mit der EU und der WTO zum Agrarfreihandel fassen. Dieser Beschluss soll klare Vorgaben machen und den Bauern Sicherheit bieten. Der NR hiess eine entsprechende parlamentarische Initiative des Berner SVP-Vertreters Rudolf Joder gut.

Mehrwertsteuer-Einheitssatz - Teil B der MWST-Revision – Der Nationalrat hat die Vorlage B der MWST-Revision an den Bundesrat zurückgewiesen. Die grosse Kammer erteilte dabei der Regierung mit 106:62 Stimmen den Auftrag, ein System mit zwei Steuersätzen auszuarbeiten, unter Beibehaltung eines guten Dutzend der heute 29 Ausnahmen. Die FDP, welche sich als einzige Partei für den Einheitssatz und die Abschaffung der meisten Ausnahmen einsetzte, ist über dieses Resultat sehr enttäuscht. Der Nationalrat hat eine riesige Chance für eine wirkungsvolle Vereinfachung der Mehrwertsteuerabrechnung vergeben. Leidtragende sind die Unternehmen in der Schweiz. Ihnen bleibt weiterhin der riesige bürokratische Aufwand der MWST-Abrechnung. Der Einheitssatz und die Abschaffung der Ausnahmen hätten die administrativen Kosten jährlich um 300 Mio. Franken gesenkt sowie das Wirtschaftswachstum und die Kaufkraft der Privathaushalte gestärkt. Die vom Nationalrat verlangte Variante dagegen zementiert die heutigen Probleme und vergrössert die Verzerrungen noch.

Regulierung der Bücherpreise – National- und Ständerat sind sich bei der Buchpreisbindung noch immer nicht einig. Zwar haben beide Räte grundsätzlich vor langer Zeit entschieden, die Buchpreisbindung wieder einzuführen. Umstritten ist jedoch vor allem, ob die verbindlichen Preise auch für im Internet bestellte Bücher gelten sollen. In der vergangenen Frühjahrsession beschloss die Kleine Kammer, Internethändler in der Schweiz sowie im Ausland von der Buchpreisbindung auszunehmen. Der Nationalrat hat nun mit 106:73:3 Stimmen Ausnahmen für den Internethandel abgelehnt. Die FDP lehnt die Wiedereinführung der Buchpreisbindung ab. Deren Wiedereinführung wäre ein schwerwiegender Eingriff in die Wettbewerbspolitik, indem ein Preiskartell staatlich sanktioniert würde.

Schutzwahl gegen Giganer – Mit einer Interpellation hat die FDP als erste das Parlament auf den Handlungsbedarf von bis zu 25m langen Fahrzeugkombinationen mit einem Maximalgewicht von 60 Tonnen aufmerksam gemacht. Nun hat der Nationalrat einer Motion des Ständerats zugestimmt, die maximale Länge von Lastwagen von 18.75m auf Gesetzesstufe zu fixieren. Damit dürfte zu den Giganern vorläufig das letzte Wort gesprochen sein.

Finanzielle Mittel für die Landwirtschaft 2012 und 2013 – Der Nationalrat hat in der Wintersession als Erstrat über die Zahlungen des Bundes an die Landwirtschaft für die Jahre 2012 und 2013 diskutiert. Die grosse Kammer beschloss dabei, die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft gegenüber der Vorlage des Bundesrates um 130 Mio. Franken auf gesamthaft 6728 Mio. Franken zu erhöhen. Er macht damit dauerlicherweise die im Konsolidierungsprogramm 2012 bis 2013 vorgesehenen Sparmassnahmen wieder rückgängig.

Réserves dans l'assurance obligatoire des soins – Le Conseil national a adopté tacitement une motion de sa commission de la santé et de la sécurité sociale demandant au Conseil fédéral de prendre des

mesures pour résoudre le problème des réserves dans l'assurance maladie. Didier Burkhalter a promis d'agir sans attendre.

Caisse nationale publique d'assurance-maladie – Le Conseil national a, grâce à l'opposition unanime du Groupe libéral-radical, refusé par 104 voix contre 53 de donner suite à une initiative parlementaire du PS pour une caisse maladie unique.

IWF-Kredite – Im Nationalrat war die Rede von einem Kredit von zehn Milliarden Dollar für den Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser Kredit sollte Teil des IWF-Schutzschirms für kriselnde Euro-Staaten sein. Der Bundesrat hatte beantragt, den Kredit noch in dieser Wintersession zu behandeln. Wenn der Kredit nicht jetzt gutgeheissen werde, bestehe die Gefahr, dass die Schweiz den ganzen IWF-Schutzschirm für die Euro-Staaten blockiere. Ein Mehrheit aus SVP und Linken lehnte es gegen den Willen der FDP-Liberale Fraktion ab, über den Kredit zu diskutieren.

7.11. Geschäfte des Ständerats

Pädophilie / sexueller Missbrauch / Vergewaltigung. Vorstösse – Verschiedene parlamentarische Vorstösse, welche in der Sommersession im Nationalrat angenommen wurden, lehnte der Ständerat in dieser Session ab:

- › Mo. Nationalrat (Rickli Natalie). Schaffung eines nationalen Registers für vorbestrafte Pädophile
- › Pa.IV. Rickli Natalie. Register für Pädophile, Sexual- und schwere Gewaltstraftäter
- › Mo. Nationalrat (Rickli Natalie). Erhöhung des Strafmasses bei Vergewaltigungen
- › Mo. Nationalrat (Rickli Natalie). Höheres Strafmass bei Vergewaltigung von Kindern unter 12 Jahren

Die Motion von Josiane Aubert zum „Schutz des Kindes vor Misshandlung und sexuellem Missbrauch“ wurde mit einer Änderung gutgeheissen. Schliesslich folgte der Ständerat dem Erstrat im Falle einer Motion von Margret Kiener Nellen („Unmündige Sexarbeiterinnen und -arbeiter. Strafbare Freier“) und nahm diese ebenfalls an.

Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates über die Cyberkriminalität – Der Ständerat hat als Erstrat der Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats über die Cyberkriminalität zugestimmt. Das am 1. Juli 2004 in Kraft gesetzte Übereinkommen ist die erste und bisher einzige internationale Konvention, die sich mit Computer- und Netzwerkkriminalität befasst. Die Vertragsstaaten werden verpflichtet, ihre Gesetzgebung den Herausforderungen neuer Informationstechnologien anzupassen. Der Ständerat hat den Entwurf des Bundesrates einstimmig und ohne Diskussion angenommen. Somit geht das Geschäft an den Nationalrat.

Loi sur l'encouragement du sport – Le Conseil des Etats a adopté à l'unanimité la loi sur l'encouragement du sport. Contrairement au Conseil national cependant, il a refusé d'inscrire dans la loi un minimum de trois leçons hebdomadaires de gymnastique à l'école obligatoire, estimant cette question de la compétence des cantons. Le Conseil des Etats s'est ainsi rallié à la position défendue par le Groupe libéral-radical du Conseil national qui s'était opposé à une telle inscription par 20 voix contre 4. L'objet retourne à la commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national.

RPG. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Flankierende Massnahmen zur Aufhebung des BewG – Die neuen Regeln für den Zweitwohnungsbau sind parlamentarisch unter Dach und Fach gekommen. Mit 136:59 (RL 31:2) Stimmen bei 1 Enthaltung (Nationalrat) und 42:0 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) erfolgte eine Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung, mit welcher die Räte den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland geregelt haben. Es ist der indirekte Gegenvorschlag zur Initiative "Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen". Darüber hinaus bildet es die flankierenden Massnahmen zur Abschaffung der Lex Koller über den Verkauf von Grundstücken an Personen im Ausland. Das neue Gesetz verpflichtet zu einem ausgewogenen Verhältnis von Erst- und Zweitwohnungen und zu Massnahmen, um es zu erreichen. Dazu gehört die Einschränkung des Zweitwohnungsbaus, die Förderung der Hotellerie und kostengünstiger Erstwohnungen sowie die bessere Auslastung der Zweitwohnungen.

Sicherheitspolitischer Bericht – Der Ständerat hat den Sicherheitspolitischen Bericht zur Kenntnis genommen. Für die FDP fehlen im Bericht die Weichenstellungen, wie die im Bericht genannten Sicherheitspolitischen Herausforderungen angegangen werden, auf welche Ressourcen wir zählen können, und welche Rolle dabei unsere Milizarmee übernimmt. Dazu gehört auch die Frage, welche Rolle die Außenpolitik übernimmt. Dazu gehört die Frage, worin unsere Sicherheitsinteressen bestehen und wo sie gefährdet sind. Nach welchen Kriterien will der Bundesrat sich für oder gegen bestimmte Auslandseinsätze entscheiden? Welche Strategie haben wir, um unser Verhältnis zu einer aktiven europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu definieren. Dies hat die FDP in ihrer Vernehmlassung Bericht gefordert.

SBB-Pensionskasse – Der Bund soll einen Beitrag von 1.145 Milliarden Fr. an die Sanierung der SBB-Pensionskasse leisten. Als Erstrat hat der Ständerat die Vorlage zur Sanierung der SBB-Pensionskasse einstimmig (bei einer Enthaltung) angenommen. Dieser Entscheid widerspricht der Position der FDP, dass Sanierung der Pensionskasse nicht mit Steuermitteln durch den Bund erfolgen soll. Als Teilerfolg kann für die FDP gewertet werden, dass trotz des grossen Beitrags des Bundes an die SBB der Hauptteil der Sanierung die SBB und das Personal tragen. Die SBB hat bereits 2,5 Milliarden Fr. an die Sanierung der Pensionskasse bezahlt. Von den Beiträgen der heutigen Angestellten geht ein Viertel an die Sanierung.

Einlegerschutz – Nach dem Ständerat hiess in dieser Session auch der Nationalrat die Dringlichkeitsklausel für die Verlängerung des Einlegerschutzes im Bankengesetz bis 2012 einstimmig gut. Der verbesserte Einlegerschutz bei Bankenpleiten war 2008 im Gefolge der Bankenkrise als Sofortmassnahme eingeführt worden, befristet bis 2010. Insbesondere wurde dabei die Höhe der geschützten Einlagen von 30'000 auf 100'000 Franken angehoben. Der Ständerat hat sich als Erstrat mit dem zweiten Teil der Vorlage, der Überführung der Sofortmassnahmen ins Dauerrecht befasst. Er stimmte der Vorlage des Bundesrates mit zwei kleinen Änderungen einstimmig zu: Erstens will der Ständerat, dass die FINMA bei der Anerkennung ausländischer Konkurs- und Insolvenzdekrete stets Gegenrecht einfordern muss. Zweitens nahm der Ständerat einen Antrag des Zuger FDP-Ständerates Rolf Schweiger an, welcher die Rechtssicherheit im Bereich der Verrechnung („Netting“) zum Schutz von Swap-Geschäften stärkt.

Nationalgestüt in Avenches VD – Der Ständerat ist gegen den Rückzug des Bundes vom Nationalgestüt in Avenches VD. Die kleine Kammer stimmt mit 29:4 Stimmen, zum Bedauern der FDP, einer Motion zu, welche vom Bund die Weiterführung der finanziellen Unterstützung und Betreuung des Gestüts verlangt. Der Bundesrat wollte mit dem Rückzug ab 2012 jährlich 7 Mio. Fr. sparen. Die Massnahme ist Teil des Konsolidierungsprogramms 2012 bis 2013, welches in den genannten Jahren Einsparungen von ca. jährlich 1.5 Mrd. vorsieht. Die FDP bedauert diesen Entscheid. Die integrale Umsetzung des Konsolidierungsprogramms ist nötig, um in der Zukunft die Verletzung der Schuldenbremse zu verhindern.

Personenfreizügigkeit – Der Bundesrat muss sich verstärkt dafür einsetzen, dass Schweizer Unternehmen ihre Dienstleistungen im Rahmen der Personenfreizügigkeit ausser Landes ohne Hindernisse und Benachteiligungen anbieten können. Der Ständerat überwies eine Motion aus dem Nationalrat. Der Bundesrat hat demnach bei den gemischten Ausschüssen und auch bei den Regierungen der betroffenen Länder zu intervenieren.

BVG. Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen – Les chambres ont, après plusieurs passes d'armes, mis sous toit lundi la révision de la loi sur la prévoyance professionnelle concernant les institutions de prévoyance du droit public. Cette réforme structurelle impose aux cantons et aux communes de redresser les finances de leurs caisses de pension. Il a toutefois été renoncé à leur imposer une recapitalisation intégrale. Ils auront ainsi 40 ans pour atteindre un degré de couverture de 80%.

Administrative Entschlackung des BVG – Suivant la proposition du Conseil fédéral, le Conseil des Etats a approuvé une motion chargeant le Conseil fédéral de procéder à une révision de la loi sur la prévoyance professionnelle (LPP) visant à la simplifier. L'objectif visé par cette dernière est de garantir que le deuxième pilier reste compréhensible pour des non-initiés, d'aboutir à la plus grande transparence possible pour les assurés et de diminuer les frais administratifs en augmentant la concurrence entre autres mesures. Le Conseil fédéral a pour sa part déjà reconnu la nécessité d'agir et pris les mesures nécessaires. Il prépare un rapport exhaustif sur la situation de la prévoyance professionnelle.

Kantonale Initiative Basel-Land für den Verzicht auf Kernkraftwerke. Mit 24:11 Stimmen hat der Ständerat die Initiative von Basel-Land abgelehnt, die den Verzicht auf Kernkraftwerke fordert. Für die FDP war in diesem Zusammenhang wichtig zu betonen, dass das Prinzip, wonach in der Schweiz keine Energiequelle ausgeschlossen wird, beizubehalten ist.

7.12. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Leit- und Koordinationsstelle im Bereich der Cyber-Bedrohung (Postulat) – Die FDP-Liberale Fraktion fordert den Bundesrat mit einem Postulat (Sprecher NR Kurt Fluri) auf zu prüfen, ob und wie innerhalb des Bundes eine Leit- und Koordinationsstelle im Bereich der Cyber-Bedrohung bestimmt werden müsste. Nach verschiedenen aktuellen Ereignissen erscheint fraglich, ob die gegenwärtige Zuteilung von Verantwortlichkeiten innerhalb der Verwaltung genügt, um Cyberattacken abzuwehren und die internationale Zusammenarbeit zu garantieren.

AHV. Schuldenbremse (Parlamentarische Initiative) – Die 11. AHV-Revision wurde von einer unheiligen Allianz versenkt. Als nächstes soll eine umfassende Reform angepackt werden. Diese wird aber einige Jahre politischer Beratung beanspruchen. Bis dann wird die AHV ins Defizit fallen und ein finanzpolitischer Absturz droht. Die FDP. Die Liberalen fordert deshalb die rasche Einführung einer Schuldenbremse. Sie verschafft dem Parlament Zeit, bei drohenden Defiziten Reformen geordnet zu beschliessen und verhindert Defizitwirtschaft und Schuldenberge bei der AHV.

65/65 (Parlamentarische Initiative) – Le refus de la 11^{ème} révision de l'AVS par l'alliance contre-nature est une menace. Des mesures doivent être rapidement prises afin de pérenniser l'AVS. Celle proposée permettra des économies de l'ordre de 800 millions de francs par an. Elle est juste et équitable; l'égalité entre hommes et femmes doit également correspondre à un traitement identique dans les règles liées aux retraites. L'égalité implique droits et responsabilités

7.13. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 17 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Wintersession abgeschlossen.

- › Nein sagten die Räte zum Bundesbeschluss über den Schutz des Menschen vor Tieren, und zwar mit 122:54 Stimmen bei 20 Enthaltungen (Nationalrat) beziehungsweise 30:3 Stimmen bei 10 Enthaltungen (Ständerat).

Parlamentarisch unter Dach kamen:

- › mit 114:72 Stimmen bei 10 Enthaltungen (Nationalrat) und 32:2 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Ständerat) das Bundesgesetz für kommerziell angebotene Risikoaktivitäten und das Bergführerwesen;
- › mit 135:59 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 33:4 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen;
- › mit 136:59 Stimmen bei 1 Enthaltung (Nationalrat) und 42:0 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) eine Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung, mit welcher die Räte den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland geregelt haben;
- › mit 191:0 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) und 39:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Bundesversammlung bei der Steuerung der verselbständigten Einheiten;
- › mit 141:49 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Nationalrat) und 30:5 Stimmen bei 8 Enthaltungen (Ständerat) eine Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG), mit welcher die Räte die Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften geregelt haben;
- › mit 191:0 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) und 41:1 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes, mit der die Räte erreichen wollen, dass Fahren ohne Führerausweis härter bestraft wird;

- › mit 154:24 Stimmen bei 16 Enthaltungen (Nationalrat) und 36:6 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) eine Änderung des Postgesetzes, mit welcher festgeschrieben wird, dass die Post ihr Restmonopol vorderhand behält;
- › mit 100:75 Stimmen bei 19 Enthaltungen (Nationalrat) und 28:4 Stimmen bei 11 Enthaltungen (Ständerat) das Postorganisationsgesetz, das die Umwandlung der Post von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine Aktiengesellschaft vorsieht;
- › mit 187:1 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Nationalrat) und 40:0 bei 3 Enthaltungen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen;
- › mit 191:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 43:0 Stimmen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Vertrags zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die Umweltabgabe im Fürstentum Liechtenstein;
- › mit 138:44 Stimmen bei 11 Enthaltungen (Nationalrat) und 33:8 bei 1 Enthaltung Stimmen (Ständerat) das Bundesgesetz über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen;
- › mit 180:12 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Nationalrat) und 43:0 Stimmen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Genehmigung der Schweizer Teilnahme an der internationalen Forschungsinfrastrukturanlage "European XFEL";
- › mit 184:5 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Nationalrat) und 43:0 Stimmen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Auferlegung der Kosten für die Behandlung zweier Amtshilfegesuche des Internal Revenue Service der USA auf die UBS;
- › mit 194:0 Stimmen (Nationalrat) und 43:0 Stimmen (Ständerat) eine Änderung des Bundesgesetzes über Banken und Sparkassen zur Sicherung der Einlagen;
- › mit 147:42 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) und 35:4 bei 4 Enthaltungen Stimmen (Ständerat) eine Änderung des Bundesgesetzes über die SBB, mit welcher die Räte die Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur für die Jahre 2011-1012 festgelegt haben;
- › mit 179:9 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) eine Änderung des Geschäftsreglements des Nationalrates zur Behandlung von bekämpften Vorstössen.

Nahestehende Organisationen

8. FDP. Frauen Schweiz

Irene Thalmann, Präsidentin a.i. und Carmen Walker Späh, Präsidentin FDP Frauen Schweiz

8.1. Rücktritt Präsidentin Jacqueline de Quattro (VD)

Im Juni 2010 mussten wir leider den Rücktritt von unserer Präsidentin Jacqueline de Quattro zur Kenntnis nehmen. Die Arbeitsbelastung als Vorsteherin des Sicherheits- und Umweltschutzdepartementes des Kantons Waadt nahm stetig zu, weshalb es Jacqueline de Quattro nicht mehr möglich war, den FDP Frauen Schweiz weiterhin als Präsidentin vorzustehen. Wir danken an dieser Stelle Jacqueline de Quattro ganz herzlich für Ihre grosse Arbeit zu Gunsten der FDP Frauen Schweiz und wünschen ihr für die Zukunft nur das Beste. Unter der Leitung der Präsidentin a.i. Irene Thalmann, wurde unverzüglich eine Findungskommission für die Wahl einer neuen Präsidentin eingesetzt. Die Findungskommission konnte mit Kantonsrätin Carmen Walker Späh z.Hd. der a.o. GV vom Oktober eine valable Kandidatin präsentieren.

8.2. Bundesratswahlen – Kandidatur von RR Karin Keller-Sutter

Die FDP Frauen forderten im Sommer unmissverständlich eine FDP-Frauenkandidatur für die Nachfolge von BR Hans Rudolf Merz. Das Präsidium nahm unverzüglich mit valablen Kandidatinnen Kontakt auf und konnte mit Stolz am 20. August die St. Galler RR Karin Keller-Sutter für die Nachfolge von BR Merz portieren. RR Karin Keller-Sutter hat einen überzeugenden Wahlkampf geführt. Leider haben wir das Ziel verfehlt, nach 21 Jahren endlich wieder eine FDP-Bundesrätin zu stellen. Wir danken RR Karin Keller-Sutter ganz herzlich für ihren engagierten Wahlkampf und BR Johann Schneider-Ammann gratulieren wir zur Wahl. Die FDP Frauen Schweiz freuen sich auf eine enge Zusammenarbeit.

8.3. Ja zur Revision der Arbeitslosenversicherung

Im Auftrag des Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft haben die FDP Frauen Schweiz eine nationale Frauen-Dachkampagne zur ALV-Revision geführt. Wir dürften dabei auf die Unterstützung der GLP, BDP, SVP und CVP zählen. Unsere erfolgreiche Kampagne wurde mittels Gründung eines nationalen Frauenkomitees, Leserbriefzuschriften, Inserate, Medienmitteilungen usw. geführt. Die FDP Frauen Schweiz sind stolz mit ihrer Kampagne zum guten Abstimmungsresultat von 53,4% JA-Stimmen beigetragen zu haben.

8.4. Wahl der neuen Präsidentin

An der ausserordentlichen GV vom 2. Oktober in Zürich wurde die Zürcher Kantonsrätin Carmen Walker Späh, auf Empfehlung der Findungskommission, einstimmig zur neuen Präsidentin der FDP Frauen Schweiz gewählt. Frau Walker Späh machte sich als gradlinige, engagierte und pragmatische Politikerin einen Namen und ist mit den Anliegen der FDP Frauen sehr verbunden. Die bisherige Präsidentin a.i. Irene Thalmann übernimmt neu das 1. Vizepräsidium, Petra Studer wurde zur 2. Vizepräsidentin gewählt und mit zwei Vertreterinnen aus der Westschweiz, Frau Christine Winkler (VD) und Frau Florence Schürch (GE), wurde der Vorstand ergänzt. Damit können die FDP Frauen mit einem motivierten Team das Wahljahr 2011 beginnen.

8.5. Nein zur SP-Steuerinitiative / JA zum Gegenentwurf Ausschaffungsinitiative

Die FDP Frauen Schweiz haben einen engagierten Abstimmungskampf bei diesen beiden Vorlagen geführt. Bei der SP-Steuerinitiative durften wir im Auftrag der economiesuisse wiederum eine Frauenkampagne leiten. Einmal mehr drohte für den Mittelstand Gefahr mit zusätzlichen Steuern bestraft zu werden. Mit einem deutlichen Ergebnis von 58,5% Nein-Stimmen wurde die SP-Steuerinitiative verworfen.

8.6. Bürokratiestopp bei Kinderbetreuung

Die FDP, Die Liberalen und die FDP Frauen lehnen in der Vernehmlassung auch die überarbeitete Kinderbetreuungsverordnung ab. Die geforderte Lockerung wurde nur oberflächlich umgesetzt. Die FDP fordert, die Tageseltern von der Bewilligungspflicht zu befreien. Privat organisierte Kinderbetreuung soll gefördert und nicht verhindert werden. Die Eltern - und nicht der Staat – sollen selbstständig und verantwortungsbewusst entscheiden können, wie und von wem ihre Kinder betreut werden. Die FDP fordert einen Bürokratie-Stopp bei der Kinderbetreuung!

8.7. Vorbereitung Wahlen 2011

Anlässlich verschiedener Sitzungen und einer Klausurtagung haben sich die Geschäftsleitung und die Präsidentinnenkonferenz der FDP Frauen Schweiz intensiv mit den Wahlen 2011 auseinandergesetzt. Wir sind überzeugt mit unserem engagierten Wahlkampf zum Wahlerfolg der FDP Schweiz im Oktober 2011 beitragen zu können. FDP Frauen Schweiz – Frauen wählen! **Aus Liebe zur Schweiz.**

9. Jahresbericht Service Public

Beat Schlatter, Präsident a.i.

Mit der Generalversammlung vom 5. November 2009 begann eigentlich ein neuer Start für unsere Idee und unsere „Vereinigung“ konnte doch darüber informiert werden, dass sich der Vorstand der Vereinigung ein Strategiepapier/Leitbild gegeben hat und seine Aktivitäten in Zukunft daraufhin ausrichtet.

Ebenso wurde an der Generalversammlung der Name der Vereinigung geändert. Einstimmig beschloss die Versammlung, dass der neue Name der Namensänderung der FDP Schweiz angepasst und ebenfalls modernisiert werden sollte. Neu nennt sich unsere Organisation FDP.Die Liberalen Service Public.

Intern hatte unsere Vereinigung, das Vorstandsjahr 2010 hatte noch kaum begonnen, den für alle sehr kurzfristigen und unerwarteten Rücktritt des Präsidenten zu verkraften. Aus beruflichen Gründen musste Marcel Paolino diese Amt leider bereits im Februar 2010 abgeben. Dies brachte für den Vorstand einige unvorhergesehene, organisatorische Klümpchen mit sich. Als amtierender Vizepräsident sah ich mich plötzlich in der Situation, die operative Leitung dieser grossartigen Vereinigung zu führen.

Ich konnte und durfte aber auf ein sehr motiviertes Vorstandsteam zählen.

Nach intensiver Suche fand sich mit Frau Hildegard Weber schliesslich auch ein Vereinsmitglied, das – interimistisch – Aufgaben übernahm, die ansonsten einer Vizepräsidentin zukommen würden. Trotz der geschilderten Umstände konnten aber alle Anlässe und Vorstandssitzungen termingereicht durchgeführt werden.

Als ich per 1.4.2010 als Parteipräsident der FDP.Die Liberalen Stadt Thun gewählt wurde und somit zusammen mit meinem Zusatzstudium vor einer nicht immer einfachen Dreifachbelastung stand, federte das Vorstandsteam, unterstützt durch Hildegard Weber, auch diese nicht immer einfache Dreifachbelastung problemlos ab.

Allen Vorstandsmitgliedern sei an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre grosse Arbeit gedankt.

Unsere Aktivitäten im 2010 dienten hauptsächlich der Konsolidierung des über mehrere Jahre dauernden Aufbaus.

Unsere Vereinigung hat auch im vergangenen Jahr 9 Neumitglieder zu verzeichnen. Das ist sehr erfreulich und zeigt uns, dass wir auf Kurs sind. Die Bekanntheit unserer Vereinigung in der Bundesverwaltung wächst stetig an. Wir können mit einem aktuellen Bestand von 233 Mitgliedern aufwarten.

Unsere Veranstaltungen wurden rege besucht. Als erster Höhepunkt im Vereinsjahr erwies sich der Fraktionsapéro, wo wir mit dem CdA, KKdt André Blattmann, einen sehr versierten Referenten begrüßen durften, dessen Referat damals an Aktualität kaum zu überbieten war.

Weiter ging es mit einem kulturellen Anlass: wir besuchten die Stadt Solothurn. Unter dem Patronat von Nationalrat Kurt Fluri erlebten wir auf dem „Öufi-Boot“ eine Stadtführung, die für einmal aus einem ganz anderen Blickwinkel stattfand.

Auch am diesjährigen Fraktionsausflug vom 9. Juni nahm eine grosse Anzahl Mitglieder der FDP-Service Public teil: über den Flughafen Zürich ging's zum Rheinflall wieder zurück nach Bern.

In einem sehr interessanten Gespräch brachte uns der CEO der unique, Thomas E. Kern, die Flughafenbetreiberin näher. Im Anschluss daran durften wir im Rahmen einer Besichtigung einen Blick auf den Flughafen werfen, wie man ihn nicht mehr so schnell geboten bekommt. Auf der anschliessenden Carfahrt mit Nachtessen am Rheinflall und Rückreise nach Bern konnten intensiv die Kontakte zu den eidgenössischen Parlamentariern gepflegt werden.

Am 14. Juni durften wir mit Frau Adelheid Bürgi-Schmelz, Direktorin am IWF, erneut eine hochkarätige Referentin empfangen. Dies nach einer eindrücklichen Besichtigung des von-Wattenwyl-Hauses.

Unser traditioneller Boccia-Abend fand dieses Mal am 25. August statt. Erfreulich war, dass sich, obschon die Einladung etwas spät verschickt wurde, etwa 16 Teilnehmer zum unterhaltsamen Spiel und gemeinsamen Nachtessen einfanden.

Am 8. September gab uns unser langjähriges Mitglied, Herr Marius Redli, Direktor des BIT, einen vertieften Einblick in dieses spannende und interessante Bundesamt.

Auch in diesem Jahr hatten wir wieder die Gelegenheit, Berichte über unser „Vereinsleben“ im Schweizerischen „Freisinn“ zu publizieren und so die FDP-Service Public schweizweit bekannt zu machen.

Ein weiterer wichtiger Höhepunkt in diesem Vereinsjahr war schliesslich die Kandidatenevaluation im Zuge des Rücktrittes von Herrn Bundesrat Hans-Rudolf Merz. Mit grosser Freude und auch etwas Genugtuung nahm der Vorstand der FDP.Die Liberalen Service Public davon Kenntnis, dass sie von der Mutterpartei eingeladen wurde, Ihre Kandidaten der Evaluationsgruppe mitteilen konnte. In einer spannenden Vorstandssitzung evaluierten wir die aus unserer Sicht besten Kandidaten und nannten Frau Karin Keller-Sutter und Herrn Johann Schneider-Ammann zeitgerecht der Evaluationsgruppe als die von uns vorgeschlagenen Kandidaten.

Ebenso konnten wir in diesem Jahr endlich unseren lange versprochenen Flyer fertig stellen und in Druck geben. Der Vorstand erhofft sich davon, dass die FDP.Die Liberalen Service Public vermehrt in der Bundesverwaltung wahrgenommen und bekannt gemacht wird.

In diesem Zusammenhang wurde auch die URL unserer Internetseite gewechselt. Neu finden sich alle Angaben zu uns unter www.fdp-servicepublic.ch

10. FDP.Die Liberalen International

Sämi Lanz

FDP.Die Liberalen International setzt sich für die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ein, die sich zu liberalen Grundsätzen bekennen. FDP.Die Liberalen International vernetzt Liberale rund um den Globus und informiert sie fundiert über das politische Geschehen in der Schweiz. Dabei fördert sie den Dialog zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürger im Ausland und der Schweizer Politik und vertritt ihre Interessen in den Gremien der Partei und im eidgenössischen Parlament.

Es ist auch im vergangenen Jahr der FDP.Die Liberalen gelungen weiter zu wachsen. Alleine im Geschäftsjahr 2011 sind 29 neue Einritte zu verzeichnen. Gleichzeitig gab es 4 Austritte. Der neue Mitgliebersaldo betrug am 1.1.2011 223 Mitglieder. Für die kommenden Jahre hat sich der Vorstand vorgenommen noch aktiver Mitglieder zu werben.

10.1. Vielseitige Aktivitäten

Verschiedene Anlässe wurden 2010 durchgeführt: FDP.Die Liberalen International war auch im vergangenen Jahr am Auslandsschweizerkongress mit einem eigenen Stand präsent, der in diesem Jahr in St. Gallen stattfand. Dort konnten sich die Mitglieder und der Vorstand über zwei Tage hinweg persönlich treffen und austauschen. Die Rückmeldungen von verschiedenen Mitgliedern waren positiv, geschätzt wurde insbesondere die Möglichkeit des persönlichen und direkten Austauschs.

Während dem gleichen Zeitpunkt fand die ordentliche Generalversammlung statt. Annette Schömmel gab einen Überblick über das Erreichte und die Ziele der FDP.Die Liberalen International. Die Mitglieder diskutierten weiter Möglichkeiten wie FDP.Die Liberalen International noch besser auftreten kann.

Parteipräsident Fulvio Pelli trat zudem in Berlin auf. Dieser Anlass wurde von FDP International mitgetragen. In Zukunft sind noch weitere solche Anlässe im Ausland geplant.

Daneben wurde die Plattform Schweiz 3.0 ins Leben gerufen. Diese verbindet in der Schweiz liberale denkende Menschen ohne Parteibindung. Die Plattform wuchs innerhalb des Jahres so stark an, dass der Vorstand im Februar 2011 entschied, die Plattform zu verselbstständigen.

10.2. Verbesserung der Kommunikation

Der Vorstand hatte sich für das Jahr 2010 vorgenommen, die Kommunikation mit den Mitgliedern zu intensivieren. Dafür wurde eine neue Website entwickelt und online gestellt. Zusätzlich wird seit dem Herbst 2010 viermal jährlich einen Newsletter zu aktuellen Themen der FDP.Die Liberalen International publiziert. FDP.Die Liberalen International hat sich weiterhin aktiv mit Forderungen für die Interessen der Auslandschweizer in der Politik engagiert und verschiedentlich auf die Anliegen der fünften Schweiz in den Medien aufmerksam gemacht.

10.3. Wechsel im Präsidium

Im Februar 2011 haben zusätzliche Herausforderungen im Beruf Annette Schömmel gezwungen ihre Aufgaben neu zu organisieren. Sie hat sich daher entschieden aus dem Vorstand von FDP International auszuscheiden und ihr Amt als Präsidentin niederzulegen. Annette Schömmel bedankt sich bei den Mitgliedern und dem Vorstand für das in sie gesetzte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit. Sie wünscht FDP International viel Erfolg für die Zukunft. Der Vorstand bedankt sich bei Annette Schömmel für das grosse Engagement und wünscht ihr viel Erfolg mit ihren Projekten.

Bis zur Regelung der Nachfolge an der ordentlichen Generalversammlung im August übernimmt der Geschäftsführer Samuel Lanz das Präsidium ad interim.

10.4. Ziel für 2011

Im Jahre 2011 will FDP.Die Liberalen International noch mehr erreichen. Der Vorstand hat als übergeordnetes Thema für 2011 „Migration“ gewählt. Ein Thema, welches entscheidende Bedeutung dafür hat, wie erfolgreich die Schweiz in Zukunft sein wird. Ein Thema zudem, das im Wahljahr 2011 die Diskussion prägen wird. Wie gelingt es uns die offene Schweiz zu verteidigen? Wichtige Argumente können Sie als Schweizer in der Fremde dank Ihren Erfahrungen beisteuern. FDP.Die Liberalen International will sich hier aktiv in die Meinungsbildung in der FDP und der nationalen Politik einmischen. Zusätzlich stehen für die FDP International 2011 folgenden Themen im Zentrum: E-Voting und E-Government; kein Abbau des diplomatischen und konsularischen Aussennetzes; kein Abbau von Swissinfo; Erleichterung der Mobilität durch Förderung von Schweizer Schulen und Ausbildungsprogrammen in Ausland.

11. Anhang – Annexe

11.1. Anhang A – Annexe A Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2010 Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2010

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <http://www.fdp.ch/themen/vernehmlassungen.html> // <http://www.plr.ch/positions/consultations.html> abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, E-mail: info@fdp.ch

› Indirekter Gegenvorschlag Bausparinitiativen	22.12.2010
› Vorentwurf für eine Verordnung über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern KiBeV	17.12.2010
› Aufwandbesteuerung	13.12.2010
› Waldflächenpolitik	13.12.2010
› Harmonisierung Strafraumen	10.12.2010
› Aussenlandeverordnung	30.11.2010
› Sachplan geologische Tiefenlager	30.11.2010
› Verzugszins	30.11.2010
› Ordonnances sur les stupéfiants et les substances psychotropes	29.11.2010
› Grundversorgung	25.11.2010
› Umweltzonen	24.11.2010
› Encouragement de la culture 2012 à 2015	23.11.2010
› Revision Kartellgesetz	19.11.2010
› Transportpolizei	19.11.2010
› Öffentliche Anhörung zum SIL-Objektblatt ZH für den Vorstand	29.10.2010
› Révision partielle de l'ordonnance sur l'assurance-maladie (OAMal)	29.10.2010
› Révision partielle de l'ordonnance sur les risques dans l'assurance-maladie (OCOR)	26.10.2010
› Sanktionenrecht	26.10.2010
› Totalrevision Alkoholgesetz	18.10.2010
› Révision de l'AI 6b	15.10.2010
› Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE)	12.10.2010
› Loi fédérale sur l'application de sanctions internationales (LEmb)	11.10.2010
› CO2 Kompensationsverordnung	30.09.2010
› Revision des Bundesgesetzes über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Tourismus (Innotour)	28.09.2010
› Revision des Finanzkontrollgesetzes (FKG)	28.09.2010
› Unverjährbarkeit sexueller und pornografischer Strafen an Kindern	28.09.2010
› Loi fédérale sur la circulation des espèces de faune et de flore protégées, les epizooties, protection des animaux	31.08.2010
› Messwesen	29.07.2010
› Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten	27.07.2010
› Bevölkerungs-Zivilschutzgesetz (BZG)	28.05.2010

› Sicherheitspolitischer Bericht	28.05.2010
› Le contrat-type de travail pour les travailleurs de l'économie domestique	07.05.2010
› Börsen und Effektenhandel	30.04.2010
› Gewässerschutz	30.04.2010
› Ordonnance relative à l'assistance administrative contre les doubles impositions (OACDI)	30.04.2010
› Konsolidierungsprogramm 11/13 (KOP) und Aufgabenprüfung - Sparleistung, KOP 11/13 im Dringlichkeitsverfahren und zur Immunisierung gegen Lobbyisten	26.04.2010
› Abschaffung der Fahrradnummer	30.03.2010
› Fragenkatalog Abschaffung der Fahrradnummer	30.03.2010
› Vorsorgeausgleich bei Scheidung (ZGB)	30.03.2010
› Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung	29.03.2010
› Aarhus Konvention	26.03.2010
› Bundesgesetz über die AusländerInnen in Bezug auf den Ersatz von Nichteintretensentscheiden	22.03.2010
› Fragekatalog Revision Bürgerrechtsgesetz (BüG) Fragebogen	22.03.2010
› Totalrevision des Bundesgesetzes über das Schweizer Bürgerrecht (BüG)	22.03.2010
› Bundesgesetz über die polizeilichen Aufgaben (PolAG)	15.03.2010
› Bekämpfung des Menschenhandels. Bundesgesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz	08.03.2010
› Unrechtmässige Verwendung von Vermögenswerten	08.03.2010
› Forschungs- und Innovationsgesetz (FIFG)	23.02.2010
› Teilrevision der Luftreinhalteverordnung (LRV)	20.02.2010
› Bundesgesetz über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (RuVG)	15.02.2010
› Eigenmietwert	15.02.2010
› Revision Stromversorgungsverordnung	15.02.2010
› Anhörung Infrastrukturbericht	10.02.2010
› Einbürgerung dritte Generation	09.02.2010
› Konzernfinanzierung	26.01.2010
› Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit	15.01.2010

11.2. Anhang B – Annexe B
Parteivorstand
Mitglieder per 31. Dezember 2010 – Membres au 31 décembre 2010

Präsident / Président :

- › Pelli Fulvio Consigliere nazionale

1. Vizepräsident / 1^{er} Vice-président :

- › Pedrazzini Vincenzo Parteipräsident (SZ), Wahlkampfleiter 2011

Vizepräsidenten / Vice-présidents :

- › Hutter Markus Nationalrat (ZH)
- › Moret Isabelle Conseillère nationale (VD)
- › Weiss Pierre Député au Grand Conseil (PLG)

Vorstand / Comité :

- › Balet Emery Chantal Comité directeur (PLR VS)
- › Brunschwig Graf Martine Conseillère nationale (GE)
- › Brupbacher Stefan Generalsekretär
- › Cassis Ignazio Consigliere nazionale (TI)
- › Forster-Vannini Erika Ständerätin (SG)
- › Germanier Jean-René Président du conseil national (VS), Membre du bureau CN
- › Gutzwiller Felix Ständerat (ZH)
- › Huber Gabi Fraktionspräsidentin, Nationalrätin (UR)
- › Luscher Christian Conseiller national (GE)
- › Mäder Brenda Präsidentin Jungfreisinnige Schweiz
- › Markwalder Christa Nationalrätin (BE)
- › Müller Philipp Nationalrat (AG)
- › Walker Späh Carmen Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

11.3. Anhang C – Annexe C Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2010 – Comité du Groupe au 31 décembre 2010

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsidentin / Présidente du Groupe:

- › Huber Gabi Nationalrätin (UR)

Vizepräsidenten / Vice-présidents :

- › Brunschwig Graf Martine Conseillère nationale (GE)
- › Forster-Vannini Erika Ständerätin (SG)
- › Gutzwiller Felix Ständerat (ZH)

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem :

- › Altherr Hans Ständerat, Mitglied Büro SR
- › Cassis Ignazio Consigliere nazionale (TI), président du Groupe latin
- › Engelberger Edi Nationalrat (NW), Mitglied Büro NR
- › Pelli Fulvio Consigliere nazionale (TI)
- › Germanier Jean-René Président du Conseil national (VS), Membre du bureau CN

Frei gewählte Mitglieder / Membres élus :

- › Caviezel Tarzsius Nationalrat (GR)
- › Eichenberger Corina Nationalrätin (AG)
- › Hiltbold Hugues Conseiller national (GE)
- › Kleiner Marianne Nationalrätin (AR)
- › Leutenegger Filippo Nationalrat (ZH)
- › Malama Peter Nationalrat (BS)
- › Müller Philipp Nationalrat (AG)
- › Perrinjaquet Sylvie Conseillère national (NE)
- › Theiler Georges Nationalrat (LU)

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux :

- › Burkhalter Didier
- › Schneider-Ammann Johann N.

Partei ex.off / Parti ex.off

- › Blancpain Noé Kommunikationschef
- › Brupbacher Stefan Generalsekretär
- › Chavaz Julien Fraktionssekretär
- › Hutter Markus Vizepräsident, Nationalrat (ZH)
- › Moret Isabelle Vice présidente du parti, Conseillère nationale (VD)
- › Pedrazzini Vincenzo 1. Vize-Präsident der Partei
- › Weiss Pierre Vice président du parti (GE)

11.4. Anhang D – Annexe D
Generalsekretariat – Secrétariat général

(per 31. Dezember 2010 – au 31 décembre 2010)

Generalsekretär / Secrétaire général :

Dr. Stefan Brupbacher

Neuengasse 20, 3001 Bern

brupbacher@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00